

fahren und auch Sachkompetenz von außen und ermöglichen dies in einer Zahl, wie es früher nicht der Fall war.

(Beifall von der FDP)

Aber wir, alle vier Fraktionen, haben einstimmig mit der Verabschiedung der Geschäftsordnung Ende letzten Jahres verabredet, dass es verschiedene Quoren gibt: Wenn es um die erstmalige Anhörung zu einem Sachverhalt geht, gilt das Minderheitenrecht. Man braucht aber qualifizierte Mehrheiten, wenn man im Wiederholungsfalle zu demselben Sachverhalt Anhörungen durchführt. Das ist einstimmig von allen vier Fraktionen verabredet worden. Genau um diesen Fall handelt es sich hier.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist kein Wiederholungsfall! Es ist ein neuer Sachverhalt!)

Wir haben die Struktur unserer Ausgabenpolitik vor Monaten dargelegt und haben darauf hingewiesen, dass wir hoffen und es auch für möglich halten – das ist sehr erfreulich für das Land –, dass die Steuerschätzungen ergeben, dass es zu einer Verbesserung der Einnahmeposition kommen kann. Die Einnahmeposition selber war bereits Gegenstand einer Anhörung im zuständigen Fachausschuss.

Wir haben über Wochen und Monate gesagt, auch wenn wir noch nicht bis auf den letzten Cent quantifizieren können, ob und in welcher Höhe es dazu kommt, ist eines sicher: Aufgrund der Struktur des Haushalts wird jeder Cent und jeder Euro verwendet, um die Nettokreditaufnahme zu reduzieren – ein Umstand, der Ihnen bekannt ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb sage ich zweierlei: Es freut mich, wenn Sie heute so zahlreich an der dritten Lesung teilnehmen, nachdem bei der Schlussabstimmung in der zweiten Lesung die Opposition nicht einmal mit 20 Abgeordneten hier vertreten war

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie früher gar nicht dabei waren!)

und wir das Zweidrittel-Quorum für die erneute Anhörung zu demselben Anhörungsgegenstand nicht erreicht haben, weil Sie die entsprechenden Sitzungen verlassen haben und die Ausschüsse dort einstimmige Voten gefasst haben.

Ich sage Ihnen aber auch ein Zweites – das müssen Sie sich jenseits des Verfahrens inhaltlich von der Glaubwürdigkeit Ihrer Politik her überlegen –: Sie kritisieren, dass wir das machen, was wir an-

gekündigt haben, nämlich bei der Struktur des Haushalts zu bleiben

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht!)

und jeden Cent und jeden Euro, der nach den Steuerschätzungen mehr zur Verfügung steht, für Konsolidierungsmaßnahmen zu verwenden. Das kritisieren Sie; da sagen Sie, dazu brauchen wir Anhörungen, damit wir eine neue Verteilungsdebatte führen können. Und auf der anderen Seite kündigen Sie an, dass Sie vor das Verfassungsgericht ziehen wollen, um gegen einen verfassungswidrigen Haushalt zu klagen und die Nettokreditaufnahme zu senken! Das passt nicht zusammen.

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben beantragt, den Tagesordnungspunkt 1 heute abzusetzen beziehungsweise zu verschieben. Nach § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung ist ein solcher Antrag vor Eintritt in die Tagesordnung zulässig. Er bedarf der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Ich lasse deshalb über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer diesen Geschäftsordnungsantrag annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich stelle fest, dass dieser **Geschäftsordnungsantrag abgelehnt** worden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/1000, 14/1500 und 14/1899

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 14/1700

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 14/1900

In Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des
Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre
2005 bis 2009**

Drucksache 14/1101

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1901

Und:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des
Landes Nordrhein-Westfalen an die Ge-
meinden und Gemeindeverbände im Haus-
haltjahr 2006**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 14/1717

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 14/1902

dritte Lesung

Meine Damen und Herren, Ihnen liegen außer-
dem vor: ein Änderungsantrag der Fraktion der
SPD, Drucksache 14/1929, ein Änderungsantrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache
14/1935, zwei Entschließungsanträge der Fraktion
der SPD, Drucksachen 14/1936 und 14/1938, so-
wie zwei Entschließungsanträge der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen, Drucksachen 14/1939
und 14/1940. Hierüber wird nach Verabschiedung
des Haushaltsgesetzes 2006 abzustimmen sein.

Ich gebe jetzt das Wort an Frau Kraft für die SPD-
Fraktion.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine
Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kolle-
gen! Die dritte Lesung des Haushalts bietet tradi-
tionell die Gelegenheit, sich kritisch mit der Politik
der Landesregierung insgesamt auseinander zu
setzen. Da trifft es sich gut, dass wir nur noch we-

nige Wochen bis zum Ende des ersten Jahres Ih-
rer Regierung haben, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das
war schon!)

– Die Regierung ist erst im Juni eingesetzt wor-
den. Aber lassen wir das. – Sie haben Ihre Bilanz
gestern gezogen. Für Sie war es ein „Bilderbuch-
start“.

(Lachen und Beifall bei der SPD – Rainer
Schmeltzer [SPD]: Märchenbuch kommt der
Sache wohl näher!)

Für mich klang Ihre Bilanz – ehrlich gesagt – eher
wie ein Märchenbuch, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Für mich gilt: Das Erreichte zählt, nicht das Er-
zählte reicht.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Sie sind mit einem großen Vertrauensvorschuss
gestartet. Die Bildung Ihrer Regierung ist in der
Öffentlichkeit mit viel Wohlwollen begleitet wor-
den. Weit über die üblichen 100 Tage hinaus wur-
de Ihnen zugebilligt, dass Sie Zeit brauchen, um
Ihren beabsichtigten Politikwechsel in die Tat um-
zusetzen. Jetzt ist das erste von fünf Jahren Ihrer
Regierungszeit fast herum; nun geht es nicht
mehr um Vorschusslorbeeren, sondern um eine
nüchterne Beurteilung der Fakten. Ich werde die-
se Debatte nutzen, um einige Aspekte hierzu bei-
zusteuern.

Nach einem Jahr lautet die Bilanz aus meiner
Sicht ganz klar: Ihr erstes Regierungsjahr war ein
verlorenes Jahr für Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von
den GRÜNEN)

Dass wir das als Opposition so sehen, meine Da-
men und Herren der regierungstragenden Fraktio-
nen, mag Sie nicht überraschen. Aber hören Sie
doch einmal den Bürgerinnen und Bürgern auch
aus Ihren Parteien zu! Die sagen Ihnen ganz klar:
Sie sind auf dem falschen Weg.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP:
Was?)

– Ja, warten Sie mal ab! 482.000 Unterschriften
haben bis Freitag die beiden Volksinitiativen „Ju-
gend braucht Vertrauen“ und „NRW 2006“ ge-
sammelt – 482.000 Menschen, die Ihre unsoziale
Sparpolitik per Unterschrift ablehnen. Zur Erinne-
rung, meine Damen und Herren von der FDP: Bei
der letzten Landtagswahl hatten Sie so ungefähr

508.000 Stimmen. Ich denke, bis heute haben die Initiativen Sie schon überholt.

(Beifall von der SPD)

Es lohnt sich für Sie ein Blick darauf, wer diese Liste unterschreibt. Dabei sind viele – so möchte ich unterstellen –, die im letzten Jahr CDU gewählt haben. Auch Kirchen haben mitgemacht, besonders die kirchlichen Wohlfahrtsverbände. Die Jugendverbände haben mitgemacht. Ja, sogar die CDU-Basis hat – man höre und staune – aktiv Unterschriften gesammelt. Stellvertretend nenne ich einmal den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Dinslaken, Herr Ministerpräsident. Er allein hat mehr als 250 Unterschriften für die Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen“ gesammelt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Guter Mann!)

Interessant ist, wie er das erklärt. Er sagt nämlich:

„Auch die kirchlichen Träger sind mit im Boot. Da werden vor den Gottesdiensten Unterschriften gesammelt. Das kann Herrn Rüttgers doch nicht egal sein. ... Rüttgers begeht Wortbruch, wenn der Sparhaushalt verabschiedet wird. Ich befürchte einen massiven Vertrauensverlust.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Stahl, in einem Interview der vergangenen Woche haben Sie eine interessante Ankündigung gemacht. Sie wollen jetzt doch die Parteibasis anhören, bevor Sie die Gemeindeordnung ändern.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das ist klug, weil auch viele CDU-Politiker vor Ort die Pläne der Koalition für kommunalfeindlich halten.

(Beifall von der SPD)

Es kann nur hilfreich sein, wenn Sie auf dem CDU-Parteitag darüber einmal intensiv nachdenken – lassen Sie sich bloß nicht von der FDP jagen, die wieder einmal versucht, Druck zu machen –; denn das könnte dem Ministerpräsidenten nämlich auch helfen, damit er nicht noch einmal so mit dem Städtetag aneinander gerät, wie dies dieser Tage in Dortmund geschehen ist.

(Beifall von der SPD)

Von den Vertretern der Städte als „Oberlehrer“ ausgebuht zu werden, war sicherlich nicht angenehm.

(Beifall von der SPD)

Aber auch da waren es nicht die Sozialdemokraten allein. Auch die Vertreter der CDU im Städtetag haben klare Position bezogen. Nehmen wir einmal den neuen Vorsitzenden, den Kölner Oberbürgermeister Schramma, der – ich zitiere – sagte:

„Wir sehen mit Sorge, dass das Land eine bessere Kinderbetreuung verspricht, die Rechnung aber an die Kommunen und Eltern weiterreichen will.“

So lautet die Stimme der CDU.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich zitiere übrigens nicht Herrn Erwin, obwohl ich das könnte. Ich weiß ja, wie nahe Sie sich stehen. Nehmen wir aber einmal Ihren Parteifreund Hunsteger-Petermann, der auf dem Städtetag als Einziger noch zu Ihnen gehalten hat. Auch der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU hat Ihnen eine klare Botschaft geschrieben, die ich hier zitiere:

„Als Vorsitzender der KPV NRW warne ich vor einer flächendeckenden Anhebung der Kindergartenbeiträge. Der dadurch angerichtete politische Flurschaden steht in keinem Verhältnis zum Konsolidierungsergebnis. Auch eine konkurrierende Situation unter (benachbarten) Städten wäre in der Praxis mehr als schwierig.“

Herr Ministerpräsident, Ihre beiden Parteifreunde haben Recht. Ziehen Sie daraus die Konsequenz!

(Beifall von der SPD)

Heute ist dazu Ihre letzte Chance. Bedenken Sie: Gegen die Kommunen kann keine Landesregierung auf Dauer regieren.

Noch schlimmer ist, was Sie den Kommunen selbst finanziell zumuten. Sie sind kein verlässlicher Partner der Kommunen in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Kommunen sind von allen Sparbeschlüssen im Sozialbereich direkt oder indirekt betroffen. Ihre Hoffnung wird sich nicht bewahrheiten, dass die Kommunen ihren Kahlschlag bei den sozialen Netzen noch auffangen können. Dafür haben die Kommunen keine finanziellen Reserven mehr, insbesondere im Ruhrgebiet. Dort dürfen es viele Kommunen gar nicht mehr. Vor diesem Problem stehen die Kommunen. Das macht deutlich, dass entgegen Ihrem Versprechen insbesondere im Ruhrgebiet wenig Gutes von Ihrer Politik zu erwarten hat. Allein Appelle, sich selbst zu helfen,

bringen dem Ruhrgebiet rein gar nichts, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Deshalb fordern wir mit unserer Entschließung heute eine Atempause für die Kommunen bei der Rückzahlung der kreditierten Mittel. Sie haben jetzt die letzte Chance, ein Zeichen für die Kommunen zu setzen.

Meine Damen und Herren, den Grundsatz „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, den Sie jetzt bei der Gemeindeordnung offensichtlich doch anwenden, hätten Sie gerade beim Haushalt beherzigen müssen. Die Kommunalpolitiker hätten Ihnen berichtet, wie sich die Sparpolitik vor Ort auswirkt. Es ist doch kein Zufall, dass die allermeisten der Resolutionen – Sie wissen so gut wie ich, dass es Dutzende waren, die aus den Städt- und Gemeindeparlamenten an den Landtag geschickt worden sind – von der CDU vor Ort mit beschlossen worden sind.

Lassen Sie mich hier nur eine von vielen Resolutionen zitieren. Diese Resolution stammt aus Wilbedessen, einer Gemeinde, die für viele CDU-regierte Kommunen steht, einer Gemeinde, in der die CDU – man höre und staune – 18 von 26 Ratsmitgliedern stellt. Darin steht – ich zitiere –:

„Durch die geplanten Kürzungen im Bereich der Kindergartenfinanzierung wird das positive Bemühen der Landesregierung um eine Verbesserung der vorschulischen Bildung ad absurdum geführt.“

(Beifall von der SPD)

– Da kann man nur applaudieren!

„Sollten die Folge ... steigende Kindergartenbeiträge sein, werden noch mehr Kinder keine Kindertageseinrichtung besuchen und somit ohne vorschulische Bildung bleiben und daraus folgend mit deutlichen Defiziten die Grundschule besuchen. ... Eine solche Verlagerung gesetzlicher Finanzierungspflichten des Landes auf die Kommunen ist nicht hinzunehmen.“

(Christian Lindner [FDP]: Absurd!)

– Regen Sie doch nicht so auf! Das sind doch nicht Ihre Parteikollegen. Die sind doch von der CDU. Sie haben eh keine Basis in den Kommunen dieses Landes.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Ich kann Ihnen ein weiteres Beispiel nicht ersparen. Die CDU-Fraktion in Oberhausen hat einen Protestbrief an den gesamten Landtag geschickt.

Ich dachte, ich lese nicht richtig. Dort ist nämlich – ich zitiere – zu lesen:

„Für uns sind die CDU-Wahlaussagen auch nach der Wahl in der Stunde der Haushaltswahrheit gültig. ... Aus diesen Gründen unterstützt unsere Fraktion die erneute Volksinitiative ‚Jugend braucht Vertrauen‘ im Interesse der Betroffenen.“

Meine Herren und Damen von der CDU, es muss schon bitter sein, wenn einem die eigenen Parteifreunde in offiziellen Zuschriften bescheinigen, dass man seine Versprechen bricht.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Noch eine letzte Stellungnahme, die ich auch sehr interessant finde. Dabei geht es um die Stellungnahme der Caritas, die die Caritas-Direktoren aller Diözesen in NRW unterschrieben haben. Ich zitiere:

„Daher warnen wir ausdrücklich vor den hohen sozialen Folgekosten einer Politik, die ausschließlich die Haushaltskonsolidierung anstrebt. Wer heute bei Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien spart, dem wird morgen die Infrastruktur fehlen, die diese brauchen.“

Herr Ministerpräsident, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dabei legen Sie doch großen Wert darauf, Ihre Politik aus christlichen Werten und Traditionen abzuleiten. Diese Stellungnahme zeigt – deshalb habe ich sie hier zitiert: Sie haben es innerhalb eines Jahres geschafft, selbst den Bonus in Ihrer Kernzielgruppe zu verspielen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Viele Ihrer Wahlversprechen sind heute schon nicht mehr das Papier wert, auf dem sie gedruckt worden sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: So ist das!)

Das Problem ist: Die Menschen haben es gemerkt. Studenten, Richter, Beamte, Polizisten, der DGB –

(Zuruf von der CDU)

sie merken, dass Sie die Gesellschaft entsprechend Ihrer konservativen marktliberalen Vorstellungen umbauen. Ihr neues NRW wird ein sozial kaltes NRW sein.

Herr Ministerpräsident, das wird Ihnen auf Dauer niemand abnehmen: samstags und sonntags der neue Karl Arnold und ab Montag wieder neoliberales „Privat vor Staat“ und sozialer Kahlschlag beim Haushalt. Und das Ganze, ohne mit der Wimper zu zucken, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Der Landeshaushalt 2006 ist ein Ausweis dieser Politik. Halten wir uns zunächst einmal an die offensichtlichen Fakten: Es ist kein Sparhaushalt. Bereinigt um die Sondereffekte des Jahres 2005, die wir alle kennen, wächst er sogar. Bei dieser Gelegenheit darf daran erinnert werden, dass es ein verfassungswidriger Haushalt ist, weil Sie ohne rechtlich tragfähige Begründung mehr Schulden machen als Investitionen tätigen.

(Beifall von der SPD)

Ich erinnere mich gut an Ihre Wahlversprechen, Sie würden den Haushalt so schnell wie möglich – Sie haben den Eindruck erweckt: eher morgen als übermorgen – wieder ins Lot bringen. Was stellen wir fest: Dieser Haushalt ist der Haushalt mit der höchsten Nettoneuverschuldung bei Einbringung in der Geschichte dieses Landes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen und Widerspruch von der CDU)

– Wir warten ab, bis das Jahr zu Ende geht. Sie hoffen darauf, dass die Steuern noch stärker fließen. Darauf komme ich gleich noch.

Eine letzte Überschrift: Es ist ein Haushalt der Umverteilung. Sie setzen in Wahrheit neue Schwerpunkte. Aber die Verlierer sind und bleiben die Kinder, die Jugend und die Familien in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie kürzen drastisch bei den Kindergärten. Da helfen Ihre Trostpflaster auch nichts.

(Rudolf Henke [CDU]: 65 Millionen € mehr für Kinder!)

Fakt ist: Rein rechnerisch hat jeder Kindergarten in diesem Jahr 17.000 € weniger Geld.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch nicht!)

Sie kürzen bei der Familienberatung. Sie brechen Ihre eigenen Versprechen zur dauerhaften Finanzierung des Landesjugendplans. 20 % weniger für die Träger und Vereine in den sozialen Netzen. Das ist Ihre durchschnittliche Marge.

Herr Ministerpräsident, aber an anderer Stelle legen Sie mehr drauf – Beispiel: Landwirtschaftskammer, Beispiel: Werbung in eigener Sache. Ich weiß ja, Herr Ministerpräsident, dass Sie ein Baumarktfreund sind. Vielleicht verfahren Sie nach dem „Praktiker“-Spruch: 20 % auf alles, außer auf Tiernahrung und auf Werbung!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie erklären Ihren Kurs für alternativlos. Herr Ministerpräsident, Sie irren. Es gibt Alternativen. Wir haben Sie in den Beratungen aufgezeigt: Die Kürzungen bei Kindern, Jugend, Familien, Frauen und sozialen Netzen könnten zurückgenommen werden, ohne dass auch nur ein Euro mehr Schulden zulasten kommender Generationen aufgenommen werden muss.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

In der zweiten Lesung haben Sie unsere Vorschläge als unseriös und unsolid abgetan. Offensichtlich hat der Finanzminister, der angeblich alle Tricks kennt, den Zeitpunkt der Steuerschätzung nicht auf dem Bildschirm gehabt, als er Ihnen den Zeitplan vorgeschlagen hat. Denn inzwischen hat Sie die Realität an dieser Stelle eingeholt.

Zur Erinnerung: Wir hatten in der zweiten Lesung Steuermehreinnahmen von 350 Millionen € einkalkuliert. Ich bleibe dabei: 496 Millionen € sind es geworden. 300 Millionen € geben Sie zu. 200 Millionen € wollen Sie unter den Tisch fallen lassen, und die werden wohl im Sparstrumpf landen.

(Zuruf von der CDU: Sparstrumpf?)

Von den 350 Millionen € wollten wir einen Großteil, nämlich rund 260 Millionen €, verwenden, um weniger neue Schulden zu machen. Jetzt, nach der neuen und aktualisierten Schätzung, könnten es noch 146 Millionen € mehr sein. Gleichzeitig haben wir Ihnen bewiesen, dass noch Luft im Haushalt ist. Wir haben Einsparungen und Mehreinnahmen in Höhe von 235 Millionen € vorgeschlagen. Damit könnten, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, Ihre unsozialen Kürzungen zurückgenommen und für die Zukunft des Landes entscheidende familienpolitische Weichenstellungen vorgenommen werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir sind uns doch in der Analyse

und in den Zielen bei den Kernproblemen unseres Landes meist einig.

(Hendrik Wüst [CDU]: Nein! Sie wollen mehr Schulden, wir weniger!)

– Nun warten Sie doch erst einmal ab!

(Lachen und Widerspruch von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Er muss noch lernen!)

Wenn man die Grundsatzreden vergleicht, die wir alle halten, sind wir uns einig. Aber wir unterscheiden uns in den Konzepten. Wir unterscheiden uns bei der Definition des richtigen Weges. Und – es ist mir sehr wichtig, das noch einmal herauszustellen – wir unterscheiden uns im Umgang mit den betroffenen Menschen in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie und wir sind uns einig: Die Zukunft hängt davon ab, dass es gelingt, den Zugang zu Bildung und Wissen für möglichst alle Kinder zu öffnen. Wir müssen ihnen ermöglichen, ihre Potenziale umfassend zu entwickeln und auszuschöpfen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Dabei kommt es entscheidend darauf an – ich glaube, auch da sind wir uns einig, Herr Kollege Lindner –, so früh wie möglich zu fördern und auch Defizite auszugleichen.

(Zuruf von der SPD: Auch bei Ihnen, Herr Lindner!)

Wir alle wissen auch, dass diese Förderung schon bislang nicht allein durch die Familien erfolgen konnte. Die sozialen Entwicklungen dieser Jahre machen es noch dringlicher, dass hier ergänzend auch der Staat und die Gesellschaft tätig werden müssen.

Eine entscheidende Rolle kommt dabei den Kindergärten und der vorschulischen Bildungsarbeit zu. Wir sagen: Die Kindergärten in unserem Land brauchen dafür dringend wieder mehr Mittel. Darum haben wir beantragt, die Kürzung in Höhe von 176,6 Millionen € in diesem Bereich zurückzunehmen und mehr Geld für die Betreuung der unter Dreijährigen aufzuwenden. Das haben Sie in diesem Haushaltsverfahren abgelehnt.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im Ziel sind wir uns einig, aber Ihr Weg ist ein Irrweg. Jetzt gucken Sie bedröppelt, Herr Lindner. Sie waren da stellenweise auf dem richtigen Weg.

(Zurufe)

Sie und wir sind uns einig: Wir brauchen mehr und intensivere frühkindliche Förderung und vorschulische Bildung. Bildung fängt nicht erst mit der Schule an. Wir sagen: Das muss sich dann aber auch im Landeshaushalt niederschlagen. Darum haben wir beantragt, für ein verpflichtendes, beitragsfreies letztes Kindergartenjahr 60 Millionen € bereitzustellen. Damit könnte der Bildungsauftrag sichergestellt werden, ohne dass die Kommunen einen Euro Mehrbelastung hätten. Sie haben das in diesem Haushaltsverfahren abgelehnt.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Auch hier gilt: Im Ziel sind wir uns einig, aber Ihr Weg ist ein Irrweg.

Wir sind uns einig: NRW braucht mehr Kinder. Wir müssen die Eltern stärken und unterstützen, damit sie sich den Herausforderungen stellen und ihnen gewachsen sind. NRW soll ein kinder- und familienfreundliches Land werden.

Wir sagen: Dazu gehören auch leistungsfähige Familienberatungs- und Bildungseinrichtungen. Wer Beratung und Bildung für Familien will, der muss dafür auch Geld bereitstellen. Wir haben darum beantragt, die Kürzung für die Familien in Höhe von 6,6 Millionen € rückgängig zu machen. Sie haben das abgelehnt.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Herr Minister Laschet, Ihr Weg mit den Familienzentren geht ja in die richtige Richtung. Aber dass Sie gleichzeitig bei denen kürzen, die die Zentren demnächst tragen sollen, das ist doch fatal, das ist falsch.

(Beifall von der SPD)

Auch hier gilt: Im Ziel einig, aber Ihr Weg ist ein Irrweg.

Sie und wir sind uns, glaube ich, einig: Die Jugend unseres Landes ist unsere Zukunft. Ihr Wissen, ihre Kreativität, aber auch ihre soziale Kompetenz sind unser wichtigstes Kapital. Für die demokratische Gesellschaft ist es unverzichtbar, dass die Jugend den Regeln des Zusammenlebens vertraut und sich selbst an diesem Zusammenleben beteiligt. Weil das so ist, sagen wir: Es kann nichts Schlimmeres geben, als gerade hier ein gegebenes Versprechen zu brechen.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Vor der Wahl waren wir uns alle einig, dass der Landesjugendplan in den kommenden fünf Jahren

mit 96 Millionen € ausgestattet werden sollte. Für uns ist klar: Das Versprechen muss gehalten, der Landesjugendplan muss entsprechend ausgestattet werden. Es kann nicht sein, dass die 20 Millionen € aus dem Landesjugendplan quasi zur Landwirtschaftskammer verschoben werden und dafür das Vertrauen der Jugend in die Politik geopfert wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Darum haben wir beantragt, den Landesjugendplan auf die gesetzlich vorgeschriebene Summe anzuheben. Sie haben das abgelehnt.

Herr Kollege Papke, Sie haben wie immer noch einen draufgesetzt. In einer Pressekonferenz haben Sie zu diesem Tagesordnungspunkt gesagt: „Schlaraffenland ist abgebrannt.“

(Zuruf von der SPD: Unglaublich den Leuten gegenüber! – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist Ihre Verantwortung, Frau Kollegin! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist unsere Verantwortung? Wo leben Sie denn?)

Wissen Sie, wie zynisch das für die vielen Beschäftigten ist, die in diesem Bereich tätig sind, die da eine hervorragende Arbeit weit über das übliche Maß hinaus leisten? Wissen Sie das?

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: 112 Milliarden €! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Zyniker, Herr Papke!)

Auch hier gilt: Im Ziel waren wir uns einig, aber Ihr Weg ist ein Irrweg.

In allen vier Beispielen stimmen wir in der Analyse und im Ziel überein. Aber entscheidend ist: Ihr Weg führt nicht zu Ihren Zielen. Diese Beispiele zeigen, warum wir Änderungen am Haushalt für dringend erforderlich halten. Sie haben alle unsere Vorschläge kategorisch abgelehnt.

Die Änderungen, die Sie stattdessen vorgenommen haben, sind überwiegend kosmetischer Natur. Sie ändern nichts daran, dass Sie das soziale Netz reißen lassen: bei Kindern, bei Familien, bei Frauen, beim Ehrenamt und leider auch – auch das ist Verbauen von Zukunftschancen – bei der Weiterbildung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Mit diesem Haushalt verlässt NRW den Weg einer sozial verlässlichen Politik. Darum lehnen wir diesen Weg ab, und darum lehnen wir auch den Haushalt ab, meine Damen und Herren.

Auf falschem Weg sind Sie nicht nur bei der Aufstellung des Haushaltes. Die Menschen spüren die Wende zum Schlechteren. Das wird durchgängig deutlich, wenn in diesen Tagen Bilanz gezogen wird.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: 62 %!)

– 62 %? Herr Papke, es ist mir klar, dass Sie sich diese Zahl herausuchen. Gucken Sie doch mal auf die Sonntagsfrage! Die CDU hat seit der letzten Wahl 4,8 Prozentpunkte verloren. Sie haben nur plus 1 Prozentpunkt. Wir verlieren nur 2,1 Prozentpunkte. Das heißt, Sie verlieren wesentlich mehr als wir. Wenn Sie jedes Jahr 4,8 Prozentpunkte verlieren, kann das aus meiner Sicht so weitergehen, Herr Kollege Papke.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von der FDP)

Ich komme zur Schul- und Bildungspolitik. Wir bleiben dabei: Die Abschaffung der Grundschulbezirke ist falsch.

(Beifall von der SPD)

Sie führt zu Eliteschulen, und sie führt dazu, dass Restschulen in den sozialen Brennpunkten bleiben. Dort werden die Integrationsprobleme verschärft.

(Ralf Witzel [FDP]: Qualitätswettbewerb!)

Herr Laschet, Sie sagen zur Integration ja viel Richtiges. An dieser Stelle wären Sie gefordert. Kämpfen Sie in der NRW-CDU für Ihre Position! Unsere Unterstützung haben Sie, auch gegen Angriffe von Herrn Bosbach und anderen. Die Fachleute sagen nämlich: Verbindliche Grundschulgutachten verschärfen die soziale Selektion. Deshalb dürfen wir sie nicht einführen.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Lieber nach nicht erfolgreicher Orientierungsphase am Gymnasium wie bisher ein Drittel der Schüler wieder abschieben auf die Hauptschule!)

– Jetzt verhaspeln Sie sich doch nicht beim Zwischenruf! Das ist ja peinlich!

Studiengebühren werden nicht nur Kinder aus Familien der finanzschwächeren und bildungsfernen Schicht abschrecken. Das wird weit in die Mittelschicht hineinwirken.

Herr Kollege Pinkwart hört nicht zu, obwohl ich mich gerade mit seinem Bereich befasse. Vielleicht sollten wir hier auch einmal Kopfnoten verteilen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Pinkwart: Was sagen Sie eigentlich dem Vorarbeiter bei Thyssen oder dem Lehrer-ehepaar mit drei Kindern, das jetzt mit Blick auf das Portemonnaie entscheiden muss, welches seiner drei Kinder zur Uni gehen kann?

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist Quatsch! – Minister Michael Breuer: Alle drei! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Stahl, Sie haben behauptet: 20.000 € Schulden sind nicht viel; das ist ja gerade einmal ein Kleinwagen.

(Helmut Stahl [CDU]: Das stimmt nicht! Das habe ich nie gesagt! Zeigen Sie mir das!)

Für Sie ist das nicht viel! Für die jungen Menschen, die eine unsichere Zukunft erwartet, die wir mit der Generation Praktikum betiteln, für die ist jeder Euro Schulden ein Euro zu viel.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Beim Hochschulfreiheitsgesetz – ich kann es Ihnen nicht ersparen – geht es nicht um Freiheit. Das wissen wir beide sehr genau. Es geht darum, wie sich der Staat seiner Verantwortung entledigt. Sie lassen die Hochschulen mit ihren Problemen allein, Herr Pinkwart. Das ist das Problem.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ute Schäfer [SPD]: Ganz genau! – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Weil Sie hier dazwischenrufen – ich weiß nicht, ob er im Protokoll ist –: Ich habe Ihren Sprechzettel von der gestrigen Einjahreskonferenz gelesen und kann nur sagen: Wenn Sie nach einem Jahr immer noch nicht wissen, wo Ihre Max-Planck-Institute ihren Sitz haben, dann empfinde ich das als peinlich. Die Eisenforschung sitzt nicht in Mülheim, sondern in Düsseldorf, und Mülheim schreibt man auch im ersten Teil nicht mit einem „h“, Herr Minister.

(Beifall und Lachen von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: So viel zum Thema Bildung in der Landesregierung! – Gisela Walsken [SPD]: Peinlich, Peinlich! – Unruhe)

Ja, Sie waren viel im Wahlkampf unterwegs; Sie werden es schon noch lernen.

(Christian Lindner [FDP]: Die Opposition leistet wichtigste Beiträge!)

– Das zeigt, wie eng die FDP im Land verwurzelt ist. Deshalb musste ich diesen Punkt setzen, auch wenn ich selber aus Mülheim komme. Es war mir klar, dass dieser Einwurf kommt.

(Christian Lindner [FDP]: Lesen Sie einmal Ihren Änderungsantrag!)

Aber all dies zeigt deutlich – verbergen Sie es doch nicht vor den Menschen da draußen im Land! –: Sie wollen eine Ökonomisierung der Bildung. Das bedeutet aus unserer Sicht: In Zukunft haben nur die Starken eine Chance. Das ist und bleibt der falsche Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Beispiel: Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Kollegin Thoben ist gerade nicht da,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Die Politik auch nicht!)

Herr Laumann auch nicht. Dennoch kann ich es Ihnen nicht ersparen: Bis heute gibt es keinerlei Erfolge am Arbeitsmarkt. Es gibt nicht den Hauch eines Rüttgers-Effekts. Das Gerede von der psychologischen Wirkung eines CDU-Wahlsieges hat sich als leere Ankündigung erwiesen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das liegt am Mün-te-Effekt!)

– Ach, das liegt am Mün-te-Effekt! – Ja, ja.

Man muss sich das einmal genau durchlesen, Herr Ministerpräsident. Sie haben nämlich am 5. März 2005 auf dem CDU-Parteitag wörtlich gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis –:

„Wenn mich jemand fragt, wie man unsere Probleme löst, dann sage ich: Durch Abwahl dieser Regierung. 50 % ist Psychologie.“

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Jawohl!)

Solche Sprüche holen einen ein, Herr Ministerpräsident.

(Lachen und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Zahlen, die wir sehen, besagen eher, dass sich NRW vom Effekt der großen Koalition nach unten abkoppelt. Ich verstehe überhaupt nicht, dass Sie darin einen Grund für Jubelfeiern zum Jahrestag sehen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Hendrik Wüst [CDU]: Lesen Sie einmal beim Ifo-Institut nach!)

Schlimmer noch: Es gibt auch keine erkennbaren Anstrengungen, die eigenen Ankündigungen umzusetzen. Auf Ihrem Parteitag am 5. März haben Sie angekündigt, die Jobmotoren in unserem Land anzuwerfen. Weil Sie mich letztes Mal als

Lügnerin betitelt haben, als ich das gesagt habe, zitiere ich heute wörtlich:

„Bei den Flughäfen, bei den Hochschulen, im Gesundheitssektor, bei den Privathaushalten und im Minijobbereich liegt ein enormes Beschäftigungspotenzial von mehr als 1 Million Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren. Wir wollen alles dafür tun, dass so viel wie möglich davon realisiert wird. Das geht. Ich traue mir das zu.“

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wo sind die denn?)

Ja, ich zitiere.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Luftblasen! – Zuruf von der SPD: Gut gebrüllt, Löwe!)

Ich frage Sie heute: Wo sind die Initiativen, um diese Potenziale zu aktivieren? – Ich kann davon nichts erkennen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Menschen auch nicht!)

Ich finde es auch bezeichnend, dass Herr Laumann und Frau Thoben heute nicht da sind.

(Minister Armin Laschet: Er ist doch hier! Hier ist sogar seine Brille! – Vereinzelt Heiterkeit)

In Ihrer gestrigen Bilanz finden sich zu diesem wichtigen Bereich keinerlei Daten und Fakten. Das hat seinen Grund, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie auch? Es sind keine Erfolge zu verzeichnen!)

Sie sprechen von einem Bilderbuchstart. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. NRW hat heute 45.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger als vor einem Jahr. Das sind rechnerisch 3.750 jeden Monat.

(Sören Link [SPD]: Das ist der Rüttgers-Effekt!)

Im April 2005 waren es 1,064 Millionen Arbeitslose in NRW. Das war für Sie damals Anlass, massivste Vorwürfe gegen die seinerzeit amtierende Landesregierung zu erheben. Heute, ein Jahr später, sind es immer noch 1,047 Millionen. Der Rückgang beträgt ganze 2,7 %, und Sie verkaufen das den Zeitungen auch noch als Erfolg.

Herr Ministerpräsident, Sie haben früher immer gerne den Blick nach Bayern und Baden-Württemberg gelenkt, wenn es um Wirtschafts-

kraft und Arbeitslosenzahlen ging. Also, schauen wir einmal dorthin: In Baden-Württemberg betrug der Rückgang 4,8 %; in Bayern sogar 7,8 %. Welche Anstrengungen unternehmen Sie, um an Ihre Vorbilder heranzukommen?

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Er dreht Pfeile!)

Wie wollen Sie wenigstens den Schnitt aller Länder, der bei 5,5 % liegt, erreichen?

Meine Damen und Herren, NRW liegt nur an 14. Stelle. Nur Hessen und Hamburg sind schlechter. NRW fällt zurück. Das ist das, was wir in diesem Bereich feststellen können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Noch schlimmer: Auch auf dem Ausbildungsmarkt ist die Lage besorgniserregend. Im April waren es 4,9 % weniger Ausbildungsplätze als noch vor einem Jahr. Gleichzeitig stieg die Bewerberzahl um 8,7 %. Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle bin ich von Ihnen und auch von Minister Laumann persönlich enttäuscht. Wir alle erinnern uns, wie sich Ihre Vorgänger die Hacken abgerannt haben für jeden einzelnen Ausbildungsplatz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und Sie? – Wenn Sie so weitermachen, sparen Sie noch in zehn Jahren den Schuster.

In der Wirtschaftspolitik tut sich rein gar nichts. Sie schmücken sich nur mit fremden Federn. Sie schreiben sich die Polypropylen-Pipeline auf Ihr Konto. Ich würde sagen: Das ist ein Fall von Marktpiraterie.

(Beifall von der SPD)

Herr Linssen, Sie waren doch dabei. Sie erinnern sich doch. Minister Schwanhold hat 2002 die Genehmigung für die Pipeline erteilt und Minister Schartau 2004 den Startschuss gegeben. Jetzt ist das alles plötzlich Ihr Projekt. Sie haben es realisiert.

(Zuruf von der SPD: Peinlich!)

Wenn Sie Ihre Bilanz mit dem Kraftwerkserneuerungsprogramm aufbessern wollen, dann ist das mindestens genauso dreist. Diese Investitionsentscheidungen sind das Ergebnis der verlässlichen Energiepolitik Ihrer Vorgänger. Auch das darf man an dieser Stelle einmal festhalten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im Bereich Wirtschaft darf ich Ihnen eine Überschrift aus der heutigen Presseschau, vorletzte Seite, nicht ersparen. „Die Welt“ titelt mit Blick auf die Kürzungen, die Sie unter anderem bei der

Filmstiftung vorgenommen haben, „Medienland ist abgebrannt“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der Regierung, eines muss Ihnen doch klar sein: Sich auf den Projekten der Vorgängerregierung auszuruhen, trägt nicht. Symbolpolitik und purer Aktionismus werden unser Land nicht weiterbringen. Die Menschen erwarten schlüssige Gesamtkonzepte.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Was erleben wir aber? Ein Stückwerk wie die angebliche Polizeireform. Wer heute nicht erklären kann, mit welchen Zielsetzungen und nach welchen Kriterien er reformieren will, der kann keine Akzeptanz erzielen. Da reicht eine Leerformel wie „mehr fahnden statt verwalten“ nicht.

Gleiches gilt für die Verwaltungsstrukturreform. Es werden einfach neue Türschilder aufgehängt. Es ist schon eine besondere Form von Logik – erklären Sie das einmal den Menschen draußen –, dass Sie 46 Sonderbehörden in die Bezirksregierungen, die Sie erklärtermaßen in nächster Zukunft abschaffen wollen, eingliedern. Das versteht in diesem Land kein Mensch, Herr Ministerpräsident. Schilda lässt grüßen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Herr Palmer wird das verstehen!)

Meine Damen und Herren, unser Verständnis von Politik ist ein anderes, auch in der Opposition. Auch wir ziehen Bilanz. Wir haben die vergangenen Monate genutzt.

(Zurufe von Peter Biesenbach [CDU] und Hendrik Wüst [CDU])

– Nun warten Sie doch einmal ab. Ja, Sie sind neidisch auf die Ergebnisse, die da erzielt worden sind.

(Lachen von der CDU)

Wir arbeiten in zentralen Politikfeldern an schlüssigen Gesamtkonzepten für dieses Land.

(Ralf Witzel [FDP]: Einheitsschule!)

– Warten Sie doch einmal ab. Ein zentrales Feld ist dabei der Bereich Familie und Betreuung. Darum haben wir die Enquetekommission „Chancen für Kinder“ beantragt – für uns! Wir erwarten uns davon wichtige Grundlagen für die notwendigen politischen Entscheidungen.

Daneben arbeiten wir auch an einem Gesamtkonzept Bildung,

(Ralf Witzel [FDP]: Einheitsschule!)

Bildungspolitik aus einem Guss, die beste Schule für NRW.

Anders als Sie, meine Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, hören wir den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, den Experten, aber auch den Betroffenen zu, bevor wir entscheiden. Sie hören nicht einmal bei Ausschusssitzungen zu. Sie sind beratungsresistent.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Uns ist klar: Sorgfalt geht vor Schnelligkeit. So verstehen wir verantwortungsvolle Politik. Nach dem gleichen Prinzip gehen wir auch in den Feldern Arbeit und Ausbildung, Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Gesellschaft der Zukunft vor. Wir wissen: Die Antworten und die Konzepte von gestern werden nicht dabei helfen, die Probleme von morgen zu lösen. Deshalb ist das Wichtigste für Politiker, lernfähig zu bleiben. Das werden wir leisten.

(Beifall von der SPD)

Es geht im Kern in vielen dieser Bereiche, die ich genannt habe, auch um die Rolle, die wir dem Staat in unserer Gesellschaft zuweisen. Dies ist das zentrale Thema.

In den letzten Jahren wurde es zunehmend modern, den Staat schlecht – und seine Aufgaben kleinzureden. Ich gestehe gerne ein: Auch wir Sozialdemokraten waren daran – allerdings weniger als andere – ein bisschen mit beteiligt. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann wäre mit der Bundestagswahl im letzten Jahr der Startschuss für eine weitgehende Entstaatlichung unserer Gesellschaft erfolgt. Von diesen Plänen ist Gott sei Dank auf Bundesebene nicht mehr viel übrig geblieben. Da ist die SPD vor, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Nur die Landesregierung Nordrhein-Westfalen klammert sich noch an dieses gescheiterte Projekt. Sie realisieren offensichtlich gar nicht, welche Verschiebung da gerade in der öffentlichen Meinung stattfindet. Gehen Sie raus! Reden Sie mit den Menschen! Dann merken Sie: Die Menschen erwarten, dass der Staat funktioniert und dass er stark genug ist, sie zu schützen – nicht nur bei der inneren Sicherheit, sondern auch und gerade im Feld der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit.

Auch hier lassen Sie mich unverdächtige Zeugen benennen. Die Bertelsmann-Stiftung hat mit ihrer Repräsentativumfrage „Staat der Zukunft“ im Au-

gust 2005 folgende Zahlen erhoben: Mehr als 90 % der Bundesbürger erwarten, dass der Staat für gleiche Bildungschancen sorgt. 89 % erwarten von ihm, dass er Gerechtigkeit sicherstellt.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Herr Papke, im Vokabular der FDP kommt der Begriff gar nicht vor.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dass er für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten sorgt, wird dagegen nur von jedem Zweiten als wichtig erachtet. Das sollte Ihnen doch zu denken geben, Herr Papke. Mit Ihrer Formel „Freiheit vor Gleichheit“

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Richtig!)

werden Sie den Erwartungen der Menschen nicht gerecht. Für uns wird es immer beim Gleichklang von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ähnliches geht aus dem Bericht „Perspektive Deutschland“ der Initiative von McKinsey, Stern, ZDF und anderen hervor.

76 % der Teilnehmer an dieser Studie – einer Repräsentativbefragung –wünschen, dass die sozialen Unterschiede künftig geringer beziehungsweise viel geringer sein sollen als heute. Auf die Frage, wie das erreicht werden kann, weisen die Teilnehmer vor allem dem Staat eine aktive Rolle zu. Die Autoren bilanzieren das mit der Feststellung, der Ruf nach mehr Staat sei lauter als im Vorjahr.

Ihr Programm „Privat vor Staat“ verliert offensichtlich ständig Anhänger, Herr Ministerpräsident. Die Menschen haben begriffen, dass es nicht der richtige Weg ist, den Staat finanziell und organisatorisch so zu schwächen, dass er den Schwächeren und Schwächsten nicht mehr helfen und die Stärkeren – falls erforderlich – nicht mehr in ihre Schranken weisen kann.

Deshalb sind wir der Überzeugung, dass Ihr Weg ein Irrweg ist. Er würde unser Land spalten und am Ende dazu führen, dass es in der Konkurrenz zu anderen Ländern nicht mehr wettbewerbsfähig wäre. Deshalb treten wir dafür ein, auch zukünftig einen starken und handlungsfähigen Staat zu erhalten.

Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass wir beharren oder verharren wollen. Es muss beim Staat eine Effizienzsteigerung geben. Aber es darf nicht

der Grundsatz „Privat vor Staat“ wie eine Monstranz voran getragen werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein starker und handlungsfähiger Staat muss die notwendige finanzielle Basis in einem gerechten Steuersystem finden und über wirksame Instrumente verfügen, um Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit durchsetzen zu können. Wir werden diese Debatte offensiv führen.

Aber, Herr Ministerpräsident, freuen Sie sich lieber nicht zu früh. Denn dabei vernachlässigen wir natürlich nicht die klassische Rolle der Opposition. Das verspreche ich Ihnen. Ich versichere Ihnen, wir werden Ihnen auch weiterhin keinen Fehler durchgehen lassen. Und davon gibt es bei Ihnen – insbesondere in der Staatskanzlei – reichlich, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihre Bilanz ist vor allem eine Bilanz von Pleiten, Pech und Pannen. Noch schlimmer: Handwerkliches Unvermögen trifft sich in Ihrer Regierung mit ideologischer Verblendung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Daraus kann nichts Gutes für dieses Land entstehen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sagen Nein zu Ihrem unsozialen Haushalt. Wir sagen Nein zu Ihrem Umverteilungskurs, bei dem die Kleinsten die größten Verlierer sind. Wir sagen Nein zu Ihrer Politik ohne Herz und Verstand.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir brauchen eine Sparpolitik. Wir brauchen aber eine Sparpolitik mit Augenmaß.

NRW muss Kinder und Familien stärken. So sichern wir unsere Zukunft am besten.

Herr Ministerpräsident, das erste Jahr ist fast um. Sie haben die Zeit nicht genutzt. Nordrhein-Westfalen hat ein Jahr verloren. Das Land hat es verdient – insbesondere seine Menschen haben es verdient –, besser regiert zu werden. Nutzen Sie die Zäsur dieses Jahrestages. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kraft. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Helmut Stahl, das Wort.

(Zurufe von der SPD: Die halbe Fraktion ist wieder nicht da! Jetzt kommt wieder die alte Leier!)

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war heute Morgen natürlich Gegenstand des Beitrags von Frau Kollegin Kraft, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes vor einem Jahr den politischen Wechsel herbeigeführt haben. In gut einem Monat ist die neue Landesregierung ein Jahr im Amt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Leider!)

Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass war ein gutes Land

(Zurufe von der SPD)

ein gutes Jahr für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

– Ich wiederhole es noch einmal, damit noch ein bisschen Stimmung überkommt: Es war ein gutes Jahr für Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der CDU)

Unser Land verändert sich zum Guten. Das zeigt der Aufbruch, den wir allenthalben spüren. Was wir geschafft haben, ist Anlass zur Freude und dafür – ich gebe es frank und frei zu –, etwas stolz auf die Leistungen dieses Jahres zu sein.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Natürlich war zu erwarten, dass Frau Kollegin Kraft dieses zufällige Zusammentreffen von dritter Haushaltslesung und dem Jahrestag unseres Wahlerfolges nutzen würde, um deutlich zu machen, dass sie sich nicht mit uns freut.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Schlechtes Timing!)

Das ist verständlich. Nicht verständlich aber ist das Zerrbild, welches sie zeichnet. Zerrbilder spiegeln eine gebrochene Wahrnehmung wider. Deshalb ist nicht das Zerrbild das Problem, sondern diejenige, die es erzeugt, und das sind Sie, Frau Kraft,

(Beifall von CDU und FDP)

und Sie von der SPD, die Sie als SPD NRW tatsächlich von der Rolle sind.

(Zurufe von der SPD)

Nach Ihrem Beitrag wundert mich nur, dass Sie keine Neuwahlen gefordert haben.

Das heutige Datum gibt mir Anlass, ein Gegenbild zu entwerfen, Sie auf eine kleine Phantasiereise mitzunehmen. Diese Phantasiereise hat ihren Ausgangspunkt ebenfalls am 22. Mai 2005, geht allerdings von einem Wahlergebnis aus, das es Rot-Grün ermöglicht hätte, die Regierungsverantwortung weiter wahrzunehmen. Das Drehbuch dieser Phantasiereise ist sehr leicht zu beschreiben: Es wäre ein Gau für Nordrhein-Westfalen gewesen, der größte anzunehmende Unfall für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich brauche nur an die quälend lähmenden Debatten zu erinnern, die Rot-Grün untereinander geführt hat, die sich im Sommer 2003 kumuliert haben.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Frau Höhn sagte im WDR am 16. Juni 2003 – ich zitiere –:

„Wir wollen diese rot-grüne Koalition. Wenn der Partner nicht will, dann kann man nichts machen.“

Der Generalsekretär der SPD, der Kollege Groschek, sagte am 24. Mai 2003, ebenfalls im WDR:

„Bemerkenswert ist jedoch, dass sich die Rede der Umweltministerin Bärbel Höhn mehr mit der Situation der Hamster beschäftigte als mit den wirklichen Problemen des Landes.“

(Beifall von der CDU)

Am 16. Juni 2003 setzte er im WDR noch einen drauf:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie wissen, dass wir 2006 haben?)

„Es liegen Welten zwischen den beiden Partnern.“

Frau Kraft, Fakt ist, Sie beide haben sich mit Hingabe wie die Kesselflicker gekloppt. Das war Ihr Markenzeichen, und das waren die Bürger leid.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und Sie tanzen nach der Nase der FDP!)

Hätten die Bürgerinnen und Bürger Sie am 22. Mai 2005 nicht abgewählt, dann wäre der Streit doch klar vorhersehbar unvermindert weitergegangen: der Streit um den Abbau der Kohlesubventionen, der Streit um die Eindämmung des

Biotops Höhn, der Streit um das ständige Draufsatteln auf EU-Richtlinien, die Wirtschaft und Arbeitsplätze in unserem Land unter Wasser gesetzt haben, der Streit um sogenannte Lenkungsabgaben, also um weitere Abgabenerhöhungen, garniert mit einem verbissenen Streit

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie streiten sich innerhalb Ihrer eigenen Partei!)

um die Realisierung einzelner Straßenbauprojekte.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Parteibasis kritisiert Sie! Sie brauchen für einen Streit keine zweite Partei!)

Das Ganze wäre mit einem lauthals geführten Streit um die sofortige Realisierung von 2.000 Lehrerinnen- und Lehrer-kw-Stellen an unseren Schulen garniert worden. Dass Sie nicht mehr, sondern weniger Lehrerstellen auf der Tagesordnung hatten, wollen Sie heute vergessen machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Streit wäre über Wochen zelebriert worden. Die Medien wären voll davon gewesen, und die Bürger wären es bis zum Erbrechen leid gewesen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was erzählen Sie hier?)

Natürlich hätte es Streit zwischen Rot und Grün über einen notwendigen Nachtragshaushalt 2005 und den Haushalt 2006 gegeben. Da wären wieder die alten Sprüche gekommen, wie die, dass man die Konjunktur nicht kaputtsparen dürfe. Mit dem Dieckmann-Märchen hätten Sie erneut versucht, den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Das alles wäre nichts anderes gewesen als ein neuer, ein vergeblicher Versuch, von Ihrer Mutlosigkeit, Ihrer Entscheidungsschwäche, was substanzielle, nachhaltige Einsparungen angeht, abzulenken.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das sind Grimms Märchen!)

Sie hätten nach dem Motto „Lug und Betrug“ weitergemacht. Wie das geht, mussten wir leidvoll jedes Jahr neu erleben. Um schmerzhaften Entscheidungen auszuweichen, haben Sie jedes Jahr die Steuereinnahmen zu hoch veranschlagt: 2001 um 2,9 Milliarden €, 2002 um 1,7 Milliarden €, 2003 um sage und schreibe 2,7 Milliarden €, 2004 um 1,5 Milliarden € und nach Nachtragshaushalt 2005 um 1,4 Milliarden €, insgesamt also in fünf Jahren um rund 10 Milliarden €. Sie sind eine Steuerverschätzerpartei.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Löcher haben Sie mithilfe des Kapitalmarktes gefüllt. Diesen Kapitalmarkt müssen wir heute alleine aufgrund Ihrer Haushaltslügen mit etwa einer halben Milliarde Euro pro Jahr an Zinsen und Schuldendienst bedienen. Dieses Geld fehlt uns heute für Frauenhäuser, Arbeitsmarkt, U3-Betreuung und vieles mehr. Es sind Ihre Schulden, die Probleme, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Zählen Sie gerade Ihre Wahllügen auf?)

Mich hat ein Interview des Kollegen Dieckmann in unserer gemeinsamen Regionalzeitung belustigt. Der Bericht war übertitelt mit: „Rüttgers zu beraten ist nicht meine Aufgabe“.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Stimmt!)

Wer, um Himmels willen, könnte angesichts Ihrer Bilanz auf die schräge Idee kommen, sich von Ihnen beraten zu lassen?

(Beifall von CDU und FDP)

Ihre Haushaltsanträge zeigen: Sie haben nichts gelernt! Mal eben virtuelle Erträge von 150 Millionen € aus dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen zu holen, mal eben Steuermehreinnahmen von 350 Millionen € dazuzuaddieren und auf eine halbe Milliarde € zu kommen und dieses als Mehrausgaben zu verbuchen, zeigt, wie groß die Distanz der SPD zur Realität geworden ist, und zwar nach dem Motto: Und wenn der ganze Schnee verbrennt, die Asche bleibt uns doch.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Können Sie den Witz erklären?)

Wirklich zukunftsfeindlich wäre die Fortsetzung dieser Schuldenpolitik. Das wäre zukunftsfeindlich und kinderfeindlich, und das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall von CDU und FDP)

Grün von Rot unterscheidet Folgendes: Die Finanzanalyse, welche die Grünen-Fraktion vor etwa zwei Wochen vorgelegt hat, hat zwar manche Macke, aber sie nimmt Maß an dem gewaltigen Haushaltsproblem, das uns Rot-Grün hinterlassen hat, mit dem wir jetzt fertig werden und fertig werden müssen. Diesem Erkenntnis- und Mentalitätswandel verweigert sich die SPD-Fraktion. Sie verweigert sich, das endlich nachzuvollziehen. Frau Kraft, als seriöser Partner hat sich die SPD

NRW ins Abseits gestellt, und da gehören Sie auch hin.

(Beifall von CDU und FDP)

Dennoch und bei allem Streit, bei allem, was uns trennt: Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung für unser Land. Wir werden nicht nur als Partei, nicht als Fraktionen, sondern wir werden als Politik daran gemessen, ob es uns gelingt, die großen Probleme unseres Landes zu lösen. Fünf will ich nennen:

Da ist zum Ersten – wir haben heute die dritte Lesung Haushalt NRW – die gewaltige Verschuldung der öffentlichen Hände. Auf die hat in diesen Tagen der Bund der Steuerzahler aufmerksam gemacht mit dem Hinweis darauf, dass die Verschuldungsgrenze aller öffentlichen Haushalte mit 1,5 Billionen € – das sind 1.500 Milliarden € – eine bisher nie erreichte Marke überschritten hat.

Bundesfinanzminister und Bundesregierung versuchen, aus einer Mischung aus Ausgabensenkungen und Steuererhöhungen Einnahmen und Ausgaben wieder so weit ins Lot zu bekommen, dass der Bundeshaushalt, dass die Haushalte Verfassungsvorgaben genügen können und dass insbesondere die Maastricht-Kriterien, die wir Deutsche ja wollten, eingehalten werden können. Politik wird gerade von jungen Menschen daran gemessen, ob sie belastbare Wege aufzeigt, aus dem Teufelskreis von Haushaltsdefiziten und wachsender Verschuldung herauszukommen.

Wir müssen zweitens die Arbeitsplatzlücke schließen. Gut ist: Bund, Länder und Kommunen können sich erstmals seit langer Zeit wieder über Mehreinnahmen freuen. Es gibt Lichtblicke am Konjunkturm Himmel. Besonders erfreulich ist: Auch die Binnennachfrage scheint zu beginnen, den Konjunkturaufschwung zu tragen. Niemand darf sich jedoch über Folgendes täuschen: Dauerhaft wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur dann zum Wachstum unserer Wirtschaft beitragen, wenn dauerhaft mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben doch weniger!)

Da liegt der Schlüssel zur Lösung der Probleme unseres Landes, zur Lösung der Probleme Deutschlands insgesamt.

Wir werden das Unsere tun, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wieder mehr Menschen durch ihre Arbeit ihren Wohlstand erarbeiten und zum Wohlstand der Gemeinschaft beitragen können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was haben Sie denn im letzten Jahr getan? Weniger Arbeitsplätze im letzten Jahr!)

Vor wenigen Tagen hat das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass nur noch 39 % der Bürgerinnen und Bürger Einkommen aus Arbeit beziehen. Das bedeutet, dass fast 60 % der Menschen in Deutschland von der Arbeit dieser 39 % leben. Es wird dauerhaft schlicht nicht durchhaltbar sein, dass Unternehmen kaum über 55-Jährige beschäftigen. Und weil junge Menschen keine Ware sind, die man lagern könnte für bessere Zeiten, brauchen wir für junge Menschen Einstiegspektiven in den Arbeitsmarkt.

Diese Strukturprobleme sind nicht lösbar mithilfe nur eines Instrumentes, aber Kombilöhne, wie sie Karl-Josef Laumann mit den Sozialpartnern entwickelt hat und wie sie von der Landesregierung beschlossen wurden, sind ein Beitrag zur Überwindung der Probleme. Deshalb appellieren wir an Franz Müntefering, uns in Nordrhein-Westfalen bei der Einführung sinnvoller Kombilöhne keine Schwierigkeiten zu machen, sondern uns zu helfen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Appellieren Sie mal an Herrn Laumann, Landespolitik und nicht Bundespolitik zu machen!)

So uneinsichtig kann ein Sauerländer doch nicht sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens. Wir müssen gemeinsam unsere Sozialversicherungen zukunftsfest machen. Es muss dabei gelingen, einerseits die Arbeit zu entlasten, damit mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entsteht, und andererseits brauchen wir gerade für die Erwerbs- und Lebensälteren Verlässlichkeit für ihre soziale Sicherheit.

Viertens muss bei Bildung und Innovation ein Ruck durch Deutschland gehen, den Roman Herzog weitsichtig in seiner „Adlon-Rede“ in Berlin vor wenigen Jahren angemahnt hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Voriges Jahrhundert!)

Bildung und gute Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung sind neben Schuldenabbau die einzig tragfähige Zukunftsvorsorge. Das anzuerkennen und hier mitzutun, das erwarten wir auch von der privaten Wirtschaft. Wir brauchen mehr Ressourcen für Forschung und Entwicklung, mehr Zukunftsinvestitionen, um die Zukunft zu gewinnen. Wir begrüßen und tragen

ausdrücklich das von der Bundespolitik gesetzte und beim EU-Rat in Lissabon vereinbarte Ziel mit, 3 % unseres Bruttoinlandsproduktes für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung aufzuwenden.

Fünftens. Wir stehen gemeinsam vor der großen Aufgabe, mit allen Menschen in Deutschland ein Modell des Zusammenlebens zu erarbeiten, dass Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund, dass Menschen, die dauerhaft bei uns leben, und der sogenannten Mehrheitsgesellschaft Chancen friedlichen Zusammenlebens und Zusammenhaltens eröffnet.

In diesen großen Kontext ordnet sich unsere Politik ein. Nordrhein-Westfalen ist ein großes Bundesland, das größte Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland.

(Ute Schäfer [SPD]: Donnerwetter!)

Auch deshalb hat Nordrhein-Westfalen Gewicht.

(Ute Schäfer [SPD]: Donnerwetter!)

Ist Nordrhein-Westfalen Ballast, geht es auch mit Deutschland bergab. Schaffen wir in Nordrhein-Westfalen Auftrieb, ist das gut für Deutschland, ist das gut für Europa.

Dieser Verantwortung stellen wir uns als CDU, als Koalition der Erneuerung mit unserer Landesregierung. Wir setzen den Schwerpunkt unserer Politik auf Bildung und Innovation. Wir schaffen mit weniger Schulden mehr Bildung. Das unterscheidet uns voneinander, Frau Kraft.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir leisten ganzheitliche Zukunftsarbeit über die Spanne von Familie, über frühkindliche Förderung bis hin zur Hochschule. Familienzentren sind eine Idee, die sich durchsetzt. Das hat der überwältigende Erfolg bei den Bewerbungen um die Modellzentren erwiesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir nehmen den Bildungsauftrag des Kindergartens ernst. Wir hatten dazu gestern ein hochspannendes Fachgespräch. Wir sorgen für frühkindliche Sprachförderung, ziehen Einschulung in überschaubaren Stufen vor. Wir verbessern Chancen von Kindern und jungen Leuten durch mehr Ganztagsunterricht, durch die Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer. Wir schaffen ein Schulgesetz, das Chancen eröffnet,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie vernichten Chancen!)

damit wir endlich wieder wegkommen von den letzten Plätzen bei Pisa und anderen Lernstandserhebungen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, die beste zukunftsorientierte Sozialpolitik, die wir leisten können.

(Zuruf von der SPD)

Wenn Sie, Frau Kraft, hier monieren, angeblich würde Unglaubliches gespart, dann haben Sie natürlich verschwiegen, dass nicht gespart wird bei Kindern und Jugendlichen, sondern dass wir insgesamt über 260 Millionen € in den Bereichen Kindergarten, Schule, frühkindliche Förderung draufsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie sagen, irgendetwas fehle bei Kindergärten, verschweigen Sie, dass in den letzten fünf Jahren die Förderung pro Kind um 150 € zugenommen und nicht abgenommen hat – auch in diesem Haushalt nicht.

Sie sind hochgradig unseriös, wenn Sie versuchen, die Volksinitiativen einzufangen. Wer hat denn vor zwei und drei Jahren die Kürzungen bei den Volksinitiativen vorgenommen – wer war das denn? –,

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat sie gefordert? Das waren doch Sie! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

um jetzt irgendein Versprechen aus der Tasche zu ziehen? Ich bin mir absolut sicher: Hätten Sie weitergemacht,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben sich damals an die Spitze der Bewegung gestellt! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

wäre es bei den maximal 75 Millionen € geblieben, die jetzt auch im Regierungsentwurf stehen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Etwas Verlogeneres als das, was Sie hier abziehen, gibt es gar nicht! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Mich hat etwas gewundert, Frau Kraft, dass Sie unser Staatsverständnis, das Sie verzerrt wiedergegeben haben, kritisiert haben. Wir setzen auf verantwortete Freiheit. Wenn Sie heute Morgen Ihre mit Tremolo vorgetragenen Passagen zu diesem Punkt einmal an dem spiegeln, was heute der frühere Ministerpräsident dieses Landes in einem Interview gegenüber einer bedeutenden Zei-

tung in Nordrhein-Westfalen erklärt hat, haben Sie, Frau Kraft, heute Morgen genau das Gegenteil getan. Herr Steinbrück hat beispielsweise gesagt:

„Wir müssen den Bürgern erklären, dass ein bloßes Weitermachen gegen ihre Interessen verstößt.“

(Beifall von CDU und FDP)

Später heißt es:

„... wir müssen den Staat zuschneiden auf einen aktivierenden, effizienteren Staat, ...“

(Zuruf von der SPD: Bei den Landwirtschaftskammern!)

Frau Kraft, all das, was sie heute Morgen vorgelesen haben, spiegelte exakt das Gegenteil dessen, was Herr Steinbrück in dem lesenswerten Interview anmahnt.

(Beifall von der CDU)

Weiter heißt es:

„Es geht darum, die Eigenverantwortung der Menschen stärker in Anspruch zu nehmen.“

Meine Empfehlung an Sie, Frau Kraft: Setzen Sie sich mit Herrn Steinbrück auseinander! Wenn Sie das getan haben, beginnen Sie erneut, sich mit uns auseinanderzusetzen! Dann haben wir eine ehrliche Debatte, und die wollen wir haben.

(Beifall von der CDU)

Noch einmal: Wir setzen auf Stärke und Problemlösungsfähigkeit der Menschen. Beispielhaft erkennbar wird dieser Politikansatz bei uns in der Reform der Landesverwaltung, in der Mittelstandspolitik oder beim Entwurf für ein Hochschulfreiheitsgesetz.

Frau Kraft, Sie haben die Hochschulen pro Jahr mit mehr als 1.000 Erlassen überzogen. Sie haben die Hochschulen mit sozialistischen Planungsinstrumenten geknebelt, sodass an den Hochschulen ein Frust da war, der einfach nicht aushaltbar schien. Ich habe schon einmal erzählt, dass es Kanzler gibt, die eine Flasche Champagner aufgemacht haben, wenn es einen erlassfreien Tag gab.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Aber nur eine! – Zuruf von der CDU: Dann haben sie nicht viel getrunken!)

Die Möglichkeit der Hochschulen, tatsächlich Freiheit zu erlangen, ist bei knappen Ressourcen unsere einzige Chance, die einzige Chance der

Hochschulen, Anschluss zu gewinnen an die Hochschulen im Süden unseres Landes.

(Beifall von der CDU)

Die Exzellenzinitiative hat doch gezeigt, dass wir mehr tun müssen, dass wir aus den Puschen kommen müssen, dass wir den Hochschulen nicht vorschreiben können, wo es langgeht, sondern dass wir die Selbstentfaltungskräfte, den Mut aller brauchen, die an den Hochschulen für Wissenschaft und Forschung verantwortlich sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Es bleibt dabei – das hat der Innovationsminister hier Anfang Februar in vorzüglicher Weise in Übereinstimmung mit uns allen dargelegt –: Unser Ziel ist, 2015 Innovationsland Nummer 1 in Deutschland zu werden. Das hätten wir mit Sozialismus mit Sicherheit nicht geschafft. Dann wären wir weiter zurückgefallen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Sie haben noch vier Jahre Zeit! – Weitere Zurufe)

Wir werden bei unserem Weg in die Zukunft alle Bürgerinnen und Bürger, alle jungen und älteren Menschen in Nordrhein-Westfalen mitnehmen. Wir müssen gemeinsam mit ganzer Kraft der Berufsnot junger Leute begegnen. Wir werben und kämpfen deshalb um jede Lehrstelle, um jede Chance qualifizierter beruflicher Bildung. Alle Chancen müssen genutzt werden – vom Werkstattjahr bis zur Eröffnung von Möglichkeiten in Abstimmung mit den Partnern in der Berufsausbildung, über das Berufskolleg einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu erlangen.

Wir fördern und fordern Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir geben den Menschen über frühkindliche Sprachförderung bis zu Einbürgerungskursen für erwachsene Migranten die Chance, in unserer Gesellschaft zu ankern. Wir gehen auf Menschen mit Migrationshintergrund, die dauerhaft bei uns bleiben wollen, zu – mit offener Hand, mit freundlichem Blick, gerade auch auf Menschen muslimischen Glaubens.

Wir brauchen den runden Tisch des Gesprächs. Wir brauchen aber auch die Verbindlichkeit von Verabredungen. Wir erwarten das Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Verfassung. Wir nehmen nicht hin, dass Kopftuch oder Burka bei Lehrerinnen oder in der Schule nach unserem Werteverständnis Würde und Gleichberechtigung der Frau verletzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen und werden die Finanzen unseres Landes in Ordnung bringen. Das ist ein langer beschwerlicher Weg. Aber diesen Weg werden wir um der Gerechtigkeit, um unserer aller Zukunft willen gehen. Kein Weg führt daran vorbei – kein Weg! Wir müssen Sparen wieder im Wortsinne ernst nehmen.

Was Sparen im Wortsinne bedeutet, habe ich von meinem Vater gelernt. Mein Vater nannte Sparen das, was er aus eigenem Verdienst für Anschaffungen in der Zukunft zurücklegte. Das war Geld, das in meiner Jugend im wahrsten Sinne des Wortes von Kleidung oder potenziellem Vergnügen abgespart war. Meine Eltern haben von dem etwas zurückgelegt, was sie hatten.

Ich danke Helmut Linssen dafür, dass er gemeinsam mit der Landesregierung begonnen hat, dass wir uns alle den Herausforderungen des Sparens stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, ich möchte noch ein paar Anmerkungen zu Ihrem Entschließungsantrag machen. Sie haben die Dreistigkeit besessen, in die erste Zeile Ihres Entschließungsantrags aufzunehmen, der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt sei kinderfeindlich, unsozial und verfassungswidrig.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig!)

Das ist mehr als Chuzpe. Ich setze dagegen: Ihr Antrag ist verlogen, amateurhaft und zukunftsfeindlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie behaupten – das haben Sie gerade erneut getan: verlogen –, der Landeshaushalt 2006 weise die höchste Neuverschuldung auf – bei Einbringung, wohlgerne.

Das war doch alles eine virtuelle Veranstaltung. Das war doch so wie in der „taz“, die Helmut Seitz herauslocken und ihn wegen Helmut Linssen aufs Glatteis führen wollte. Das ist so, als wenn Sie einen Lottoschein abgeben und sich im Vertrauen darauf, dass sie gewinnen, einen Porsche kaufen. Das kann doch nicht sein. Sie haben jedes Jahr gewusst, dass Sie Nachtragshaushalte vorlegen müssen. Sie haben virtuelle Veranstaltungen abgezogen. Jetzt werfen Sie uns vor – weil wir ehrlich sind und die tatsächliche Haushaltslage ausweisen –, dass dies verfassungswidrig sei. Um Himmels willen!

(Gisela Walsken [SPD]: Sie verschweigen 300 Millionen Einnahmen! – Lebhafter Widerspruch von der CDU)

Ich habe auch den Kollegen Dieckmann bei der Gewerkschaft der Polizei gehört, als er den Menschen dort sagte, es könne nicht sein, dass bei den Polizisten noch einmal Kürzungen vorgenommen würden. Das ist okay. Ich suche aber in Ihrem Entschließungsantrag vergeblich, wo Sie denn diese Kürzung zurücknehmen und vor allem wie Sie sie gegenfinanzieren wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch das ist eine virtuelle, eine verlogene, eine unseriöse Veranstaltung.

(Zurufe von der SPD)

Noch einmal: Das, was Sie uns hinterlassen haben, ist Ihr Schuldenberg, sind die Ergebnisse Ihrer Wechselreiterei. Es ist schändlich, dass Sie sich da aus der Verantwortung stehlen wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Was Sie mit Ihrem Entschließungsantrag vorlegen, ist amateurhaft. Sie gehen schlicht an den Einsparungen entlang, die wir aufgrund Ihrer Politik vorzunehmen gezwungen sind, und legen überall was drauf. Das Ganze geschieht auf der Basis einer Voodoo-Ökonomie, die in der Realität keinerlei Stütze findet.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich das Ganze werte, dann ist das nicht mehr als ein von Ihnen selbst nicht eingelöster Wunschzettel, zu dessen Einlösung Sie 39 Jahre Zeit gehabt haben. Jetzt haben Sie lange Zeit, darüber neu nachzudenken.

(Beifall von CDU und FDP)

Ihr Entschließungsantrag ist zudem zukunftsfeindlich, weil Sie erneut das tun, was man nicht mehr darf. Sie wollen die Saat essen, von der unsere Kinder leben müssen. Sie gehen wieder und neu in die Verschuldung. Das ist falsch, das ist schädlich, das ist zukunftsfeindlich.

(Beifall von der CDU)

Gäbe es einen Preis zur Verleihung des Scheinheiligenscheins, so hätten Sie den heute Morgen tatsächlich bekommen.

(Beifall von der CDU)

Es lohnt sich nicht. Sie müssen sich damit abfinden. Wenn Sie mir das Bild noch erlauben: Manchmal werden Kritiker als Hennen bezeichnet, die gackern, wenn andere Eier legen. Wir sind es jetzt, die Eier legen. Das werden wir im Interesse unseres Landes weiter tun.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Koalition der Erneuerung, welche die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bewirkt haben, haben wir begonnen, Nordrhein Westfalen neu für den Kampf um die Meisterschaft der europäischen Regionen aufgestellt. Wir akzeptieren dabei Kritik; denn es gibt wenig, was im konstruktiven Sinne nicht kritikfähig wäre. Wenn jedoch Kritik daherkommt wie durch Sie, Frau Kraft, in Dimensionen, in denen das Pepita als großes Karo erscheint, dann nehmen wir das zur Kenntnis und gehen ruhig und beharrlich weiter, zukunftsorientiert, orientiert an den Chancen unseres Landes und seiner Menschen.

Wie Umfragen zeigen, wünschen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dem Team Rüttgers/Pinkwart noch viele gute Jahre für unser Land. Als Koalition der Erneuerung werden wir unsere ganze Kraft einsetzen, den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes diesen Wunsch zu erfüllen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stahl. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Sylvia Löhrmann, das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stahl, ich fange einmal etwas scherzhaft an. Ich habe gerade zur Kenntnis genommen, dass Sie Eier legen wollen.

(Beifall und Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Das lässt den Rückschluss auf bestimmte Tiere zu. Da wir Grünen ja ein besonderes Herz für die Hühner haben und nicht wollen, dass sie es weiterhin nur auf einem Blatt Papier aushalten müssen, müssen Sie doch zumindest zur Kenntnis nehmen, dass wir den richtigen Weg verfolgen, wenn wir uns gegen die Käfighaltung aussprechen, damit auch Sie sich ordentlich beim Eierlegen entfalten können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Damit komme ich zur zweiten Vorbemerkung: Ich war entsetzt über Ihren Beitrag nach einem Jahr Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, so sehr ich Sie persönlich schätze. Sie haben sich in Passagen abgearbeitet an Vorkommnissen im Jahr 2003 und über Aussagen von Bärbel Höhn. Sie haben sich an der Vergangenheit abgearbeitet.

Sie haben über die Vergangenheit gesprochen. Sie haben sich über den vermeintlichen Sozialismus von Frau Kraft ausgelassen. Ansonsten haben Sie hier die Selbstsuggestion weiter betrieben, die wir schon das ganze letzte Jahr gehört haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Leidenschaftliche Aussagen über die Zukunft des Landes und über das, was in unserem Land los ist, habe ich nicht gehört. Sie sind nach wie vor in der Opposition verhaftet, weil Sie sich an anderen abarbeiten, Herr Stahl.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie müssen dabei sehr weit in die Vergangenheit zurückgehen.

Sie unterstellen, wir würden hier etwas schlechtreden, und reden dann über die Hochschulen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Gestern – 10.000!)

Dazu kann ich nur sagen: Die gestrige Demonstration werden Sie auch zur Kenntnis genommen haben. Herr Lindner hoffentlich auch, der ja meint, dass wäre alles gegessen. Aber wo ist denn Ihre Stimme, wo ist die Stimme von Herrn Pinkwart bezogen auf das, was in der Föderalismusreform passiert und dazu, wie viele Millionen Euro wir in unseren Hochschulen infolgedessen weniger haben werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das habt ihr doch verhandelt!)

– Die Föderalismusreform habe ich nicht verhandelt. Sie hätten es doch ändern können. Herr Rüttgers, Sie sitzen doch überall mit am Tisch. Sie unterschreiben doch jeden Koalitionsvertrag und beklagen das dann hier hinterher.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Johannes Remmel [GRÜNE]: Nordrhein-Westfalen veraten! – Weitere Zurufe von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, der Zwischenruf gefällt mir.

Aber ganz im Ernst: Sie haben im Kabinett in Berlin niemanden durchgesetzt. Sie haben im Koalitionsvertrag Sachen unterschrieben, und hier distanzieren Sie sich davon und wollen damit nichts zu tun haben – Beispiel: Mehrwertsteuer.

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

Sie haben die Föderalismusreform maßgeblich mit ausgehandelt und sagen jetzt: Damit haben Sie eigentlich nichts zu tun. Herr Pinkwart schreibt

einen lapidaren Brief; der „Westpol“-Beitrag war doch bezeichnend.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Tolle Landesregierung! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Was passiert? Es heißt: Nein, so richtig wollen wir nicht ran. Richtigen Streit wollen wir nicht.

(Zurufe von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck: Das Abarbeiten an den jetzigen Oppositionsfraktionen steht im Vordergrund und nicht die wirkliche Auseinandersetzung mit den Notwendigkeiten für die Menschen und das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich bleibe dabei: Dieser Haushalt ist unseriös, ungerecht und zukunftsfeindlich. Wenn dieser Haushalt ein Leitmotiv hat, dann dieses: Versprochen – gebrochen! Statt den Haushalt zu konsolidieren, stürzen Sie das Land in eine neue Rekordverschuldung. Sie zerstören das Fundament der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft, indem Sie genau da kürzen, wo sich Menschen für Menschen engagieren. Durch planlose und kurzsichtige Kürzung bei präventiver Arbeit verursachen Sie eine Kostenlawine, die in kürzester Zeit deutliche Mehrbelastungen nach sich ziehen wird. Von Nachhaltigkeit keine Spur!

Als Entschuldigung, meine Damen und Herren – auch Herr Stahl hat es wieder gemacht –, für Ihre unsoziale wortbrecherische Kürzungspolitik greifen Sie immer wieder zum gleichen Strohalm: Sie hätten das wahre Ausmaß der Verschuldung nicht gekannt, sagen Sie.

Ihre Wahlplakate und die Reden von Herrn Diegel beweisen das Gegenteil. Selbst wenn ich Sie und Ihr Argument ernst nehme, Sie hätten es nicht gewusst, kommen Sie auch laut Guido Westerwelle nicht so gut weg. Er sagte so schön beim politischen Aschermittwoch der FDP in Passau – ich zitiere –:

„Wenn man nicht wusste, wie die Finanzlage in Deutschland war, ist man entweder blind oder blöd.“

(Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen. Ich bin gespannt, ob Herr Papke uns gleich aufklärt, ob er blind oder blöd ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Gisela Walsken [SPD] und Marc Jan Eumann [SPD]:

Beides! – Zuruf von Helmut Stahl [CDU] – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, Schwarz-Gelb setzt in diesem Haushalt die falschen Prioritäten. Bei Kindern und Jugend, unserer Zukunft rasieren Sie weg ohne Rücksicht auf Gesetze, Versprechungen und Volksinitiativen.

(Zurufe von GRÜNEN und SPD)

Die Studierenden, die Zukunft dieses Landes, Garanten für die Wirtschaftsstärke von NRW, werden durch Gebühren von den Unis ferngehalten.

(Zurufe von CDU und FDP: Quatsch!)

Zusätzlich wird noch bei den Studentenwerken kräftig gekürzt,

(Christian Lindner [FDP]: Das ist Quatsch!)

die gerade für einkommensschwache Studierende wichtig sind.

(Christian Lindner [FDP]: Das sind nur 1,66 € im Monat pro Studierenden! – Weitere Zurufe)

Bei der Landwirtschaftskammer allerdings, Ihrer Bauernlobby, legen Sie ordentlich drauf. Beim öffentlichen Nahverkehr, dem besten Anti-Stau-Programm, das es gibt, wird gekürzt. Aber für Flughafensubventionen gibt es ein paar Millionen zusätzlich.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Beim Straßenneubau legen Sie drauf, anstatt die längst gebauten Landstraßen in Schuss zu halten. Dabei rumpelt und rappelt es auf den Straßen in NRW, dass die Radkappen fliegen.

(Zurufe von CDU und FDP)

Bei den Steinkohlesubventionen: gute Absichten – okay. Aber konkret werfen Sie der RAG ohne Not über 200 Millionen € hinterher. Krankenhäuser, eine wesentliche Grundlage für die breite Gesundheitsversorgung, kürzen Sie in die Insolvenz.

Auch bei Frauenhäusern, also bei Schutz und Beratung für Opfer von Gewalt, wird gekürzt. Dabei sind die Häuser ausgelastet. Die Frauen in Not sind da. Aber laut Minister Laschet wird keine Frau weniger aufgenommen.

(Minister Armin Laschet: Ja, so ist das!)

Ich rate den Frauen, die nachts Hilfe suchen und keine Bereitschaft mehr vorfinden: Gehen Sie direkt ins Ministerium, Herr Laschet ist für Sie da.

Stattdessen machen Sie lieber für die Reiterstaffel – für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nun wirklich völlig überflüssig – zusätzlich Geld locker.

(Dietmar Brockes [FDP]: Quatsch!)

Das Land: ein verlässlicher Partner der Kommunen? Von wegen! Zum einen schieben Sie unseren Städten und Gemeinden den schwarzen Peter zu, weil sie sehen müssen, wie sie mit den Kürzungen der Fachressorts zurechtkommen. Das fängt beim Kindergarten an und hört bei der Weiterbildung nicht auf.

Zum Zweiten müssen die Kommunen auf einen Schlag Kreditierungen aus früheren Jahren zurückzahlen. Und zum Dritten lassen Sie die Kommunen nicht von den Steuermehreinnahmen profitieren.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist das! – Dietmar Brockes [FDP]: Sie hätten die Rede vorher lesen sollen!)

Kommunalfreundliche Politik sieht anders aus, meine Damen und Herren.

Zu guter Letzt: die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. Statt gute Politik zu machen, brauchen Sie mehr Geld für Werbung und Kampagnen. Das ist offensichtlich der verzweifelte Versuch, den Mist, den Sie anrichten, wenigstens schön zu verpacken.

(Beifall und Zurufe von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Eine tolle Bilanz, ein Jahr nach der Wahl! Das soziale NRW machen Sie platt. Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht. Der Schuldenstand erreicht einen neuen Rekord. – Scheitern auf der ganzen Linie!

Herr Ministerpräsident, im März 2005 haben Sie auf Ihrem Landesparteitag in Bochum gesagt – ich zitiere –:

„Die Fortsetzung der hemmungslosen Schuldenmacherei ist das Letzte, was NRW braucht.“

Doch ein Jahr nach der Wahl lautet das Fazit für Schwarz-Gelb: die höchste Verschuldung aller Zeiten. Sie werden keines der versprochenen Konsolidierungsziele auch nur annähernd erreichen.

Mich wundert allerdings, wie Sie die Ergebnisse der von unserer Fraktion eingesetzten Haushaltskommission loben; Herr Stahl hat das gerade auch wieder getan. Immerhin kommt diese Kommission zu dem Schluss, dass Ihre Politik den Landeshaushalt zum Sanierungsfall macht. Denn

Sie schaffen neue Stellen, die die Haushalte über Jahrzehnte zusätzlich und unnötig belasten.

Auch die anderen Ideen dieses Berichts berücksichtigen Sie bisher nicht. Der Bericht macht mehr als klar: Wer versucht, den Haushalt über das Kürzen der zum Teil schon bescheidenen Förderprogramme zu sanieren, macht sehr viel kaputt; aber Konsolidierung ist das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bisher bildet der Landeshaushalt nur die Geldseite der Zukunftsvorsorge ab. Dem Geld stehen aber materielle und immaterielle Güter gegenüber. Warum führen Sie nicht das WNA-Budget ein, also einen konkreten Nachhaltigkeitsfaktor? Dann liegt das Augenmerk auf der Art der Ausgaben, statt einfach pauschal alle Kürzungen als „Konsolidierung“ zu bezeichnen.

Warum stellen Sie nicht, wie vorgeschlagen, die Pensionslasten in den Haushalt ein?

(Christian Möbius [CDU]: Haben Sie das denn eigentlich gemacht? – Zuruf von Sören Link [SPD])

Dann stellt sich die Frage nach Angestellten oder Beamten völlig neu. Dann wird klar, warum wir eine Reform des öffentlichen Dienstes nach dem Vorschlag der Bull-Kommission dringend brauchen.

Es kommt doch darauf an, dass die vergangenheitsorientierten Ausgaben wie Zinsen, Pensionen und Erhaltungssubventionen sinken. Dagegen sollten die zukunftsbezogenen Ausgaben wie für Bildung, Forschung, Entwicklung und Umweltschutz ansteigen. Das ist ein WNA-Budget, das ist wirtschafts- und nachhaltigkeitswirksame Haushaltspolitik. Meine Damen und Herren, das ist zukunftsweisend. Dann bekommen Sie einen Haushalt mit Wahrheit und Klarheit. Lassen Sie uns den Bericht dieser Kommission gemeinsam und ergebnisoffen diskutieren. Er soll nicht wie der Bericht Ihrer Hartmann-Kommission im Papierkorb landen.

Meine Damen und Herren, statt ernsthafte Konsolidierung zu versuchen, feiern Sie sich auch noch für Ihre sozialen Untaten. Besonders erschüttert bin ich über Ihr Auftreten bei der Abstimmung über die Einzelpläne während der zweiten Lesung. Das hat mich an die Methoden besonders schlechter Comedy-Sendungen erinnert. Da gibt es immer viele Einpeitscher im Publikum, die besonders oft applaudieren.

Sie haben nach jeder Abstimmung über die Einzelpläne mit tosendem Applaus reagiert. Das habe ich hier in diesem Hause noch nicht erlebt.

(Christian Lindner [FDP]: Die SPD war nicht einmal da! Das war auch kein parlamentarisches Verhalten!)

Bei den Abstimmungen über die Einzelpläne, lieber Herr Kollege Lindner, waren wir alle hier. Am Ende der Plenartage der zweiten Lesung – da haben Sie Recht – war unsere Fraktion die zweitstärkste Fraktion in diesem Hause. Das zu Ihrer Erinnerung. Sie als FDP waren aber noch weniger.

(Christian Lindner [FDP]: Wir waren weniger? Sie waren weniger! – Zuruf von Volkmар Klein [CDU])

– Sie waren deutlich weniger, ja.

Zurück zur Schule! Ich habe mich gefragt: War das echte Begeisterung über diesen Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion? Nein, das kann ich mir bei dem Chaos, das Sie hier angerichtet haben, beim besten Willen nicht vorstellen. Das waren nun wirklich echte Chaostage in Düsseldorf. Da kann glatt der schwarze Block von den Schwarzen hier im Landtag noch was lernen, meine Damen und Herren.

Nein, Ihr Applaus war eher ein Klatschen im Walde. Sie wollen nur das Grummeln, Ihre Uneinigkeit und den Ärger in Ihrer vermeintlichen Kuschelkoalition übertünchen, insbesondere den Ärger der CDU über den Unsinn, den sie wegen der FDP mitmachen muss. Da wedelt der Schwanz mit Hund, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Herr Stahl den öffentlichen Streit, die öffentliche Auseinandersetzung, die wir bisweilen hatten – jawohl –, kritisiert, dann frage ich mich: Was passiert denn hier in den Hinterzimmern? Zum Teil ist deutlich geworden, dass es bei Ihnen unter dem Teppich gar nicht so wunderbar aussieht, meine Damen und Herren. Das wissen Sie, das wissen wir, und das merken auch die Bürgerinnen und Bürger: Diese FDP geht der CDU ganz gewaltig auf die Nerven. Das können wir natürlich sehr gut verstehen. Aber es hilft nichts: Selbst gewähltes Schicksal, liebe Kolleginnen und Kollegen – da müssen Sie durch!

Während Sie sich hier gefeiert und bejubelt haben, habe ich mich gefragt, wie es wohl den Menschen gegangen ist, die Ihnen zugesehen haben, den Menschen, denen Sie die Unterstützung zusammengestrichen haben. Hätten Sie auch ge-

klatscht – ich meine das ganz ernst –, wenn Sie den Betroffenen dabei hätten ins Gesicht schauen müssen: den Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern, von denen manche entlassen werden mussten – andere verzichten auf Einkommen, damit die Beratungsarbeit überhaupt weiter gehen kann –, den Engagierten in der Eine-Welt-Arbeit – die FDP hätte da gejubelt, da bin ich mir sicher, aber die Christen sind da ja doch ein bisschen anders drauf –, all den Ehrenamtlichen, denen Sie die finanzielle Basis entziehen?

(Dietmar Brockes [FDP]: Ehrenamtliche?)

– Ja. Sie haben es noch nicht verstanden. Es gibt Strukturen, die ein Netz von Ehrenamtlichen nach sich ziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Brockes, so ist das in der freien sozialen Arbeit.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Bezeichnender Zwischenruf, Herr Brockes. Ich erkläre es Ihnen gerne ausführlicher. Die meisten wissen es. Deswegen bekommen Sie jetzt keine öffentliche Nachhilfestunde.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wie geht es den Eltern, die sich demnächst keine Kindertagesstätte oder keine Bustickets für ihre Kinder mehr leisten können? Ihr Beklatschen der Einzelpläne war zynisch. Denn Ihre Politik kürzt bei der Zukunft und verschleudert die Mittel für Projekte der Vergangenheit – und das gegen alle Versprechungen, die Sie vor der Wahl gemacht haben. Versprochen – gebrochen! Herr Lindner, ich weiß, dass Ihnen das weh tut.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Angesichts dieser Tatsache, Herr Ministerpräsident, angesichts der unzähligen gebrochenen Versprechen frage ich Sie: Wie kommen Sie zu Ihrer nun wirklich absurden Aussagen im „Handelsblatt“ vom 6. März? Ich zitiere:

„Die Beobachter unserer Politik sind darüber erstaunt, dass wir genau das abarbeiten, was wir vor der Wahl gesagt haben. Dass das eine Überraschung sein kann, verblüfft mich. Das zeigt, dass Politik ein Glaubwürdigkeitsdefizit abarbeiten muss.“

Sie arbeiten also all das ab, was Sie vor der Wahl gesagt haben? Glauben Sie das wirklich? Wissen Sie, was die Menschen bis weit in Ihre Partei hinein darüber denken?

Ein paar Zitate! Frau Kraft hat auch schon einige genannt. Die „WAZ“ vom 6. April schreibt:

„CDU-Basis wehrt sich gegen Rüttgers Sparkurs

Dinslakens CDU-Fraktionschef Heinz Wensing besorgte 250 Unterschriften. Er argumentiert: Die Koalition habe versprochen, die Lage der Kindergärten zu verbessern. Ministerpräsident Rüttgers begehe Wortbruch, wenn die Sparpläne beschlossen würden. In zwei Dutzend Städten von Aachen bis Wuppertal verabschiedete die CDU Resolutionen gegen die Sparpläne.“

In meiner Heimatstadt Solingen übrigens auch.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So sieht es aus!)

Laut „Rheinischer Post“ vom 24. März skandierten die Anhänger des Deutschen Beamtenbundes bei einer Großdemonstration – Zitat –: „Regiert Ihr schon oder lügt Ihr noch?“

In der Stellungnahme zum Landeshaushalt schreibt der Beamtenbund – Zitat –:

„Gemessen an den Aussagen zur Landtagswahl 2005 ist dieser Landeshaushalt ein glatter Wortbruch, den die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weder hinnehmen noch vergessen werden.“

Die freie Wohlfahrtspflege schreibt in ihrer Stellungnahme zum Landeshaushalt – ich zitiere –:

„Verschiedene Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit belegen, dass sich Mitglieder von Landesregierung und Koalition nicht mehr an das gebunden fühlen, was sie vor Jahresfrist noch als Opposition gesagt oder gefordert haben.“

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 22. Februar heißt es:

„Volkshochschulen und katholische Bildungseinrichtungen haben dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) Wortbruch vorgeworfen. Obwohl die Christdemokraten im Wahlkampf versprochen hätten, die Mittel für Weiterbildung wieder zu erhöhen, werde im Haushaltsentwurf 2006 der Rotstift ange-setzt, kritisierten am Dienstag Sprecher der Landesorganisation für Weiterbildung in Düsseldorf. Leidtragende seien vor allem Schulabbrecher, Analphabeten und Ausländer.“

(Beifall von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So sieht's aus!)

So sieht es aus, Herr Rüttgers: keine Beiträge der Opposition, sondern Verbände und Institutionen,

die Ihnen das abgenommen haben, was Sie vor der Wahl gesagt haben, und die sich von Ihnen zu Recht belogen und betrogen fühlen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Wahlkampf war auf falschen Versprechungen aufgebaut, die Ihnen jetzt auf die Füße fallen – zu Recht. Sie haben die Menschen getäuscht, wissentlich.

Aber all das, all diese mehr als berechtigte Kritik, all diese Vorwürfe, all diese getäuschten und enttäuschten Menschen scheinen Sie völlig kalt zu lassen. Das halte ich für das Schlimmste dabei. Genauso kalt wie Hunderttausende von Unterschriften gegen die Kürzungen beim Landesjugendplan!

(Zuruf von der CDU: Die von Ihnen stammen!)

– Die von mir stammen? Ja, du liebe Zeit, wir haben doch eben gehört, dass da auch CDU-Fraktionsleute Unterschriften im Sinne der Sache gesammelt haben,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

genauso wie vor zwei Jahren auch Leute von uns Unterschriften gesammelt haben, weil sie wollten, dass wir unsere Entscheidung korrigieren. Ja, und wir haben das getan. Wir waren lernfähig. Wir waren lernfähig und haben das getan, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Ihr Haushaltsvorbehalt!)

Wir haben es gesetzlich verankert – Punkt, aus, Ende!

(Widerspruch von CDU und FDP – Zuruf von der CDU: Der Haushaltsvorbehalt, den Sie verankert haben, wird umgesetzt!)

Wie sagte Ihr Ministerpräsident im Jahre 2004 als Oppositionsführer? „Wer bei Kindern und Jugendlichen kürzt, spart konzeptionslos, weil er an der Zukunft des Landes spart.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Genau das war richtig. Damals haben wir genau deswegen, weil das richtig war und weil wir das ebenfalls so gefunden haben, das Jugendförderungsgesetz gemeinsam mit Ihnen beschlossen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Weil dies Ihr eklatantester Wortbruch ist und weil es ein Skandal ist, dass diese erfolgreiche Volksinitiative, obwohl sie ein zweites Mal erfolgreich

ist, bei Ihnen auf Granit beißt, verlangen wir hier und heute von Ihnen, dass Sie in diesem Punkt in namentlicher Abstimmung Farbe bekennen, und zwar jede und jeder Einzelne von Ihnen aus den Regierungsfraktionen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, wie haben Sie gesagt? „Die Politik muss ein Glaubwürdigkeitsdefizit abarbeiten“.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ja!)

Sie bauen kein einziges Glaubwürdigkeitsproblem ab. Sie sind nicht die Lösung, Sie sind das Problem, Herr Rüttgers.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers)

Nichts von dem, was Sie im Wahlkampf plakatiert und in die Mikrofone getönt haben, wird eingehalten. 112 Milliarden € Schulden, fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall, eine Million Arbeitslose – das waren Ihre Parolen im Wahlkampf. Und was ist nach einem Jahr, nach diesem „erfolgreichen“ Jahr, wie wir gestern und heute Morgen auch schon gehört haben? Ich will es Ihnen sagen: 118 Milliarden € Schulden, fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall, über eine Million Arbeitslose. Das ist die Bilanz nach einem Jahr. Aber die Reiterstaffel, die ist wieder da. Welch eine Bilanz!

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sind ein Musterbeispiel politischer Unglaubwürdigkeit und Unzuverlässigkeit. Sie haben das Vertrauen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern in NRW mit Füßen getreten.

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

Das werden Sie merken, auch wenn Ihre Mitarbeiter alles dafür tun, den dünnhäutigen Chef nicht zu verärgern.

Herr Ministerpräsident, wie oft haben Sie salbungsvoll verkündet, Sie wollten auf die Praktiker hören, Sie wollten nahe bei den Menschen sein. Nur, bei Ihnen werden Praktiker, die Kritik vortragen, beschimpft und von künftigen Beratungen ausgeschlossen – wie die eigenen Leute bei den kommunalen Spitzenverbänden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So viel Eiszeit war nie zwischen einer NRW-Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden unseres Landes wie heute.

(Minister Dr. Andreas Pinkwart: Ach was!)

Bei Ihnen werden Kritiker mit Ignoranz belohnt wie bei den Anhörungen zu den zentralen Eckpunkten Ihrer Bildungspolitik. Bei Ihnen wird Kritik einfach in Zustimmung umdefiniert wie nach der Anhörung zum Polizeigesetz. Bei Ihnen wird selbst die Berichterstattung der „Bild“-Zeitung, die ja nun nicht gerade als CDU-feindlich gilt, manipuliert, wenn sie Ihnen nicht passt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, wer keine Kritik vertragen kann, wer sich nur mit Ja-Sagern umgibt, der muss und wird scheitern.

Sie versuchen ja systematisch, sich als Nachfolger von Johannes Rau zu präsentieren.

(Frank Sichau [SPD]: Ja, aber der ist in der falschen Partei!)

Abgesehen davon, dass Sie das ohnehin nicht schaffen werden – die Schuhe sind ziemlich groß –: Johannes Rau hat sich nie mit Ja-Sagern umgeben. Er wusste Kritik zu schätzen – im Gegensatz zu Ihnen. Sie erinnern mich da eher an einen anderen Ihrer Vorgänger – das mag jetzt zunächst überraschen –, nämlich an Wolfgang Clement, obwohl der Ihren pastoralen Ton natürlich nie hingekriegt hätte. Aber der hatte es mit Kritik auch nicht so.

Es bleibt und ist ja wohl so: Sie können halt nicht verleugnen, dass Sie bei Helmut Kohl gelernt haben.

(Minister Armin Laschet: Gute Schule!)

Aber eines haben Sie selbst da nicht gelernt, nämlich wie man ordentlich regiert. Denn die Bilanz Ihres ersten Jahres zeigt mehr als deutlich: Sie und Ihr Kabinett – Sie können es nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich gebe ja zu: Rot-Grün hat sich am Anfang auch nicht immer mit Ruhm bekleckert,

(Zuruf von der CDU: Bis zum Ende!)

aber dermaßen viele handwerkliche Fehler innerhalb des ersten Regierungsjahres – das hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Auch mit dieser Meinung stehe ich nicht allein. Ich habe mir wieder geradezu linke Freunde ausgesucht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommt am 20. April zu der Überzeugung, dass Sie nur virtuell regieren.

(Christian Lindner [FDP]: Das steht nur in der Überschrift, nicht im Text!)

Zitat:

„Nach 39 Jahren in der Opposition fällt der CDU das Regieren nicht ganz leicht. Das gilt besonders für die CDU-Fraktion im Landtag,“

– es freut mich, dass Sie sich ebenfalls angesprochen fühlen, Herr Lindner –

„die ihre Rolle als ‚Regierungsfraktion‘ noch nicht gefunden hat.“

In der Staatskanzlei sieht es mitnichten besser aus. Seit Monaten wird über die Ablösung des Leiters der Staatskanzlei gemunkelt. Nichts passiert. Die „Welt am Sonntag“ – auch so eine linke Postille – schreibt dazu am 7. Mai:

„Denn nach wie vor hat Rüttgers die Meldungen über eine Grosse-Brockhoff-Demission nicht dementiert. Daraus kann man dreierlei folgern: Entweder der Ministerpräsident ist entscheidungsschwach, oder er schwächelt selbst,“

(Zuruf von der SPD: Oder beides!)

„oder er will Grosse-Brockhoffs Position bewusst schwächen.“

(Zuruf von der FDP: Gehen Sie doch mal zum Haushalt über!)

„Alle drei Varianten werfen kein gutes Licht auf Rüttgers und die neue Landesregierung.“

In der offenen Wunde Ihrer Null-Performance in Berlin will ich jetzt gar nicht weiter rühren.

Aber der Gipfel Ihrer Regierungsunfähigkeit hat sich bei diesen Haushaltsberatungen gezeigt, der Königsdisziplin des Parlaments. Ohne unsere aktive Unterstützung wären Sie gar nicht so weit gekommen. Ohne die aktive Unterstützung der Opposition bei der zweiten Lesung hätte der Haushalt gar nicht weiter diskutiert werden können, weil Ihre Minister die simpelsten Verfahrensregeln nicht beherrschen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

weil sie es ja nicht einmal für nötig hielten, die kommunalen Spitzenverbände rechtzeitig zu kurzfristig eingereichten Änderungen der Haushaltsbegleitgesetze anzuhören.

Meine Damen und Herren, damit komme ich noch einmal zu dem gestrigen, dem vorgestrigen und zum heutigen Tag. Wir hatten ja fast schon erwartet, dass Sie auch heute wieder gegen alle demokratischen Spielregeln, gegen jedes Gebot der Fairness durchzocken. War da mal etwas mit „Demut vor dem Parlament“?

(Heiterkeit von der SPD)

Aber was bedeutet das in der Sache?

(Zuruf von der SPD: Da war er Redner!)

Für Sie sind also 300 Millionen oder gar 500 Millionen € mehr oder weniger im Landeshaushalt eine unwesentliche Änderung, keine Sache, über die man groß diskutieren muss. Das sind sozusagen Peanuts. Erklären Sie das doch bitte einmal den Flüchtlingsinitiativen, denen Sie gerade wegen 150.000 € ihre Arbeitsgrundlage entziehen, die Arbeitsgrundlage für tätige Nächstenliebe. Ist das die neue christliche Soziallehre?

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, Ihre handwerkliche Inkompetenz, Ihre handwerklichen Fehler und Ihre Dreistigkeit sind eine Zumutung für dieses Parlament und die Menschen in unserem Land. Leider ist das Problem nicht nur Ihr handwerkliches Versagen. Man könnte dort noch auf Besserung hoffen. Nein, es kommt tatsächlich noch schlimmer: Herr Rüttgers, in Ihrem Kabinett sitzen leider mehrere Minister, die offensichtlich keinerlei Bewusstsein dafür haben, dass sie die Verantwortung für das Gemeinwesen von 18 Millionen Menschen übernommen haben.

(Christian Lindner [FDP]: Unverschämtheit!)

Manche Ihrer Kollegen ruinieren systematisch die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Herr Pinkwart betreibt den völligen Rückzug aus der staatlichen Verantwortung für die Wissenschaft und unsere Hochschulen. Wir haben darüber eben schon bei der Frage der vermeintlichen Freiheit gesprochen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und Sie, Herr Rüttgers, Sie lassen ihn gewähren.

Herr Wittke schlägt den Kommunen sämtliche Instrumente aus der Hand, mit der Sie bislang die Wohnungsversorgung wirtschaftlich schwächerer Familien sicherstellen konnten. Und Sie, Herr Rüttgers – Sie lassen ihn gewähren!

Herr Uhlenberg zerstört mutwillig die Strukturen der Umweltverwaltung.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Genau, da klatschen Sie! Wunderbar! Klatschen Sie!

(Minister Armin Laschet: Wer klatscht denn?)

Dadurch gerät Umweltrecht zu Gnadenrecht. NRW fällt in Zeiten vor Töpfer zurück. Selbst die Wirtschaft beklagt das. Denn schließlich fehlt es auch künftig an Umweltberatung für Unternehmen.

NRW ist das einzige Bundesland mit einem Integrationsminister, ist aber auch zum einzigen Bundesland ohne Umwelt-, Naturschutz- und Verbraucherschutzminister geworden. Diesen Titel hat Herr Uhlenberg verwirkt. Im Sinne von Klarheit und Wahrheit sollte er sich fortan nur noch „Bauernminister“ nennen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihr Verhalten zeigt: Sie haben nicht verstanden, was es heißt, die Schöpfung zu bewahren. Sie haben immer noch nicht erkannt, welche Innovations- und Arbeitsplatzpotenziale in einer offensiven und intelligenten Verknüpfung von Umwelt- und Wirtschaftspolitik liegen, meine Damen und Herren. Wie teuer muss Erdöl denn noch werden, bis auch Sie merken, dass wir uns aus der Abhängigkeit vom Öl befreien müssen? „Weg vom Öl“ ist eine ökologische und ökonomische Notwendigkeit. Dafür brauchen wir eine volkswirtschaftliche Gesamtstrategie, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber davon haben weder Frau Thoben, Herr Wittke noch Herr Uhlenberg den blassesten Schimmer. Das ist zumindest der Eindruck, der sich nach einem Jahr festsetzt. Damit verschenken Sie Arbeitsplatzpotenziale, damit verschenken Sie, dass wir an der Lösung der Frage, wie wir von der einen Million Arbeitslosen herunterkommen, arbeiten können.

Jetzt zu Ihrem Innenminister. Herr Wolf strukturiert die Polizei ohne jedes Gesamtkonzept kaputt. Er fusioniert, er verlegt, er gliedert ein, er verlagert – ohne Sinn und Verstand! Die desaströse Anhörung zur Polizeistrukturereform deutet er in Zustimmung um. In den Kommunen – der FDP ja noch nie ein Herzensanliegen – hat es der Innenminister auf die kommunale Demokratie und die öffentliche Daseinsvorsorge abgesehen. Mit der Abschaffung praktisch sämtlicher Widerspruchsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger gegen Verwaltungsentscheidungen bereitet Ihr Innenminister den größten Abbau von Bürgerrechten vor, den dieses Land je gesehen hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Parl. Staatssekretär Manfred Palmen)

– Herr Palmen, das ist weder liberal noch hat es mit Bürokratieabbau das Geringste zu tun. Die Menschen gehen nämlich hinterher zu den Gerichten, meine Damen und Herren. Das, was Sie machen, ist demokratiefeindlich. Und der Ministerpräsident lässt Herrn Wolf gewähren!

Jetzt komme ich zu der mir menschlich, wie Sie wissen, sehr sympathischen Schulministerin. Gestern stand ein schlauer Satz im österreichischen „Standard“. Ich zitiere: Integration entscheidet sich nicht in der Moschee, sondern am Arbeitsmarkt, in der Schule, im Alltagsleben. Dort wird Integration erlebt oder Ausgrenzung geschürt.

Die Pisa-Ergebnisse der OECD zeigen: So sehr sich Lehrerinnen und Lehrer konkret um Integration, um die bestmögliche Bildung für Kinder mit Migrationshintergrund bemühen – sie scheitern, weil in Deutschlands Schulsystem Ausgrenzung zum Prinzip erhoben wird. Die Menschen wissen: „Förderschule“ oder „Hauptschule“ heißt: Die gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben und in der Gesellschaft können sie sich abschminken.

Der Bundesbildungsbericht weist aus: Von den Abgängern der Förderschulen haben 3,5 % der Kinder die Chance, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen. 3,5 % der Kinder! Es ist absurd, dass man so etwas in Prozenten ausdrückt. Aber das ist die Lage.

Meine Damen und Herren, wohin sollen sich diese Kinder integrieren, wenn wir an einem Bildungssystem festhalten, das ihnen praktisch keine Chance dazu gibt?

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Rüttgers, Frau Sommer, wo bleibt Ihre Antwort auf diese Frage, die mich und uns alle umtreibt? Wann endlich geben Sie Ihren verbissenen ideologischen Kampf für dieses leistungs- und integrationsfeindliche Schulsystem der Ausgrenzung auf? Ihre Politik mit dem angeblich modernsten Schulgesetz in Deutschland ist Wilhelminismus und nicht einmal letztes, sondern vorletztes Jahrhundert, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und was macht die zuständige Ministerin? Frau Sommer verharmlost. Wie sagte sie vorgestern zu den neuesten Pisa-Ergebnissen? – „Das war ja kein Landesergebnis.“ Nach kritischer Nachfrage räumt sie ein: „Wir haben möglicherweise ein Problem.“ – Wir haben 30 bis 40 % Kinder mit Migrationshintergrund in unseren Schulen! – Später sagt sie: „Wenn das nicht wirkt, dann weiß ich es nicht!“

Richtig, Frau Sommer weiß es nicht. Frau Sommer hat keinen Plan.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Rüttgers, wenn Sie Ihrer Gesamtverantwortung für die Zukunft unserer Kinder und die wirt-

schaftliche Entwicklung unseres Landes gerecht werden wollen, machen Sie den Weg für die personelle und inhaltliche Erneuerung in der Bildungspolitik frei. So geht es nicht weiter!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Ministerpräsident, kommen Sie endlich von Ihrer Kanzel herunter. Wer sich Ihre Reden anhört und zugleich Ihre faktische Politik betrachtet, der versteht endgültig, was mit dem Begriff der Sonntagsrede gemeint ist, Herr Rüttgers. Dass Reden und Handeln dieser Regierung weit auseinanderklaffen, bestätigen auch die Nachbesserungen. Die FDP hat riesige Ankündigungen gemacht. Der Finanzminister hat ihre Sparvorschläge in der Luft zerrissen, und Herr Laschet hat sich nicht noch weiter als ohnehin schon schröpfen lassen.

FDP, das heißt in NRW: Folgenlos – dreist – Papke! Werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Wenn wir nach dem Geschrei, das Sie veranstaltet haben, mit 48 Millionen € Nachbesserung vor einen Landesparteitag der Grünen getreten wären, hätte uns unsere Parteibasis mit Fug und Recht aus der Halle gejagt.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Kommt noch! – Heiterkeit)

– Das kommt noch? Gut! Darauf bin ich gespannt. Sie sind ja für manches gut, Herr Palmen.

Substanziell haben Sie überhaupt nichts erreicht. Einmalige Sonderprogramme helfen niemandem.

(Christian Lindner [FDP]: Reden Sie das doch nicht immer kaputt!)

Sie sind aber ein echter Beitrag zum Aufbau neuer Bürokratie. Wo haben Sie die 48 Millionen € hergezaubert? 25 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich und fast 15 Millionen € aus den Mieten und Pachten der Gebäude. Das sind Gelder, die Sie gar nicht haben.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Die hat der Finanzminister herbeigezaubert. So ist es doch! Es sind Gelder, die Sie eigentlich zur Konsolidierung einsetzen wollten. Umschichten können Sie nicht.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das sind schwarze Kassen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Er kennt alle Tricks!)

Haushaltspolitik macht der Finanzminister, und alle anderen sind seine Bettvorleger. Ich gratuliere, Herr Papke.

Da ich gerade bei der FDP bin: Wir sind uns in der Ablehnung des derzeitigen steuerpolitischen Kur-

ses der großen Koalition in Berlin ausnahmsweise einig. Das ist steuerpolitisches Chaos. Die große Koalition der Kleinmütigen geht den bequemsten Weg. Die beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Punkte wird durchgezogen. Das ist für die wirtschaftliche Entwicklung und für den Arbeitsmarkt katastrophal. Das ist sozial- und familienpolitisch indiskutabel. Sie ist aufgrund der neuen Konjunkturdaten fragwürdiger als ohnehin schon.

Aber, liebe FDP, hier und in Berlin reißen Sie die Klappe auf. Im Landeshaushalt planen Sie jedoch das Geld im Geiste schon ein. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, meine Damen und Herren.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das stimmt nicht! Wir haben es nicht eingeplant!)

– Das stimmt gar nicht? Sie verhindern das?

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Wo ist das denn eingeplant?)

– Sie werden dann immer beantragen, dass das im Geiste ausgerechnet wird.

(Weitere Zurufe von der Regierungsbank)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren von der Regierungsbank, ich bin relativ locker, was die Zulassung von Zwischenrufen von der Regierungsbank angeht. Aber das ist an sich nicht üblich, meine Damen und Herren.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich bin gespannt, ob Herr Dr. Papke gleich erklärt, wie er verhindern will, dass die Mehreinnahmen der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung in den Haushalten des Landes Nordrhein-Westfalen keine Rolle spielen werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Mehr als eine schlichte Enthaltung im Bundesrat wird dem Geschrei doch nicht folgen.

Meine Damen und Herren, wir Grüne haben zum Regierungsentwurf dieses Landeshaushalts einen soliden Gegenvorschlag erarbeitet: ökologisch, sozial gerecht, solide finanziert und zukunftsweisend. Dabei war und ist uns wichtig, auf Grundlage der Finanzdaten des Regierungsentwurfs die sozialpolitischen Fehlentscheidungen zu korrigieren, die Zerstörung der zivilgesellschaftlichen Struktur abzuwenden und den Haushalt mit einer soliden Gegenfinanzierung aus dem Haushalt heraus zu decken.

Darüber hinaus – darauf ist Herr Sagel besonders stolz – haben wir einen Konsolidierungsbeitrag erwirtschaftet, der weniger Schulden macht als die Landesregierung. Wir haben gezeigt: Wir können es besser.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als verantwortliche Oppositionsfraktion haben wir bewusst auch keine neuen Erwartungen geweckt, die seriös nicht finanzierbar wären. Deshalb sind wir dem Antrag der SPD-Fraktion nach einem kostenlosen letzten Kindergartenjahr nicht gefolgt, so wünschenswert das ist.

(Christian Lindner [FDP]: Sehr richtig! Das ist wenig seriös!)

Genauso wie beim Elterngeld in Berlin halte ich es angesichts der derzeitigen Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden für falsch, sich an einem familienpolitischen Überbietungswettbewerb zu beteiligen, statt an klaren Prioritäten festzuhalten, meine Damen und Herren. Diese sind: Kindergartenplätze für Kinder unter drei Jahren, Ganztagsangebote an allen Schulformen aufbauen, mehr Flexibilität und mehr Qualität in allen Bildungseinrichtungen.

(Christian Lindner [FDP]: Können Sie den Rest Ihrer Rede nicht zu Protokoll geben?)

Herr Rüttgers, bei Ihrem Amtsantritt haben Sie NRW den Klinsmann versprochen – Erneuerung, Mut und Optimismus für das Land. In Wahrheit entpuppen Sie sich als Ribbeck: veraltete Konzepte, mutlose Aufstellung, beratungsresistent.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Gestern haben Sie, Herr Rüttgers, in Ihrer etwas verfrühten Einjahresbilanz behauptet, einen Bilderbuchstart hingelegt zu haben. Ich habe mich gefragt: Welches Bilderbuch meinen Sie? Es kann sich nur um „Max und Moritz“ von Wilhelm Busch handeln, weil Sie den Bürgerinnen und Bürgern viele böse Streiche spielen – und der nächste folgt sogleich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Falls Sie nicht mehr wissen, wie es endet, sage ich es Ihnen gerne und zitiere: „Kurz, im ganzen Ort herum, ging ein freudiges Gebrumm: ‚Gott sei Dank! Nun ist's vorbei mit der Übeltäterei!‘“

(Beifall und Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Kurzum, klare Perspektive: Wir arbeiten daran! – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun ist bereits Herr Papke aufgestanden. Das verstehe ich als Bitte um das Wort. Herr Papke ist Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Carina Gödecke [SPD]: Es ist auch gut, dass man den Menschen sagt, wer er ist!)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich danke Ihnen sehr, sehr verehrter Herr Präsident, dass Sie mir das Wort geben, wo ich gerade in der Nähe des Rednerpults war.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Löhrmann, die letzten 30 Sekunden Ihrer Rede waren sehr unterhaltsam. Ich muss Ihnen konzedieren: Sie haben darüber hinaus einen wirklich bemerkenswerten Dreh gefunden. Mich ausdrücklich aufzufordern, den Unsinn zu erklären, den Sie erzählen, das ist eine sehr kreative Auflösung, löst aber nicht Ihr Problem. Denn Sie werden die Behauptung – um das an diesem Punkt einmal klar zu machen –, die Sie hier gerade vorgetragen haben, diese Landesregierung hätte die Mehrwertsteuererhöhung in diesen Haushalt – was Quatsch wäre – oder in die mittelfristige Finanzplanung schon eingepreist, nicht in der Realität nachvollziehen können. Das ist leider völliger Blödsinn, Frau Kollegin Löhrmann.

(Beifall von FDP und CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Perspektivisch, mein Gott! Wir kommen 2007 darauf zurück!)

Meine Damen und Herren, bevor ich einige Anmerkungen zur Haushaltspolitik dieser Regierung und zu dem, was die Opposition uns gerade mit auf den Weg gegeben hat, mache, möchte ich die Gelegenheit gerne nutzen, um Ihnen, Herr Ministerpräsident, noch einmal zu Ihrer erfolgreichen Reise nach Israel und Palästina zu gratulieren, weil das heute noch nicht angesprochen worden ist.

Ich glaube, es ist wichtig, in der heutigen Generaldebatte darauf hinzuweisen, dass Ihre Reise und wie Sie aufgetreten sind, nach all dem, was man lesen und hören kann, sehr positive Aufnahme gefunden hat. Sie haben ein wichtiges Zeichen gesetzt, dass Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung für die Freundschaft mit Israel auch in Zukunft gerecht werden wird – ganz im Sinne von Johannes Rau, Frau Kollegin Löhrmann.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was wohl Möllemann dazu gesagt hätte!)

Sie haben, das will ich auch noch klar sagen, ebenso deutlich gemacht, dass wir in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich unseren israelischen Freunden, aber auch den Palästinensern die Hand reichen und dass es zum Frieden im Nahen Osten gehört, dass Israel und Palästina sich sicher fühlen können, und dass sie in Harmonie und in Eintracht miteinander leben müssen. Dafür möchte ich Ihnen sehr herzlich danken, ich denke, nicht nur im Namen meiner Fraktion.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will darauf hinweisen: Wir haben, um diese gute Tradition auch noch ein Stück weit zu verstetigen, vor dieser dritten Lesung fraktionsübergreifend beschlossen, den Ansatz für den deutsch-israelischen Schüler- und Jugendaustausch noch einmal deutlich zu erhöhen. Ich freue mich sehr, dass alle Fraktionen die Anregung der FDP-Fraktion unterstützt haben, diesen Austausch ausdrücklich auf junge Palästinenser auszuweiten. Ich glaube, es steht uns gut zu Gesichte, auch im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten ein Zeichen zu setzen, dass wir einen kleinen Beitrag für die Völkerverständigung im Nahen Osten leisten wollen.

(Beifall von der FDP)

Die Koalition der Erneuerung, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird heute ihren ersten eigenen Haushalt beschließen. Das kann die Opposition nicht verhindern, wie wir gerade gesehen haben. Dieser Haushalt ist ein guter Haushalt. Uns ist damit der Spagat gelungen zwischen der nötigen Konsolidierung völlig zerrütteter Landesfinanzen, die uns die abgewählte rot-grüne Landesregierung hinterlassen hat, auf der einen Seite und neuen, erkennbaren politischen Schwerpunkten auf der anderen Seite – und das trotz schwierigster Rahmenbedingungen, trotz des riesigen finanzpolitischen Scherbenhaufens, den uns SPD und Grüne hinterlassen haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, nach 39 Jahren SPD-Herrschaft in Nordrhein-Westfalen und nach zehn Jahren rot-grüner Misswirtschaft hat die Koalition der Erneuerung aus CDU und FDP den Neuanfang bei der Konsolidierung der Landesfinanzen mit diesem Haushalt geschafft.

Wenn Sie an dieser Stelle nachfragen, ist das gestattet, Frau Kollegin Kraft, Frau Kollegin Löhrmann. Es ist Ihr Job, die Regierung zu kritisieren; das ist ganz klar. Aber es ist nicht zuletzt auch meine Aufgabe, zu beleuchten, wie Ihre Beiträge im Beratungsprozess des Landeshaushalts 2006

ausgesehen haben. Wenn man sich durch den Kopf gehen lässt, welche Beiträge Sie geleistet und welche Vorschläge Sie vorgelegt haben, dann kommt man zu dem Resultat: Das war gar nichts. Statt sich mit konstruktiven Vorschlägen an der Beratung des Landeshaushalts zu beteiligen, kümmert sich die Opposition, wie wir das in den letzten Tagen erlebt haben, lieber um die Richtungspfeile in der „Bild“-Zeitung. Da wird ein Versehen bei der Erstellung einer Presseschau zur Staatsaffäre hochstilisiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Versehen? Das Versehen erklären Sie mal, wenn die Pfeile mitten auf der Seite sind!)

Frau Kollegin Kraft, ich will Ihnen das noch einmal vortragen. Sie feuern ja immer gleich aus vollen Rohren, Sie sind überhaupt nicht in der Lage, so etwas einmal zu modulieren. Ich darf aus Ihrer eigenen Presseerklärung zitieren. Die SPD-Fraktionschefin spricht von erwiesener Manipulation, einem ernsten Vorgang, dem Ausweis eklatanter Führungsschwäche. – Wissen Sie, Frau Kollegin Kraft, ich habe, als mir Ihre Presseerklärung hereingereicht wurde, minütlich darauf gewartet, dass Sie einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss fordern

(Frank Sichau [SPD]: Das hätten Sie gemacht!)

oder vielleicht auch gleich den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Sie werden Ihrer Rolle, Frau Kollegin Kraft, einfach nicht gerecht, wenn Sie nicht in der Lage sind, mit derlei Kinkerlitzchen einmal vernünftig und glaubwürdig umzugehen, und immer so eine Riesenshow abziehen.

(Beifall von FDP und CDU)

In gewisser Weise haben Sie allerdings Recht: dass wir es hier mit einem ernsten Vorgang zu tun haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aha!)

Der besteht in der Tat darin, dass sich die sogenannte Oppositionsführerin tagelang mit Schnipselarbeiten an der „Bild“-Zeitung auseinander setzt,

(Frank Sichau [SPD]: Das macht die Staatskanzlei! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Macht das nicht eher die Staatskanzlei?)

statt das zu tun, für das Sie gewählt sind, Frau Kollegin Kraft: sich konstruktiv mit der Regierungsarbeit auseinander zu setzen und eigene Vorschläge zu unterbreiten.

(Zurufe von der SPD)

Ich muss sagen: Ich warte jetzt seit fast einem Jahr darauf, dass wir hier endlich auch einmal über Ihre Initiativen für die Erneuerung unseres Landes debattieren können. Das ist doch Ihr Job, Frau Kollegin Kraft. Von den Grünen wird das keiner erwarten. Aber die Sozialdemokraten sind doch ein relevanter Faktor in Nordrhein-Westfalen. Wo sind Ihre Vorschläge,

(Sören Link [SPD]: Wo sind denn Ihre? Sie regieren doch, Herr Papke!)

über die wir hier debattieren können im demokratischen Diskurs, bei der Debatte darüber, welchen Weg wir zur Modernisierung unseres Landes einschlagen? Ich habe mich darauf gefreut, mit Ihnen Vorschläge, die von Ihnen kommen, diskutieren zu können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hätten Sie doch bei der Antragsberatung im Haushalt machen können! Da haben Sie sich doch verweigert!)

Ich bin leider auch bei der Beratung des Landeshaushalts und heute wieder einmal massiv enttäuscht worden. Für solche Kindereien werden Sie nicht bezahlt.

(Unmutsäußerungen von der SPD)

Sie machen – das haben Sie auch heute wieder gezeigt – aus jeder kleinen Mücke gleich eine ganze Elefantenherde. Und Frau Löhrmann ist natürlich auch dabei.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann sind Sie aber die Mücke!)

Das zündet nicht.

Ich will Ihnen sagen, dass Sie Ihrer Rolle als Oppositionsführerin – das wollen Sie ja sein – auch in der heutigen Debatte wieder einmal nicht gerecht geworden sind. Sie haben, Frau Kollegin Kraft – das sage ich in einer nüchternen Analyse –, hier heute eine Rede gehalten,

(Hubertus Kramer [SPD]: Die war Spitze, die Rede!)

die wieder einmal breit wie ein Ozean und flach wie eine Pfütze war.

(Sören Link [SPD]: Nicht so flach wie Ihr Niveau, Herr Papke!)

Welche inhaltlichen Akzente haben Sie in Ihrem Debattenbeitrag heute gesetzt? Ich habe jedenfalls keine erkennen können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was maßen Sie sich eigentlich an, Herr Papke?)

– Wissen Sie, das gehört auch mit zur Auseinandersetzung, Herr Kollege, das müssen Sie sich auch bieten lassen. Sie können nicht in Jubelschreie ausbrechen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist bei Ihnen doch nicht möglich!)

wenn Frau Kollegin Kraft hier gegen die Regierung zu Felde zieht. Dann müssen Sie damit leben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das habe ich eben gesehen, wie Sie damit leben!)

Es gehört mit zur demokratischen Auseinandersetzung, dass ich meinerseits einige Überlegungen zur Arbeit der Opposition vortrage, die ja eine wichtige Rolle hat.

(Hubertus Kramer [SPD]: Das war mit Abstand die beste Rede von Frau Kraft heute!)

Ich freue mich ja, dass Herr Kollege Dieckmann – das kann ich Ihnen auch nicht ersparen – heute hier anwesend ist. Ich habe seiner gestrigen Presseerklärung entnehmen können, dass er sich durchaus auch noch mit Landespolitik befasst. Das war in den letzten Wochen und Monaten nicht erkennbar.

(Frank Sichau [SPD]: Wahrnehmungsstörungen!)

Ich hatte – das will ich Ihnen auch noch sagen dürfen – den verstärkten Eindruck, dass Herr Kollege Dieckmann sich inzwischen endgültig in die innere Emigration zurückgezogen hat, um über die programmatische Erneuerung der SPD zu meditieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zensieren Sie Herrn Stahl gleich auch noch?)

Sie sind auf dem besten Weg, Herr Kollege Dieckmann, in der langen, ruhmreichen Geschichte der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten als der Vorsitzende in die Parteigeschichte einzugehen, den man in der politischen Debatte überhaupt nicht bemerkt hat. Das finde ich schon sehr bemerkenswert. Ich möchte Sie ausdrücklich ermutigen, Herr Kollege Dieckmann: Bringen Sie sich etwas stärker ein!

(Sören Link [SPD]: Aber bitte nicht auf so einem Niveau wie Ihrem!)

Das kann der Debatte über die Zukunft Nordrhein-Westfalens nur gut tun.

Jetzt hat Frau Kraft so getan, als stünden die Bürgerinnen und Bürger des Landes gewissermaßen auf den Barrikaden:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nehmen Sie das nicht wahr draußen vor dem Landtag? Wo waren Sie gestern, als die Studenten da waren?)

Revolution ante portas! Hunderttausende sind in Aufruhr begriffen und wollen losmarschieren, um diese Landesregierung aus dem Sessel zu jagen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: 450.000 Unterschriften!)

Nun gehöre ich nicht zu denjenigen, die Umfragen immer 1:1 als Realität abbilden. Aber eine gewisse Tendenz wird man der Umfrage doch wohl entnehmen können, die in den letzten Tagen vorgelegt worden ist. Da hätte ich mir schon gewünscht – auch das gehört mit zu einer seriösen Auseinandersetzung, Frau Kollegin Kraft –, dass Sie so etwas hier einmal aufgreifen.

62 % der Wahlberechtigten sind mit der Arbeit der neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zufrieden. Ich sage ganz ehrlich: Das könnten noch ein paar mehr werden, aber wir arbeiten ja daran. Jedenfalls ist das kein Hinweis darauf, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen nicht mehr die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben.

Ich darf Ihnen mit Genehmigung des Herrn Präsidenten noch einige weitere Sentenzen vor Augen führen:

Ein Jahr nach dem Regierungswechsel erhält die Landesregierung für ihre Arbeit gute Noten. In allen wichtigen Kompetenzfeldern wird der Regierung deutlich mehr zugetraut als der Opposition.

(Ralf Witzel [FDP]: Zu Recht!)

Schon deshalb sollten Sie sich das anschauen.

So halten 56 % der Befragten die Landesregierung für kompetenter, die Wirtschaft in NRW wieder in Schwung zu bringen. Der Opposition trauen dies nur 20 % zu. 46 % halten die Landesregierung für kompetenter, wenn es darum geht, mehr Arbeitsplätze zu schaffen – Opposition: 23 %.

(Sören Link [SPD]: Wer hat denn die Umfrage bezahlt?)

Für die Sanierung des Landeshaushaltes NRW, Herr Kollege Link, worüber wir heute debattieren, sehen 58 % die größte Kompetenz bei der Regie-

rung, aber nur 19 % bei der Opposition. Ich könnte die ganzen Politikfelder so durch gehen.

Frau Kollegin Kraft, das löst bei mir keine Euphorie aus, aber sich hier hinzustellen und so zu tun, zu insinuierten, als gäbe es eine breite Protestbewegung gegen die Politik der Landesregierung, ist einfach unredlich. Es entspricht nicht den Fakten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nehmen Sie nicht zur Kenntnis, was vor dem Hause los ist? Wo waren Sie denn gestern als die Studenten da waren?)

– Herr Kollege, wenn einige Ihrer Bürgermeister und Funktionsträger – Herr Groschek war auch dabei – beim Städtetag herumlärmten, während der Ministerpräsident spricht, dann bringt das unsere Welt auch nicht aus der Ordnung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Waren da nicht maßgeblich drei CDU-Bürgermeister beteiligt?)

Also, blenden wir doch die Fakten nicht aus.

Frau Kollegin Kraft, Sie haben das provoziert, und ich muss es einfach aufgreifen. Sie scheinen die Vorlagen der Landesregierung sehr genau zu lesen. Wenn Sie darin einen Tippfehler bei der Schreibung von Mülheim aufspießen, dann möchte ich Ihnen sehr herzlich raten, sich die Vorlagen Ihrer eigenen Fraktion anzuschauen.

Ich habe Ihr Pressestatement von gestern gerade nur überflogen und auf der ersten Seite gleich drei Deutschfehler gefunden. Das gilt auch für die Vorlage, die Sie heute zum Landeshaushalt eingereicht haben. Lesen Sie sich das einmal durch. Wenn Sie etwa von neuen „Lehrestellen“ sprechen, dann meinen Sie vielleicht die Bedeutung der eigenen Arbeit, aber inhaltlich sind wohl „Lehrerstellen“ gemeint. Also: Vorsicht an der Bahnsteigkante, wenn Sie sich auf diese Art und Weise hier aufspielen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber ich wusste, wo meine Institute sitzen! Das wäre mir nicht passiert!)

Nun zu den großen Linien, um die es in der dritten Lesung des Haushalts geht: Die Sozialdemokraten – das ist mein Kernvorwurf in der Sache –, die dieser Landesregierung Wortbruch vorwerfen, haben selbst vor wenigen Monaten, und zwar ganz gezielt in Nordrhein-Westfalen, die größte Wahl-
lücke in der Geschichte unseres Landes uns allen

und insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes vorgeführt.

(Sören Link [SPD]: Ich glaube, er meint die blühenden Landschaften!)

Das ist der Punkt, über den wir hier auch einmal diskutieren müssen, Frau Kollegin Kraft. Das haben Sie ausgeblendet.

Wissen Sie, wie die SPD in Nordrhein-Westfalen im Bundestagswahlkampf plakatiert hat:

„Merkelsteuer, das wird teuer! Mehrwertsteuererhöhung mit uns: Niemals!“

Sie haben uns in einer ganzen Reihe von Plenardebatten bis in die letzten Tage vor der Bundestagswahl hinein noch eingehämmert: Sie würden dafür Sorge tragen, dass es zu der von Ihnen kritisierten Merkelsteuer/Mehrwertsteuererhöhung nicht kommt, Frau Kollegin Kraft.

(Sören Link [SPD]: Hat Herr Rüttgers den Koalitionsvertrag nicht unterzeichnet?)

Noch nie sind die Menschen in Nordrhein-Westfalen von einer Partei so dreist belogen worden, wie von Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Und da stellen Sie sich hierhin und werfen dieser Koalition Wortbruch vor?

(Zuruf von der SPD: In jeder Beziehung!)

Wie gehen die sozialdemokratischen Grundrechenarten? – Die Union wollte eine Erhöhung um 2 % vor der Wahl. Das haben wir kritisiert, aber die Union hat wenigstens gesagt, was sie wollte. Sie wollten Null. Dann sind sie in die Koalitionsverhandlungen gegangen und mit 3 % herausgekommen. Ist das der Kompromiss, für den Sie stehen? – Das ist nicht nur eine Blamage für Sie alle, Frau Kollegin Kraft, sondern es ist angesichts einer solchen Show, die Sie abgezogen haben, angesichts eines solchen Wortbruches unredlich, der Regierung das vorzuwerfen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich darf Ihnen zitieren, was Sie hier am 6. Juli 2005 gesagt haben:

„Meine Partei, die SPD, hat sich in dieser Frage ... eindeutig festgelegt. Sie ist gegen eine Mehrwertsteuererhöhung ... Für uns ist klar: Eine Anhebung der Mehrwertsteuer würde angesichts der derzeit schwachen Binnennachfrage die falsche Richtung weisen und die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung nachhal-

tig gefährden. Sie wäre darum Gift für die Wirtschaft in unserem Land und damit auch für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.“

Weshalb reichen Sie einer Maßnahme die Hand, die nach Ihrer eigenen Aussage, die noch kein Jahr alt ist, eine Gefährdung für die Wirtschaft und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen bedeutet, Frau Kollegin Kraft? – Das haben Sie mit keinem einzigen Wort erwähnt. Und das ist unredlich.

(Beifall von der FDP – Sören Link [SPD]: Fragen Sie doch einmal Ihren Ministerpräsidenten, Herr Papke!)

Sie haben hier sogar einen Antrag eingebracht, der sich gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer wandte. Der Text lautete:

„Der Landtag lehnt die von der CDU/CSU geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ab.

Begründung: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre ... Gift für die schwache Binnennachfrage. Sie wäre ungerecht, weil sie hauptsächlich die Familien und die Bezieher niedriger Einkommen belasten würde.“

Das war Ihre Aussage vor der Bundestagswahl als SPD-Landtagsfraktion hier im Parlament von Nordrhein-Westfalen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben leider keine absolute Mehrheit gekriegt!)

Dafür, Frau Kollegin Kraft, sollten Sie gleich in der zweiten Runde nicht nur ein Wort der Entschuldigung finden – adressiert an die Bürgerinnen und Bürger –, sondern das vielleicht auch einmal erläutern.

(Hannelore Kraft [SPD]: Vielleicht sagt Herr Rüttgers auch etwas dazu!)

Eines finde ich besonders perfide und bemerkenswert zugleich: Die SPD, die immer vorgibt, das soziale Gewissen zu sein, hat nämlich gerade die kleinen Leute nach Strich und Faden belogen. Denn in einem haben Sie Recht: Die Zeche dafür zahlen vor allem die kleinen Leute.

Wissen Sie, dass die Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr allein in Nordrhein-Westfalen 6 Milliarden € kosten wird? – Dafür bluten vor allem die kleinen Leute. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Wir haben – das ist der Kontrast zu dem, was Sie mit Ihrer durch Sie selbst gefeierten Mitverantwortung in Berlin gestalten – als Koalition der Erneuerung trotz der von Ihnen in der Vergangenheit zerütteten Landesfinanzen klare Schwerpunkte gesetzt: für Bildung und Innovation, für Familien,

Kinder und Jugendliche. Wir reden nicht nur davon, dass wir Politik für mehr Bildung und für Kinder und Jugendliche machen – wir tun das auch. Davon lassen wir uns auch nicht durch Ihre Kampfreden ablenken.

(Beifall von der FDP)

Allein in diesem Jahr stellen wir 1.610 zusätzliche Lehrer ein. 1.610!

(Beifall von FDP und CDU – Sören Link [SPD]: Und 1.000 streichen Sie!)

Das ist ein konkretes Ergebnis. Das haben Sie in den zurückliegenden Jahren nicht zustande gebracht. Allein in diesem Jahr 1.610 zusätzliche Lehrer. – Das ist konkrete Politik für die Zukunft dieses Landes.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir geben den Hochschulen mit dem Zukunftspakt Planungssicherheit. Das haben Sie auch nicht auf die Reihe bekommen, selbst als zuständige Ministerin nicht. Wir eröffnen den Hochschulen die Möglichkeit, die Qualität der Lehre zu verbessern, indem sie mit den Studienbeiträgen neue Finanzquellen erschließen können. Das Schulministerium, meine Damen und Herren, hat einen Etat im Haushalt 2006 in Höhe von 12,6 Milliarden €. Das sind 316,6 Millionen € oder 2,6 % mehr als im Jahr 2005 unter Rot-Grün.

(Beifall von der FDP)

Saldiert heißt das: Für Kinder, Jugend und Bildung stehen 2006 im Vergleich zu Ihrem letzten Landeshaushalt 2005 knapp 262 Millionen € mehr zur Verfügung. Das ist die Zahl, die steht. Unter dem Strich 262 Millionen € mehr!

Das könnte noch mehr sein. Dafür haben wir auch bis unmittelbar vor der zweiten Lesung nach Lösungsmöglichkeiten geschaut: Können wir da noch zusätzlich etwas mobilisieren? Es ist uns in einem bescheidenen Rahmen gelungen. Das hätte mehr sein können. Aber mehr wäre angesichts dessen, was Sie uns hinterlassen haben, nicht darstellbar gewesen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben die Zusage gegeben – das ist wichtig –, dass die 75 Millionen € jetzt bis 2010 gelten. Auch das haben Sie nicht hinbekommen. Wir haben ein Sonderprogramm für Jugend in sozialen Brennpunkten von 4,5 Millionen € aufgelegt. Wir haben noch eine Reihe von anderen Punkten erreicht. Wir haben zusätzliche 23 Millionen € für die Kindertageseinrichtungen hinbekommen. Das sind ganz

konkrete Ergebnisse, die auch vor Ort ankommen werden.

Diese Koalition, Frau Kollegin Kraft, macht etwas für Kinder, Jugendliche und Familien. Das kann man von der Regierung in Berlin, an der Sie beteiligt sind, nicht unbedingt sagen. Haben Sie sich einmal angeschaut, was allein die in der letzten Woche beschlossenen Änderungen im Steuerrecht für die kleinen Leute in diesem Land bedeuten? Haben Sie sich das einmal angeschaut: die Kürzungen bei den Kinderfreibeträgen und beim Kindergeld, die Kürzungen bei der Pendlerpauschale, die Halbierung des Steuerfreibetrages? Ist das eine Politik für kleine Leute, Frau Kollegin Kraft?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sprechen Sie auch mal mit Ihrem Koalitionspartner darüber, der mit am Tisch sitzt!)

Was war denn damit? Warum haben Sie das denn nicht einmal thematisiert? Dort, wo Sie in der Verantwortung stehen, machen Sie keine Politik für kleine Leute, keine Politik für die Familien, keine Politik für Kinder und Jugendliche. Hier, wo wir in der Verantwortung stehen, in Nordrhein-Westfalen, machen wir eine solche Politik. Das ist der Unterschied. Das ist nachweisbar.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Zu dem, was die Sozialdemokraten bei der Beratung dieses Landeshaushalts vorgetragen und angemerkt haben, muss ich einfach, weil das so bemerkenswert ist, auf eine Äußerung des Kollegen Schartau im Haushalts- und Finanzausschuss zu sprechen kommen, des Ex-Superministers. Ich suche gerade nach ihm; er kann derzeit leider nicht bei uns sein. Der Herr Kollege Schartau hat dort in herzerfrischender Offenheit deutlich gemacht, dass die SPD die Problematik ihrer Verschuldungspolitik der Vergangenheit immer noch nicht begriffen hat. Er verwahrte sich dagegen – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –,

„dass das Schuldenmachen in der Politik an sich als Teufelszeug angesehen wird.“

Dann gab er uns als Koalition der Erneuerung folgenden Rat. Ich zitiere:

„... sie müssen in der Bevölkerung eine Akzeptanz dafür haben, dass Sie über das zur Verfügung stehende Geld hinaus Geld ausgeben zur Bewältigung von Problemen, die die Bevölkerung als solche ansieht. Wenn Sie das machen, dann werden Sie auf Dauer, vielleicht sogar 40 Jahre lang, immer wieder gewählt werden, weil die Bevölkerung das für richtig hält.“

Herr Kollege Schartau ist nicht da. Deshalb sage ich es Ihnen gleich persönlich, Frau Kollegin Kraft: Das Spiel, das Sie 40 Jahre lang gespielt haben,

(Hannelore Kraft [SPD]: 39 Jahre!)

um an der Macht zu bleiben, werden wir trotz dieses interessanten Rates des Kollegen Schartau nicht mitmachen. Das machen wir nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Eine Politik, die nur darauf baut, vordergründige Stimmungen in der Bevölkerung zu befriedigen oder den Wünschen von Interessengruppen nachzukommen, was Sie ja perfektioniert haben in Ihrem System der Seilschaften in die verschiedenen Interessengruppen unseres Landes hinein, machen wir nicht. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen deshalb auch keine Angst, uns mit Interessengruppen, mit Lobbyisten, anzulegen, wie wir das bei der Steinkohle machen. Da haben Sie doch gekuscht. Die Steinkohlelobby hat ihre Interessenvertreter doch über Jahrzehnte wie selbstverständlich in die Reihen Ihrer Fraktion eingespeist. Damit ist jetzt Schluss. Wir machen das, was nötig ist. Und nötig ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Subventionsbergbau zu beenden und die Milliarden, die dort eingespart werden, in die Zukunft unseres Landes zu investieren. Dafür stellen wir jetzt die Weichen. Dafür legen wir uns auch mit denen an, die meinen, uns an dieser Erneuerungspolitik für Nordrhein-Westfalen hindern zu können, Frau Kollegin.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rot-Grün hat uns einen Schuldenberg von 112 Milliarden € hinterlassen. Was die Koalition nun leisten muss, um den Haushalt wieder in den Griff zu bekommen, das erinnert an die berühmte Aufgabe von Herkules, den Augiasstall auszumisten. Ich bin trotz der Dimension der Herausforderung fest davon überzeugt, dass es uns gemeinsam mit Ihnen, Herr Finanzminister, gelingen wird, diese Aufgabe zu bewältigen, auch dann, wenn wir nicht zu so einer radikalen Methode greifen können wie Herkules, der dafür ja bekanntlich einen Fluss umgeleitet hat. Zum Glück ist unsere Aufgabe dann doch nicht ganz so beschwerlich. Denn das Land ist ja gut, nur die alte Regierung war Mist. Deshalb werden wir das gemeinsam in den Griff bekommen.

In NRW geht es gut voran. Das ist in der Bilanz, die wir in den letzten Tagen schon vorgelegt haben, deutlich geworden. Das können wir in die einzelnen Politikfelder herunterbrechen.

Noch einmal: Wir sind erst am Anfang einer langen Wegstrecke. Das wird niemand aus der Regierung, auch der Ministerpräsident selbst nicht, leugnen. Wir stehen am Anfang. Wir werden noch viele Jahre brauchen, um die Kraft dieses Landes wieder so zu entfalten, dass Nordrhein-Westfalen dort steht, wo es hingehört, nämlich an der Spitze der deutschen Bundesländer. Wir werden in den nächsten Jahren erkennbar noch weiter vorankommen bei der Aufgabe, die Kräfte, die in jedem Einzelnen stecken, auch wieder zur Geltung zu bringen. Aber wir haben eine Erblast von Ihnen übernommen, die nicht von Pappe ist. Wo würde das deutlicher als in der Haushaltspolitik oder etwa in der Bildungspolitik?

(Beifall von der FDP)

Es geht in Nordrhein-Westfalen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gut voran. Aber ich will hier auch ganz freimütig bekennen: Unser Reformexpress wird behindert durch die politischen Rahmenbedingungen in Berlin, durch die Stillstandskoalition dort. Wir hatten uns – das Ergebnis war von daher natürlich enttäuschend – von der neuen Regierung nach der Bundestagswahl Rückenwind erhofft. Stattdessen haben wir Gegenwind bekommen. Wir bräuchten gerade auch in Nordrhein-Westfalen Steuersenkungen. Es gibt Steuererhöhungen. Wir bräuchten gerade auch in Nordrhein-Westfalen eine Reform der sozialen Sicherungssysteme. Stattdessen werden die Sozialversicherungsbeiträge, wie wir in diesen Tagen wieder gehört haben, voraussichtlich weiter steigen. Wir bräuchten auch und gerade in Nordrhein-Westfalen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Auch dort gibt es bisher leider nur eine Fehlanzeige. Ich will offen sagen, welche Kopfschmerzen es uns bereitet, dass es jetzt auch noch statt eines Bürokratieabbaus dieses Antidiskriminierungsgesetz gibt, welches aus dem rot-grünen Schattenreich wiederbelebt wurde.

(Beifall von der FDP)

Das ist wirklich der Höhepunkt einer sehr negativen Entwicklung. Das will ich für meine Fraktion offen bekennen. Es heißt jetzt zwar Gleichbehandlungsgesetz, aber Frau Justizministerin Zypries hat in aller Offenheit gesagt, es sei im Wesentlichen das Gesetz der alten rot-grünen, abgewählten Bundesregierung. Da hat sie Recht.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen klar vereinbart, mit uns werden EU-Vorgaben in Zukunft nur noch 1:1 umgesetzt. Es wird nichts mehr draufgepackt. Eine solche Vereinbarung steht übrigens auch im Berliner Koalitionsvertrag. Der Unterschied ist: Wir

in Nordrhein-Westfalen halten uns an das, was wir vereinbart haben, Frau Kollegin Kraft.

(Hannelore Kraft [SPD]: Was machen Sie denn jetzt?)

Ich will in dieser Debatte noch einmal klar sagen: Uns muss niemand darauf hinweisen, dass man Minderheiten nicht diskriminieren darf.

Was wir aber erleben werden, ist, dass ältere Mitbürger und Behinderte in Zukunft nicht mehr Chancen bekommen werden, wenn dieses Gesetz in Kraft getreten ist. Sie werden nicht besser vor einer möglichen – abzulehnenden – Diskriminierung geschützt, sondern sie werden gar nicht mehr die Chance bekommen, zu Vorstellungsgesprächen auch nur eingeladen zu werden.

(Beifall von der FDP)

Der Gipfel ist, dass es Ihnen, Frau Kraft, und Ihren Genossinnen und Genossen noch gelungen ist, ein Klagerecht der Gewerkschaften einzubauen, das sogar so weit geht, dass gegen den Willen der Betroffenen geklagt werden kann. Ich will das noch einmal sagen, weil das mit zur Gesamtbewertung der politischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen gehört.

Ich sage das nicht nur, weil Sie in Berlin die Verantwortung tragen, sondern weil wir in den zentralen Feldern Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Entbürokratisierung und Deregulierung in Nordrhein-Westfalen kaum eigene Gestaltungskraft haben und auf das angewiesen sind, was auf Bundesebene passiert. Bei all der guten Bilanz in Nordrhein-Westfalen haben wir seit der Bundestagswahl leider keinen Rückenwind bekommen. Im Gegenteil!

Deshalb werden wir das nicht widerspruchslos hinnehmen. Sie können das meinem Redebeitrag entnehmen. Wir werden nicht stillschweigend hinnehmen, dass in Berlin jetzt 1:1 der gleiche Murks umgesetzt wird, den Rot-Grün begonnen hat. So war die Vereinbarung einer 1:1-Umsetzung in Berlin doch wohl nicht gemeint.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es darum geht, das Land mit bürokratischen Regelungen zu überziehen und den Unternehmern und Bürgern neue Belastungen aufzubürden, dann ist auch die gute alte „Dosenpfand-Partei“ nicht weit. Die Grünen haben in den letzten Tagen noch eigene Gedanken zur Sanierung des Landeshaushaltes entwickelt. Sie haben hastig eine Finanzkommission einberufen.

Frau Kollegin Löhrmann, weshalb geschah dies eigentlich nicht in den zehn Jahren, in denen Sie

in der Regierungsverantwortung gestanden haben? Das ist doch nicht glaubwürdig. Sie haben zehn Jahre lang eine hemmungslose Verschuldungspolitik betrieben, ohne mit der Wimper zu zucken.

(Beifall von der FDP)

Jetzt sind Sie mit Karacho aus Ihren Ministersesseln gefegt worden. Dann berufen die Grünen eine Finanzkommission ein, der an wesentlicher Stelle sinnigerweise auch noch ausgeschiedene grüne Staatssekretäre angehören, und legen eine Reihe von Vorschlägen vor.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt mal konkret!)

– Liebe Frau Kollegin Löhrmann, bei aller Grundsympathie: Das ist doch nicht glaubhaft. – Dabei ist dann allerdings wieder alte rot-grüne – vor allem grüne – Politik herausgekommen.

Zu den Vorschlägen zur Sanierung des Landeshaushalts gehören ein neues Wasserentnahmentgelt für den Braunkohletagebau,

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE] – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

eine Abwärmeabgabe, eine Neuversiegelungsabgabe,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

die Ausweitung der LKW-Maut auf Bundesstraßen, eine Mautpflicht für LKW ab 3,5 Tonnen, eine Fluglärmabgabe, höhere Start- und Landgebühren nicht ausgeschlossen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE] – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn die Bürgerinnen und Bürger im letzten Jahr nicht die Reißleine gezogen und Sie in die Wüste geschickt hätten, dann hätten Sie zwischenzeitlich wahrscheinlich auch noch eine Atemsteuer in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Daran sind wir wahrscheinlich gerade noch vorbei geschlittert.

Frau Kollegin Löhrmann, wir haben uns Ihre konkreten Vorschläge angeschaut. Was Ihre konkreten Vorschläge für den Landeshaushalt 2006 angeht, so handelt es sich um großzügige Mehrausgaben, die durch kraftvolle Luftbuchungen gegenfinanziert werden. Sie wollen allen Ernstes 226,5 Millionen € an Rückzahlungen von Steinkohlesubventionen in den Haushalt 2006 einstellen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Dabei liegen für die Jahre 2004 und 2005 noch nicht einmal die Abrechnungen vor. Herr Kollege Priggen ist wahrscheinlich mit Schamesröte im Gesicht aus dem Saal gerannt, nachdem er mitbekommen hat, dass Sie das heute möglicherweise noch einmal vortragen und systematisieren würden. Das ist einfach nur peinlich, Frau Kollegin Löhrmann.

(Beifall von der FDP)

Das wird in den nächsten Jahren nicht besser werden. Das will ich Ihnen auch noch erklären dürfen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Es wird deshalb nicht besser, weil Sie es versäumt haben, in den Jahren Ihrer Regierungsverantwortung dafür zu sorgen, dass wir zu einem schnelleren Abrechnungsmechanismus bei den Steinkohlesubventionen kommen. Die Grünen haben es mit zu verantworten, dass in die Steinkohlevereinbarung für den Zeitraum nach 2005 eine sogenannte Sprechklausel zugunsten der RAG eingefügt wurde, die den Rückzahlungsanspruch zu einem stumpfen Schwert machen könnte.

Im Übrigen darf ich noch einmal daran erinnern, wer die rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide verschickt hat. Das war nicht diese Regierung. Wir hätten das nicht gemacht. Ich ahne zumindest, dass Sie nicht zugestimmt hätten, für den Zeitraum nach 2005 bis 2008 rechtsverbindliche Zuwendungsbescheide zu versenden, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der FDP)

Das ist Ihre Verantwortung, Frau Kollegin Löhrmann.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Meine Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss will ich noch auf eines hinweisen. Die Grünen kritisieren mancherlei Entwicklung und sprechen gelegentlich auch von Parteibuchwirtschaft. Wenn ich sehe, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie auch jetzt in der Opposition noch versuchen, Ihre Leute in Stellungen zu bringen, dann ist das schon bemerkenswert.

Ich will zum Schluss Folgendes noch sagen dürfen, weil es ein wichtiger Punkt ist: Wir haben in der Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen jetzt mit dem ausgeschiedenen, weil gerade aus dem Amt gewählten Ex-Umweltminister Schleswig-Holsteins noch jemanden bekommen, der so-

gar noch nach seiner Wahl als Chef der Verbraucherzentrale

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Unabhängige Gremien!)

– er wird dort übrigens mit Steuergeldern bezahlt –, Statements en masse für die Erneuerung der Grünen einschließlich des Hinweises abgegeben hat, dass sich die Erneuerung der Grünen über die Länder vollziehen müsse.

Die Konstellation ist doch klar: Sie bringen auch in der Opposition Ihre Spezies in Stellung, wo immer es geht. Unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

oder von anderen scheinbar objektiven Interessen feuern diese Breitseiten gegen diese Landesregierung.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Im Vergleich zu dem, was Herr Müller in Schleswig-Holstein gemacht hat, war Frau Höhn ja noch eine Marktwirtschaftlerin. Der wollte halb Lübeck unter Naturschutz stellen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Decken Sie jetzt Frau Höhn?)

Es hat dort richtige Pirouetten gegeben. Wir können uns hier noch auf einiges gefasst machen, was uns die Verbraucherzentrale – das wird ja vor allem Sie beschäftigen müssen, Herr Minister Uhlenberg – in Zukunft noch alles auftischen wird.

Ich finde es nicht in Ordnung, dass Spitzenbeamte des Umweltministeriums in vorderster Front auf Grünen-Veranstaltungen und damit in aller Öffentlichkeit gegen die Politik der Landesregierung auftreten. Das ist nicht in Ordnung. Jeder Beamte, jeder Mitarbeiter in der Exekutive hat sein staatsbürgerliches Recht, sich für die Partei zu engagieren, die er für die richtige hält. Aber mir kann niemand erzählen, dass man als Spitzenbeamter im Umweltministerium an dem einen Tag auf einem öffentlichen Forum gegen die Politik dieser Landesregierung zu Felde zieht und am darauf folgenden Montagmorgen wieder in voller Loyalität zur Politik der Koalition der Erneuerung seinen Dienst tut. Das wollte ich Ihnen, Frau Kollegin Löhrmann, bei dieser Debatte gerne noch mit auf den Weg geben.

(Beifall von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Es gibt die Meinungsfreiheit!)

Sie haben auch dieser Debatte entnehmen können: Die Koalition der Erneuerung hat einen her-

vorragenden Haushalt vorgelegt. Die Koalition der Erneuerung wird diesen Haushalt heute verabschieden. Da können Sie ruhig mit allerlei Tricks kommen, wie Sie es heute Morgen wieder probiert haben. Ich freue mich sehr, Frau Kollegin Kraft, dass Sie die Mehrzahl Ihrer Abgeordneten heute beisammen hatten. Sie haben mir vor zwei Wochen Leid getan, als Sie die leeren Bänke Ihrer Abgeordnetenreihen bewacht haben, als außer Ihnen – es war kein Problem, das durchzuzählen –

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

noch gerade einmal sechs Abgeordnete der SPD bei der Schlussabstimmung der zweiten Lesung des Landeshaushaltes anwesend waren.

(Beifall von der FDP- Hannelore Kraft [SPD]: Das ist falsch!)

Wenn das die kraftvolle Opposition ist, Frau Kollegin Kraft, die Sie uns schon seit fast einem Jahr androhen, dann werden wir das auch in Zukunft mit der heiteren Gelassenheit nehmen, in der Sie uns heute hier erleben, aber auch mit der Enttäuschung darüber, dass eine Opposition, die den Anspruch hat, eine wählbare Alternative zu sein, nicht mehr zustande bringt und nicht mehr zu sagen hat als das, was sie uns heute geboten hat. – Ich danke Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen, sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die dritte Lesung des Landeshaushaltes ist, wie jeder weiß, keine Fachdebatte, sondern ein politischer Kampf. Natürlich macht es, wenn man Politiker ist und hier vorne sitzt, Spaß zuzuhören, welche Argumente vorgetragen werden und wie versucht wird, diesen Kampf – das gehört dazu; das will ich nicht kritisieren – zu inszenieren und damit Wirkung zu erzielen.

Als ich die Rede von Frau Kraft gehört habe, habe ich daran gedacht, dass ich ja fünf Jahre lang auch einmal Vorsitzender der größten Oppositionsfraktion war. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass es nicht besonders schön ist, die erste Rede in einem ungewärmten Saal halten zu müssen und dabei zu versuchen, eine Botschaft herüberzubringen. Ich weiß auch, dass man tagelang darüber nachdenkt, wie man das macht. Natürlich steht man auch unter Druck, und es ist auch nicht immer leicht, den richtigen Ton zu fin-

den. Doch wenn man schon eine Rede hält, und zwar für die größte Oppositionsfraktion, dann sollte man sich wenigstens ein bisschen an der Wirklichkeit orientieren

(Beifall von CDU und FDP)

und versuchen, so zu formulieren, dass man wenigstens glaubwürdig den Anspruch erheben kann,

(Zurufe von der SPD)

man habe eine Sprache gefunden, die parlamentarisch akzeptabel ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Belogen, betrogen, Kahlschlag, nichts ist eingehalten, und Frau Löhrmann hat den Wilhelminismus angeführt, der in der neuen Regierung herrschen soll – meine Damen und Herren, die Opposition hat ein Zerrbild gezeichnet, das nichts mit der Wirklichkeit des Landes Nordrhein-Westfalen zu tun hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer das gehört hat, hatte den Eindruck, dass links und rechts auf der Regierungsbank nur Schreckgestalten sitzen, während auf den Oppositionsbänken Lichtgestalten Platz genommen haben. Ein Blick ins Plenum zeigt, dass das nun wirklich nichts mit der Wahrheit zu tun hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Bürgerinnen und Bürger – wir wissen das aus Umfragen – sagen genau das Gegenteil.

(Sören Link [SPD]: Wenn Sie die selber beauftragt haben, ist das kein Wunder!)

Wer so tut, als ob es anders sei, der, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat den Kontakt zur Wirklichkeit verloren.

Manchmal ist es so, dass man, wenn man sich auf eine Rede vorbereitet, ein wenig Glück hat.

Ich habe auch einmal Pech gehabt. Ich war Bundesminister, dann kam die Wahl, und wir wurden abgewählt.

(Sören Link [SPD]: Ihre Ministerzeit war eine „glorreiche“ Zeit!)

Ich war sehr froh, dass ich einen Weg gefunden hatte, dass mich dieses Ereignis persönlich nicht so betroffen gemacht hat, dass ich monatelang nicht zu mir gefunden habe.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sind Sie im Selbstfindungskreis?)

Als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, habe ich mich gefragt: Was wird Frau Kraft wieder machen? Wird es von der Sprache und vom Ansatz her wieder so sein wie immer? Ich habe gedacht, das muss doch etwas mit der Rollenfindung zu tun haben. Heute Morgen hat mich dann jemand gefragt, ob ich mir eigentlich einmal die Internetseite der SPD-Landtagsfraktion NRW angesehen habe. Ich habe mir daraufhin einen Ausdruck vom 17. Mai, also von heute, geben lassen. Dort steht: „Hannelore Kraft, MdL, seit dem 12. November 2002 Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.“ – Ende des Ausdrucks.

(Lachen von CDU und FDP)

Dann steht hier: Herr Dieckmann, seit dem 23. März 1999 Justizminister, seither Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Und bei Frau Schäfer heißt es: Seit dem 12. November Ministerin des Landes Nordrhein-Westfalen. – Ja, Sie sind noch gar nicht in der Opposition angekommen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Dann muss man sich nicht wundern, dass die Wirklichkeit schlichtweg nicht so wahrgenommen wird, wie sie ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist das Niveau der „Bild“-Zeitung!)

Es ist schlichtweg so, dass natürlich – das ist übrigens im menschlichen Leben immer so – nicht alles falsch ist, was jemand Neues, hier: die neue Landesregierung, macht. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die behaupten, dass wir in dem einen Jahr alles richtig gemacht hätten, sondern ich weise immer darauf hin, dass Nordrhein-Westfalen eine Großbaustelle ist. Und wer Großbaustellen kennt, der weiß, dass da auch schon einmal ein Brett umfällt.

Aber eines ist doch ganz wichtig: Die Richtung stimmt und das Land verändert sich.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das verändert sich nach unten!)

Und es verändert sich in die richtige Richtung. Und es wird besser für die Leute.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ja?)

Ein Jahr nach der Landtagswahl geht es den Menschen in Nordrhein-Westfalen besser.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Zahl der Arbeitsplätze ist zurückgegangen!)

Der Wirtschaft geht es besser, die Unternehmensinsolvenzen sind um 10 % zurückgegangen. Die Wirtschaft ist so zuversichtlich wie schon lange nicht mehr. „Wie schon lange nicht mehr“ heißt: seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Natürlich – damit das dann direkt angesprochen ist – reicht das noch nicht aus. Natürlich wissen wir, dass sich das Ganze noch umsetzen muss, auch auf dem Arbeitsmarkt. Aber wir haben die depressive Stimmung, die noch vor einem Jahr herrschte, verlassen; die Stimmung ist besser geworden,

(Martin Börschel [SPD]: Aber nicht wegen Ihnen!)

und diese bessere Stimmung wird sich auch in mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätzen niederschlagen.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber das ist doch nicht Ihre Leistung!)

Den Schulen geht es besser. Mit über 3.230 neuen Lehrerstellen haben wir die Unterrichtsversorgung auf eine neue Grundlage gestellt. Das merkt man in den Schulen. Man muss nur mit Lehrerinnen und Lehrern reden, man muss nur mit Schulleiterinnen und Schulleitern reden. Da hat sich etwas verändert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt! Dann reden Sie mal mit Ihrer Schulministerin!)

Da kann man hier sagen, was man will, kann von Wilhelminismus und anderem reden, aber:

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die Menschen sind jetzt da und sorgen dafür, dass unsere Kinder mehr Unterricht bekommen, als Sie zu Ihrer Regierungszeit bekommen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Situation der Kinder und der Familien in diesem Land hat sich verbessert. Wir investieren mit dem Haushalt 2006 mehr als eine Viertelmilliarde Euro mehr als im letzten Jahr für Kinder und Jugendliche in diesem Land. Eine Viertelmilliarde! Das ist reales Geld. Die Situation hat sich verbessert, und sie ist nicht schlechter geworden.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen demonstrieren die auch alle hier vor dem Haus! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was sagen Sie zur Volksinitiative?)

Wir haben 39.000 neue Ganztagsplätze an den Grundschulen eingerichtet, und wir haben 16.500 neue Betreuungsplätze für unter Dreijährige eingerichtet. Und wir haben ein Programm für Ganztagsplätze an den Hauptschulen aufgelegt. Das heißt, es ist besser geworden an den Schulen, ganz real und ohne alle ideologischen Debatten.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Wir führen hier eine Haushaltsdebatte. Diese Haushaltsdebatte hat natürlich etwas mit dem Handlungsspielraum zu tun, den die Politik in diesem Land hat. Natürlich ist die Wahrheit, dass dieser Handlungsspielraum nicht so groß ist, wie wir uns das gewünscht hätten.

(Gisela Walsken [SPD]: Bloß 1 Million!)

Wenn ich noch eine Bemerkung zu der Rede des Kollegen Stahl machen darf: Er hat nicht gesagt – ich habe zugehört –, dass wir nicht gewusst hätten, was da auf uns zukommt. Es ist völlig richtig, Frau Löhrmann: Herr Diegel hat für unsere Fraktion hier immer Zahlen vorgetragen. Übrigens: Im Unterschied zu Ihren Zahlen, im Unterschied zu dem, was der damalige Finanzminister gesagt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmten die vom Kollegen Diegel immer.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Dass Sie zu solchen Mitteln greifen, ist eine Unverschämtheit!)

Wenn das Land Nordrhein-Westfalen jetzt aufgrund der ungeheuren Schulden Situation, dieses Schuldenberges, den Sie aufgehäuft haben, 13 Millionen € Zinsen täglich zahlen muss, wenn Rot-Grün die Verschuldung in den letzten zehn Jahren um rund 47 Milliarden € erhöht hat und wenn wir dafür jährlich Zinsen in Höhe von 1,9 Milliarden € zahlen, dann, werte Kolleginnen und Kollegen, wäre ich, wenn ich noch in der Rolle wäre, für die Opposition zu reden, mit dem, was ich fordere, und vor allen Dingen mit dem, was ich angreife, erheblich vorsichtiger, als wir das eben bei Frau Kraft und Frau Löhrmann gehört haben.

(Beifall von CDU und FDP – Martin Börschel [SPD]: Was machen Sie denn mit Ihren Schulden?)

Wenn Frau Löhrmann uns vorwirft, dass wir es sowohl im letzten Jahr, als wir ein halbes Jahr die Verantwortung trugen, und auch in diesem Jahr, nachdem wir zwölf Monate die Verantwortung tragen, nicht schaffen würden, diesen ungeheuren Schuldenberg, der dazu führt, dass sich die Nettoneuverschuldung auf 5, 6, 7 Milliarden € pro

Jahr beläuft, dass wir es nicht schaffen würden, dieses strukturelle Defizit abzubauen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben, glaube ich, Erwartungen geweckt! – Gisela Walsken [SPD]: Erhöht!)

wenn Sie das tun, meine Damen und Herren, dann leiden Sie entweder an Wirklichkeitsverdrängung, an der Fähigkeit, die Wirklichkeit nicht wahrzunehmen, oder Sie reden wider besseres Wissen. Und das ist das Schlimmste, was man in der Politik machen kann.

(Beifall von CDU und FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: Wer hat denn den Mund so voll genommen?)

Wenn man dann noch Vorschläge vorlegt, die wieder zu neuen großen Ausgaben führen, wie zum Beispiel den Vorschlag des beitragsfreien Kindergartenjahres, und einfach nicht mehr im Kopf hat, dass es nur ein paar Monate her ist, dass man im Landtag entsprechende Anträge damals abgelehnt hat,

(Dieter Hilser [SPD]: Und in Berlin?)

dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, passiert einem etwas, was einem als Politiker nicht passieren sollte: Man verliert jede Seriosität in seiner Argumentation.

(Beifall von CDU und FDP – Dieter Hilser [SPD]: Ausgerechnet er!)

Es ist wie immer: Luftschlösser aufbauen kostet nichts,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Darin sind Sie doch Experte!)

aber Luftschlösser abreißen ist eine verdammt teure Angelegenheit, und zwar vor allen Dingen für diejenigen, die sich auf Ihre Versprechungen verlassen haben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat denn mehr Versprechen gebrochen als Sie?)

Wenn sich jetzt die im letzten Jahr Gott sei Dank besser gewordene Stimmung im Land und die bessere Konjunktur

(Zuruf von der SPD)

in der jüngsten Steuerschätzung niederschlagen und mit Steuermehreinnahmen bemerkbar machen, tun wir genau das, was man in einer solchen Situation tun muss, was Sie aber nie getan haben: Wir stellen exakt diese Zahlen, ohne sie zu verfälschen und sie so anzupassen, wie einem

das für den Haushalt gefällt, in den Haushalt ein. Genau dies tut der Finanzminister.

Wenn man aber dann Anträge in Millionen- und Abermillionenhöhe vorlegt mit dem Argument „Mit dem Geld können wir sie finanzieren“, ohne den Leuten ehrlich zu sagen, was das im Klartext bedeutet – auch im neuen Haushalt haben wir noch eine Nettoneuverschuldung,

(Zuruf von der SPD: Die höchste!)

sodass alle Anträge, die man stellt, über Schulden finanziert werden –, verliert man nicht nur die Seriosität in der Argumentation, sondern auch jede Glaubwürdigkeit in der Sache.

(Beifall von CDU und FDP – Gerda Kieninger [SPD]: Wo ist Ihre Glaubwürdigkeit? „Versprochen – gebrochen“!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, liebe Frau Löhrmann, Sie kennen das Beispiel aus der Bibel, dass im Himmel mehr Freude ist über einen reuigen Sünder, der versucht, auf den Weg der Besserung zu kommen, als über 99 Gerechte. Insofern war die Reaktion Ihrer Fachleute in Ihrer Kommission für nachhaltige Finanzpolitik, die Ausdruck in dem Abschlussbericht findet, erklärlich. Sie lautet: Leute, wir müssen eine andere Politik in Sachen Verschuldung machen. – Wenn man das hört, sagt man sich: Wenigstens die Grünen, wenn es die SPD schon nicht tut, versuchen, über eine neue Wirtschaftspolitik, eine neue Finanzpolitik nachzudenken.

Das ist – ich bin auch bereit, das zu einzuräumen – ein Versuch, in der Opposition anzukommen und zu erklären: Okay, wir tragen die Mitverantwortung für diesen hohen Schuldenberg; wir sehen ein, dass das nicht so weitergeht. – Ich verlange von Ihnen gar nicht das Eingeständnis, dass das, was Sie in der Regierung gemacht haben, falsch war. – Sie versuchen nun zumindest, etwas anders zu machen.

Ich finde es übrigens auch mutig, Frau Löhrmann, wenn Sie durch Ihre Kommission vortragen lassen, dass bei diesem Haushalt, dem Haushalt 2006 – also nicht irgendwann demnächst, sondern jetzt – weitere Ausgabenkürzungen von 500 Millionen € erzielt werden müssen.

Es wäre schön gewesen – auch wir versuchen immer, uns in dem Bereich zu bewegen, den uns unsere Hartmann-Kommission als Sanierungspfad vorgeschlagen hat –, wenn Sie sich im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen bemüht hätten darzustellen – das steht im Kommissionsbericht –, wie Sie diese 500 Millionen € Ausgaben-

kürzungen in diesem Haushalt realisieren wollen. Davon habe ich in Ihrer Rede nichts gehört.

In Ihrer Rede habe ich, obwohl auch Sie sich die Anregungen der Kommission zu Eigen machen, auch nichts davon gehört, dass diese Kommission vorschlägt, bis 2009 weitere Kürzungen in Höhe von 2,8 Milliarden € vorzunehmen, indem zum Beispiel – da wird es sogar konkret – das Beihilfeniveau bei den Beamten gesenkt wird und weitere 20.000 Stellen über das hinaus, was die jetzige Landesregierung im Haushalt vorgesehen hat, abgebaut werden.

Nun gehe ich nicht so vor wie mein Vorgänger, der bei Vorschlägen der Opposition immer gesagt hat: Kommt nicht infrage, das ist alles dumm. – Wenn wir etwas vorgeschlagen haben, war das nicht durchsetzbar. Darauf will ich verzichten.

Ich habe lediglich die herzliche Bitte: Wenn Ihrer Meinung nach das Beihilfeniveau bei den Beamten gesenkt werden und weitere 20.000 Stellen abgebaut werden müssen, um 2,8 Milliarden € bis 2009 einzusparen, dann teilen Sie uns irgendwann in den nächsten Wochen, wenn wir den Haushalt 2007 beraten, mit, wie Sie das umsetzen wollen, wenn Sie es im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen nicht tun. Ich bin gerne bereit, mir das anzusehen. Über realistische Vorschläge können wir diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn Sie konkret würden, Frau Löhrmann.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben uns entschieden, was nicht ganz einfach war. Jeder weiß, dass das gerade in der Politik nicht einfach ist, wenn Demonstrationen stattfinden. Ich nehme die Äußerungen der Menschen ernst. Ich weiß, dass es auch für Leute, die in einem Verband arbeiten, nicht einfach ist, mit diesen Kürzungen klarzukommen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Warum haben Sie sich mit denen verbrüdet? Zu jeder Demo sind Sie hingelaufen!)

Aber ich halte es für richtig, den Weg der ständigen Erhöhung der Nettoneuverschuldung zu verlassen. Dazu sind Sie bisher nicht in der Lage gewesen. Wir versuchen jetzt, das zu erreichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin schon ein bisschen stolz darauf – das ist nicht einfach für die Politik –, angesichts höherer Steuereinnahmen nicht zu sagen: „Wir machen die einfache Nummer und nehmen die Kürzungen zurück“, sondern sich dazu zu entschließen, das zusätzliche Geld zur Rückführung der Nettoneuverschuldung zu verwenden.

Und sollte es, etwa aufgrund von Beschlüssen des Bundes – wir alle in dieser Koalition und in dieser Regierung haben Probleme mit Steuererhöhungen – weitere Mehreinnahmen geben, werden diese – ich unterstütze diese Absicht, die auch im Kabinett besprochen ist, ausdrücklich – genauso wie diese Steuer Mehreinnahmen einsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ändert nichts daran, dass ich stolz darauf bin, bei diesem Haushalt 2006 eine Konsolidierungsquote von 2,5 % erzielt zu haben: mehr als 1 Milliarde €. Dass das Auswirkungen im Lande hat, habe ich – Frau Löhrmann, Sie haben danach gefragt, was ich damals gesagt hätte – vor der Wahl angekündigt. Ich habe gesagt: Jeder wird es merken, und wir werden mit bis zu 20 % Reduzierung an alle Haushaltspositionen herangehen. Diese Aussage haben Sie mir damals vorgeworfen. Jetzt tun wir es, und nun ist es Ihnen auch nicht Recht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein!)

Wir haben nichts zurückzunehmen. Wir tun genau das, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Landwirtschaftskammer! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Reiterstaffel und Landwirtschaftskammer!)

Wir haben auch das Ziel klar definiert. Wir wollen bis zum Jahre 2010 einen verfassungskonformen Haushalt erreichen. Das ist eine Riesenaufgabe, die noch vor uns liegt. Das heißt im Klartext – da soll sich keiner irgendetwas vormachen –: Wir werden den Konsolidierungskurs auch beim Haushalt 2007 fortführen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Wenn es dann gelungen ist, dass im Haushalt die Investitionen wieder höher sind als die Neuverschuldung, wird der nächste Schritt einzuleiten sein, nämlich bis 2015 einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen und Schulden zurückzahlen. Irgendwann müssen wir wieder von den Schulden weg. Ich bleibe bei meiner politischen Einschätzung: Es ist unmoralisch gegenüber der nächsten Generation, wenn die jetzige Generation auf deren Kosten lebt und ihr nicht nur Schulden hinterlässt, die Sie aufgehäuft haben, sondern auch noch von ihr verlangt, für die Renten aufzukommen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Die höchste Verschuldung!)

Das kann man den Kindern und jungen Leuten nicht antun. Das ist unmoralisch. Ihre Politik ist unmoralisch!

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Dann handeln Sie aber auch unmoralisch!)

Es wird alles leichter werden, wenn es uns gelingt, den Wachstumsmotor stärker anzuwerfen, um

(Zuruf von der SPD: Wachstumsbremse Herr Rüttgers! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie hinken hinterher!)

zu mehr Wachstum zu kommen, das zu mehr Beschäftigung führt. Jeder weiß – das hat mein Vorgänger schon gesagt, das habe ich in meiner anderen Rolle immer gesagt –: Die Landespolitik ist nicht für die Makroökonomie zuständig, aber wir können etwas tun. Jeder muss an seinem Platz seine Verantwortung für die Menschen wahrnehmen, die keine Arbeit haben, und damit auch für die Familien, die mit betroffen sind.

Das ist der Grund, weshalb die Landesregierung eine neue Wirtschaftspolitik eingeführt hat.

Zu dieser neuen Wirtschaftspolitik gehört als erstes die Politik der Haushaltskonsolidierung. Jeder, der sich ein bisschen mit neuer Ökonomie beschäftigt, weiß, dass die Frage, wie viel Geld der Staat braucht, um seinen eigenen Betrieb zu finanzieren, maßgebliche Auswirkungen darauf hat, wie viel Wachstum es gibt. Deshalb ist es notwendig, auf der Ausgabenseite etwas zu tun und nicht nur auf der Einnahmenseite. Das ist eine der Anmerkungen, die wir in Richtung der Berliner Debatte machen; um da nicht drum herum zu reden. Es geht um den Versuch, auf der Ausgabenseite staatliches Handeln zurückzunehmen, damit es in diesem Land wieder mehr Spielraum für Wachstum und damit auch für mehr Beschäftigung gibt.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das sind alles Leersätze!)

– Angesichts einer Konsolidierungsleistung von 2,5 % sind das keine Leersätze. Sie müssen sich schon entscheiden, Herr Kollege Horstmann, ob Sie beklagen, dass wir sparen, oder ob Sie sagen, dass das, was wir machen, gar keine Wirkung habe. Eines von beiden kann es nur sein. Ein bisschen intellektuelle Redlichkeit müsste ein ehemaliger Minister noch aufbringen können.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Neben der Konsolidierung ist es notwendig, gleichzeitig zu investieren.

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder eine Debatte geführt, die bei Ihnen unter dem Motto lief „Das spart uns kaputt“, „Das macht die Konjunktur kaputt, wenn der Staat spart“. Heute haben Sie das in Ihrer Rede so nicht vorgetragen, aber wir haben das unter anderem in Reden aus Ihrem Kreis noch in den letzten Wochen und Monaten gehört. – Ich habe gerade versucht, deutlich zu machen, dass jeder, der sich ein bisschen mit Ökonomie auskennt, weiß, dass diese These falsch ist.

Denn es ist wichtig – das gehört dazu –, dass man, wenn man konsolidiert, gleichzeitig den Versuch machen muss zu investieren. Die Länder, von denen wir immer positiv geredet haben, seien es beispielsweise die Niederlande, die nordischen Länder oder Österreich, also diejenigen, die genau das geschafft haben, wovon wir hier noch träumen und woran wir arbeiten, haben immer beides gemacht: konsolidiert und gleichzeitig investiert. Das bedeutet übrigens, dass man mehr konsolidieren muss, damit man Geld für Investitionen freischaufelt. Das fällt nicht vom Himmel und auch nicht aus der Steuerschätzung.

Wenn das richtig ist, dann ist es auch richtig, dass wir den Versuch gemacht haben, nicht nur denjenigen zu helfen, die keine Arbeit haben – denjenigen ohne Arbeit wurde von uns zum Beispiel durch die Fortführung des Programms „Jugend in Arbeit plus“ geholfen, eines Programms, das Sie in Ihrer Regierungszeit eingerichtet haben, aber streichen wollten; wenn Sie den Kopf schütteln, dann haben Sie nicht gewusst, was in der Regierung, in der Sie Mitglied waren, passiert ist; um das zu wissen, müssen Sie nur einmal in die Akten sehen, Frau Kollegin Kraft.

Deshalb ist es richtig, dass der Kollege Karl-Josef Laumann Bildungsschecks für bessere Weiterbildungsmöglichkeiten im mittelständischen Bereich eingeführt hat. Aus diesem Grunde ist es richtig, dass wir im Bereich der Meistergründungsprämie Geld draufgelegt haben, damit sich möglichst viele im Handwerk selbstständig machen können. Daher ist es richtig, dass wir zum Beispiel die Kompetenzchecks im Rahmen des Ausbildungskonsenses fortgeführt haben.

Und deshalb ist es richtig, dass wir auch den Versuch machen, ein Kombilohnmodell bei uns in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen. Ich fand es toll – ich will das ausdrücklich loben –, dass nordrhein-westfälische SPD-Bundestagsabgeordnete bei der Vorstellung des Modells durch Karl-Josef

Laumann das Modell als vernünftig bezeichnet und gesagt haben, wir sollten es realisieren. Ich finde es toll, dass man, wenn es um Arbeitslose geht, wirklich bestrebt ist, nach dem besten Weg zu suchen.

Auch in unserer Partei finden Diskussionen im Hinblick auf die Frage, was auf Bundesebene in Sachen Kombilohn geschieht, statt. Ich weiß auch, dass durchaus ernst zu nehmende Ökonomen mahnen, bei diesem Weg sehr aufzupassen. Man muss aufpassen, dass keine Mitnahmeeffekte dadurch entstehen, dass plötzlich vorhandene Arbeitsplätze in irgendwelche Kombilohnmodelle umgewandelt werden. Dann würde auf diesem Weg von Staats wegen Arbeit subventioniert, und es fallen Arbeitsplätze weg, die vorher vorhanden waren.

Der Charme des von Karl-Josef Laumann entwickelten Modells besteht darin, dass genau dies nicht passieren kann. Deshalb ist das ein vernünftiges Modell. Er hat nämlich nicht gefragt – dass ist anders als in den Debatten, die anderswo geführt werden –, wie viel subventioniert werden muss, damit es neue Arbeitsplätze gibt,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das gibt es doch alles schon!)

sondern er hat gesagt: Wer das will, der kann dies tun. Wir werden ja sehen, was der Bundesarbeitsminister im Herbst – er will ja ein eigenes Modell vorstellen – vorlegen wird.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was mit Ihnen im Koalitionsvertrag vereinbart ist!)

Es gibt zu diesem Thema einen Vorschlag der CDU-Fraktion. Herr Müntefering ist mit den Kollegen in Berlin im Gespräch und will im Herbst ein Modell präsentieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie wollen Ihre eigene Nummer stricken!)

Wir haben jetzt einen anderen Weg gewählt. Wir haben nicht gefragt, wie viel Geld muss man geben – 40 % zu den Lohnkosten –, um neue Arbeitsplätze zu bekommen, sondern wir haben gefragt: Existieren irgendwo nicht besetzte Arbeitsplätze, die wir mit dieser kleinen Hilfe besetzen können?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie viel Geld vom Bund kriegen wir?)

Als solche Arbeitsplätze hat er zum Beispiel die nicht besetzten Zivildienstplätze identifiziert. Es sind 33.000 Zivildienstplätze in Nordrhein-Westfalen nicht besetzt. Das ist eine tolle Geschichte,

weil jeder weiß, dass wir damit nicht nur Arbeit schaffen, sondern gleichzeitig Behinderten und Alten helfen. Außerdem sind das alles Stellen, die darauf überprüft sind, ob sie mittelständische Unternehmen vor Ort verdrängen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch alles schon möglich!)

Alle haben festgestellt, dass das zu machen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir zusammen mit der Bundesagentur, zusammen mit den Arbeitsgemeinschaften und zusammen mit den Optionskommunen beschließen, ein solches Modell im Rahmen des gesetzlich Möglichen umsetzen – jawohl, es ist gesetzlich möglich, den Versuch zu machen, einen Zuschuss von 20 % zu den Kosten zu geben, also die Sozialversicherungskosten der Arbeitnehmer wie auch die der Arbeitgeber zu übernehmen –,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist schon möglich!)

dann ist das vernünftig.

Erklären Sie mir bitte einmal, was in Müntefering gefahren ist, dass dieser am vergangenen Wochenende gesagt hat, er stoppe das. Der Mann ist zuständig dafür, Arbeit zu schaffen, und nicht dafür, Arbeit zu verhindern.

(Beifall von CDU und FDP)

Angeichts der Situation der kommunalen Haushalte werden wir übrigens mit ihm auch die Frage zu diskutieren haben, was in Sachen Harz IV passiert. Ich weiß noch, wie ich von Ihnen angegriffen worden bin, als ich hier gefordert habe, wir bräuchten eine Generalrevision von Harz IV. Da ging die Welt unter. Es hieß, ich sei der Einzige, der das nicht kapiert habe, der sich nicht habe durchsetzen können. Ich hörte da all die gleichen Sprüche, die ich heute auch wieder gehört habe.

Inzwischen weiß jeder: Es ist ungerecht, wenn derjenige, der 30 Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, genauso viel bekommt wie jemand, der nur drei Monate einbezahlt hat. Das ist sozial ungerecht und muss geändert werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Es kann auch nicht richtig sein – wo wir gerade schon einmal bei diesem Thema sind –, dass denjenigen, die Geld fürs Alter zurückgelegt haben, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit genau dieses Geld vom Staat weggenommen wird, während wir die Leute weiterhin in unseren Festreden dazu

aufrufen, mehr fürs Alter zu tun. Auch das ist sozial ungerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU)

Das hat übrigens etwas damit zu tun, ob die Menschen bereit sind, Reformen mitzutragen. Denn wenn sie das Gefühl haben, es gehe sozial ungerecht zu, sind sie auch nicht bereit, Belastungen, die natürlich mit solchen Veränderungen immer verbunden sind, zu übernehmen.

Ich sprach davon, dass wir konsolidieren und investieren müssen. Das ist einer der Gründe, weshalb wir in diesen Tagen auch eine Debatte über die Steinkohlepolitik führen. Ich will dabei nicht in die Einzelheiten gehen, aber eines ist klar – ich bin dankbar, dass zwei Drittel des Hauses mit einem wirklich wichtigen Beschluss die Position des Landtags von Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck gebracht haben –: Wir brauchen eine stärkere Rückführung der Kohlesubventionen, als sie von der Vorgängerregierung zugesagt worden ist.

Jeder weiß, dass es Bewilligungsbescheide gibt. Jeder weiß, dass wir vor der Wahl darüber debattiert haben, ob sie eine neue Regierung binden oder nicht. Das bindet insofern, als die Bewilligungsbescheide geltendes Recht setzen. Das ist wahr.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das haben Sie aber anders gesehen!)

Das gilt nicht für die noch im Haushaltszeitraum offenen, letzten beiden Jahre.

Ein zweiter Punkt: Zwei Drittel der Abgeordneten dieses Hauses wollen den sozialverträglichen Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle.

Ich will ausdrücklich hinzufügen, dass die Landesregierung bereit ist – das haben wir immer gesagt, und die Wirtschaftsministerin hat das gerade in diesen Tagen noch einmal betont –, einen Börsengang der RAG positiv zu begleiten. Wir wollen, dass in diesem Land Industriepolitik stattfindet. Wir wollen und sind gern bereit, dazu beizutragen, dass es ein neues Unternehmen und damit eine neue RAG gibt.

Aber meine Damen und Herren, es kann nicht so sein, dass im Zuge eines Börsengangs die Vermögensbestandteile neu geordnet werden und die öffentliche Hand am Schluss auf den Ewigkeitskosten und auf den Personallasten sitzen bleibt. Das kann nicht sein.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Deshalb muss man in den nächsten Wochen und Monaten über die Ausgestaltung eines Konzeptes

reden. Ich bin froh, dass es diese Gespräche jetzt geben wird. Die Landesregierung wird sich daran konstruktiv beteiligen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ihr gehört die RAG doch, wie wir heute gelesen haben!)

– Wenn Sie die Summen nehmen, die inzwischen von Ihnen an Subventionen dort hineingesteckt worden sind, und schauen, was real an Vermögenswerten da ist,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was haben Sie eigentlich in dem Jahr, in dem Sie an der Regierung sind, getan?)

kann man politisch durchaus zu dem Ergebnis kommen, dass mehr an Subventionen hineingeflossen als zurzeit an Vermögenswerten vorhanden ist. Das ist allerdings richtig. Das stimmt schon.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Seit einem Jahr reden Sie schon!)

Aber noch einmal: Das ist überhaupt nicht das Thema, was jetzt ansteht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie machen immer nur schöne Sprüche!)

Jetzt geht es schlichtweg um die Fragen, wie der Börsengang organisiert wird und wer am Schluss für welche Aufgaben in Zukunft – Ewigkeitskosten und Ähnliches – die Verantwortung übernehmen muss. Darüber werden wir reden.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Reden, reden und noch einmal reden!)

Ich habe gesagt: Das ist ein Teil der Industriepolitik.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Jau!)

Sie wissen, dass ich mit der neuen Landesregierung der Auffassung bin, dass dieses Land nicht nur Industrieland war, sondern auch in Zukunft Industrieland bleiben soll.

Deshalb ist wichtig – noch einmal: das brauchen Sie nicht einzuklagen –, dass das Kraftwerkserneuerungsprogramm, das in Ihrer Regierungszeit andiskutiert und in seinen Grundzügen verabredet worden ist, umgesetzt worden ist. Ich habe immer erklärt: Ich bin froh, dass ich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen in Berlin dazu beitragen konnte, dass die Rahmenbedingungen so gesetzt worden sind – Stichwort: NAP II –, dass die Unternehmen ihre Beschlüsse fassen konnten. Das fehlte nämlich.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: In Ordnung!)

Das hat nichts mit Politik zu tun, sondern das hat etwas mit Unternehmensentscheidungen zu tun. Wenn ich nicht sicher sein kann, dass meine Investitionen in Milliardenhöhe langfristig abgeschrieben werden können, kann ich als Unternehmenschef eine solche Entscheidung nicht treffen, und der Aufsichtsrat kann nicht zustimmen.

Das haben wir hinbekommen. Das ist genau der Kern, weshalb jetzt 8 Milliarden € Investitionen in verschiedene Kraftwerksbauten fließen, was bedeutet, dass zurzeit zehntausend neue Arbeitsplätze entstehen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Richtig!)

Ich bin froh, dass wir das hinbekommen haben. Das ist natürlich auch ein Erfolg.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Genauso ist es auch richtig – jetzt sind wir insgesamt beim Thema Jobmotoren –, wenn wir durch Entscheidungen ermöglicht haben, dass zum Beispiel bei den Flughäfen Investitionen erfolgen können, die zu mehr Arbeitsplätzen führen. Das gilt für die Entscheidungen beim Flughafen Düsseldorf, der nach Aussagen des Unternehmens 3.000 neue Arbeitsplätze schafft. Das gilt für den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück.

Und noch einmal – ich wiederhole das immer vor dem Hintergrund Ihrer Behauptung, dass das eine unzulässige Investition sei –:

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

Wenn, verehrter Herr Sagel, Ihr ausstiegsorientierter Verwaltungsvollzug in solchen Fragen zu Mehrkosten in Millionenhöhe bei der Erweiterung des Flughafens Münster/Osnabrück führt,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Dann heben Sie doch den Bescheid auf! – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE] – Gegenruf von Ministerin Christa Thoben)

finde ich, dass es nicht nur ökonomisch richtig, sondern auch politisch anständig ist, zu versuchen,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Dann heben Sie doch den Bescheid auf!)

dem Unternehmen die Möglichkeit zu geben, diese Investition so schnell wie möglich vorzunehmen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Dann heben Sie doch den Bescheid auf!)

Denn auch das bringt wieder Hunderte neuer Arbeitsplätze.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Dann heben Sie doch den Bescheid auf! – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Deshalb ist es auch richtig, dass die Landesregierung im Rahmen des Haushaltes 2006 den Versuch macht, dem Landesstraßenbau 5 % mehr Mittel als im vergangenen Jahr zur Verfügung zu stellen, weil das auch Investitionen sind, die Arbeitsplätze sichern.

Ich will als letzten Punkt in diesem Zusammenhang unsere Programminitiative „Zukunft Ruhr“ ansprechen. Es ist natürlich auch richtig: Jede Region in diesem Land ist wichtig. Es kann nicht sein, dass irgendeine Region bevorzugt wird.

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Aber wir brauchen im Ruhrgebiet den Durchbruch. Wir brauchen den Durchbruch in dieser Metropolregion. Wir wollen versuchen, ihn durch die Initiative „Zukunft Ruhr“ zu schaffen. Dazu gehört dann – Sie wollten immer wissen, was in diesem Haushalt konkret zum Beispiel gegen Arbeitslosigkeit getan wird –, dass das Land mehr als 30 Millionen € pro Jahr aus EU-Mitteln für Langzeitarbeitslose im Ruhrgebiet zur Verfügung stellt und sich zusätzlich im Bereich der wirtschaftspolitischen Hilfen auf Cluster und auf Dinge konzentriert, durch die wirklich Wachstum entstehen kann, etwa auf Biotechnologie und Werkstoffforschung, die eine Zukunft im Revier haben werden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das alles ist schon eingeleitet! Das ist nicht neu! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das kennen wir alles!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das – das ist die letzte Seite dieser Politik – verbinden wir mit einer Innovationspolitik.

(Zurufe von der SPD: Uii!)

Diese Innovationspolitik hat nicht nur einen revolutionären Umbau unseres Hochschulsystems zur Folge. Ich kenne kein Land – kein Bundesland und auch kein Land darüber hinaus –, das sich bisher entschieden hat, sich aus der Fachaufsicht über die Universitäten zurückzuziehen und den Menschen an den Hochschulen die Freiheit zu geben, das zu tun, was sie wollen. Das ist das eigentlich Revolutionäre: Freiheit zuzulassen und damit Weiterentwicklung zuzulassen statt irgendwelche Genehmigungen zu geben!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Dazu gehört das Studienbeitragsmodell, das das sozialste Modell ist, was es bisher in den Bundesländern gibt.

(Lautes Lachen von SPD und GRÜNEN – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist unglaublich! – Gisela Walsken [SPD]: Erzählen Sie das einmal den Studierenden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt möchte ich einen kleinen Ausflug machen. Frau Kollegin Kraft hat eben in ihrer Rede die Proteste der jungen Menschen in diesem Land angesprochen. Ich lasse weg, dass sie versucht hat, den Eindruck zu erwecken, als würden sich überall die Tausende von Studierenden bei unzähligen Demonstrationen die Klinken in die Hand geben.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Es werden mehr!)

Noch einmal: Ich bleibe dabei. Ich nehme das ernst.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie haben gejubelt, dass es so wenige seien!)

Frau Kollegin Kraft, in dem Text, der nach Ihrer gestrigen Pressekonferenz verteilt wurde, formulieren Sie:

„Auch hier sprechen die Proteste der jungen Menschen in diesem Land und auch heute vor dem Landtag eine klare Sprache des Widerstandes gegen diese Politik ohne Sinn und Verstand“.

(Demonstrativer Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

– Seien Sie vorsichtig!

Ich hätte schon erwartet, dass Sie heute in Ihrer Rede etwas dazu gesagt hätten, dass es im Anschluss an diese Veranstaltung im Stadtgebiet zu Kreuzungsbesetzungen und Widerstandshandlungen gekommen ist,

(Gisela Walsken [SPD]: Was hat das mit dem Text zu tun? – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wen machen Sie dafür verantwortlich?)

in deren Verlauf vier Polizeibeamte leicht verletzt worden sind und ein Einsatzkrad beschädigt worden ist. Insgesamt wurden zehn Personen der Gefangenensammelstelle zugeführt, davon neun zur Strafverfolgung.

(Zurufe von der SPD: Unverschämt! Das ist billigste Methode!)

Zwei festgenommene Personen wurden vorsorglich zur Untersuchung in ein Krankenhaus gebracht. Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet.

Das sind nicht diejenigen, von denen wir uns beeindrucken lassen. Es hätte Ihnen gut angestanden, wenn Sie auch ein Wort des Bedauerns gegenüber den Polizisten zum Ausdruck gebracht hätten.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Das war ganz billig! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wer ist dafür verantwortlich? – Edgar Moron [SPD]: Das ist vordemokratisch! Das war vor 1848! – Weitere lebhaftes Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Nein, das ist nicht vordemokratisch. Wir haben keine Angst vor Demonstranten. Nein, Herr Vizepräsident, in diesem Land kann jeder demonstrieren, aber mit friedlichen Mitteln.

(Edgar Moron [SPD]: Sie haben Angst, wenn sie auf die Straßen gehen! – Lebhaftes Zurufe von SPD und GRÜNEN – Unruhe – Glocke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein Wort sagen ...

(Fortgesetzt Zurufe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat überwiegend Ministerpräsident Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Ich möchte ein Wort zu einem letzten Punkt sagen, der in die Strategie der Erneuerung gehört und der auch etwas mit neuen Arbeitsplätzen zu tun hat. Das ist die Frage des Bürokratieabbaus.

Unser Leitbild heißt: zusammenlegen, kommunalisieren und privatisieren. Wir gliedern 35 Sonderbehörden in die Bezirksregierungen ein, wir kommunalisieren die Aufgaben von elf Versorgungsämtern, und wir werden viele Aufgaben privatisieren und zahlreiche Stellen einsparen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Eine wesentliche Frage ist nicht beantwortet!)

Wir haben in diesem Jahr die Oberfinanzdirektionen in Köln und Düsseldorf zu einer Oberfinanzdirektion Rheinland zusammengelegt, was übrigens zur Folge hat, dass sich jetzt, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, Herr Finanzminister, 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges widmen können.

Wir haben das Landeszentrum für Zuwanderung in das Ministerium eingegliedert. Wir haben das Landesjustizvollzugsamt in Wuppertal geschlossen. Wir werden das Landesinstitut zur Qualifizierung schließen. Und wir bereiten die Privatisierung des Materialprüfungsamtes und des Amtes für Mess- und Eichwesen vor.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wann trifft es die Staatskanzlei?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind für die Betroffenen – und davon sind insgesamt 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen – keine einfachen Entscheidungen. Ich weiß das. Aber es ist wichtig, dass wir nicht nur abstrakt über kw-Stellen und Ähnliches reden, sondern dass auch einmal konkret gesagt wird, was das im Aufbau bedeutet.

Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Jeden Einzelfall – davon sind über 1.000 konkrete Aufgaben, die bisher der Staat macht, betroffen – muss man sich ansehen und Schritt für Schritt überlegen, ob es kommunalisiert, neu geordnet, privatisiert werden kann. Ich habe mit Interesse verfolgt, dass, nachdem die Landesregierung die politischen Beschlüsse gefasst hat, eine Debatte auch in den Reihen der Opposition geführt worden ist nach dem Motto: Da passiert ja gar nichts. Das hängt jetzt bei den Regierungspräsidenten.

Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Wer das sagt, muss mir erklären, warum während Ihrer Regierungszeit in Sachen Bürokratieabbau nicht viel passiert ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Etwas lauter!)

– Entschuldigung, dann muss jemand

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ein bisschen präziser!)

– das ist präzise – etwas am Mikrofon machen.

Es ist wichtig, nicht nur konkret den Menschen und den Betroffenen zu sagen, dass sich bei ihnen etwas ändert; sondern wir machen dieses auch so, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesem Prozess beteiligt sind.

(Zurufe von der SPD)

Das heißt, dass wir über die Regierungspräsidien den Versuch machen, Schritt für Schritt, Aufgabe für Aufgabe mit den Mitarbeitern zu definieren und dann zu sagen, was damit passiert. Wer kritisiert, dass das keine Auflösung sei – nein, es ist ein Prozess, der hinter dem juristischen Begriff steckt, der da eingeleitet wird –, den frage ich: Was haben Sie für ein Verständnis vom Umgang mit Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeitern? Hier passiert genau das, was man machen muss:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, nein!)

Klar sagen, was die Politik will und dann mit den Leuten über die besten Lösungen reden. Die Alternative wäre übrigens gewesen: Landesämter für Landesämter einzurichten, die dann die Aufgabe wahrnehmen, die jetzt von den Regierungspräsidenten wahrgenommen wird. Natürlich haben wir Pläne aus Ihrer Zeit vorgefunden, so etwas zu tun. Nur: Wir haben uns für eine andere Lösung entschieden. Ich bin mir sicher, dass wir Lösungen finden werden, die nicht nur zu weniger Bürokratie führen, sondern auch gleichzeitig im Interesse der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Vorher reden, nicht nachher reden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch etwas zum Thema „Kinder und junge Leute“ sagen. Ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass wir mit diesem Haushalt mehr als 250 Millionen € mehr für Kinder und junge Leute zur Verfügung stellen. Man mag – ich bin bereit, diese Debatte zu führen – darüber diskutieren, ob man die eine oder andere Einzelmaßnahme für richtig hält. Ich bin aber nicht bereit zu akzeptieren, dass mit falschen Zahlen – so, wie das von Frau Walsken in der letzten Woche gemacht wurde – der Eindruck erweckt wird, als ob weniger für Kinder und junge Leute getan würde.

(Beifall von CDU und FDP)

Um es einmal ganz konkret zu sagen: Im Haushalt 2006 werden 158 € pro Kind mehr ausgegeben als noch im Haushalt 2001 und in all den weiteren Haushaltsjahren. Als Sie an der Regierung waren, wurde in diesem Land weniger für Kinder getan. Jetzt wird mehr getan. Deshalb ist dieses Jahr auch ein Jahr des Kindes, und es bleibt ein Jahr des Kindes.

(Beifall von CDU und FDP)

Seit der Landtagswahl haben wir für die Einrichtungen für unter Dreijährige 16.500 neue Plätze geschaffen. Bis zum Jahr 2010 werden wir die Bedarfsquote von 20 % decken. Wir haben die Mittel für die vorschulische Sprachförderung um 9,6 Millionen € mehr als verdoppelt. Wir haben mit dem flächendeckenden Aufbau von Familienzentren begonnen. Die Kinderbetreuung mit frühkindlicher Bildung und mit Familienberatung werden wir in Zukunft bündeln. 250 Einrichtungen haben wir jetzt anschließen können. 1.000 Bewerbungen hat

es gegeben. Natürlich denken wir darüber nach, wie wir das nach der Pilotphase Schritt für Schritt weiter umsetzen können.

Wir bauen die Ganztagsplätze in den Schulen aus. Zu Beginn des nächsten Schuljahres werden es bereits 110.000 Plätze in den Grundschulen sein. Wir legen bei der Jugend in sozialen Brennpunkten und bei der frühen Förderung von Kindern mit insgesamt 27,5 Millionen € Gesamtsumme auch weiter zu.

Und, meine Damen und Herren, wir versuchen im Bereich der Schule, ohne die alten Schlachten um gegliedertes oder integriertes Schulsystem zu schlagen, den Kindern, die jetzt in der Schule sind, zu helfen, damit unser Schulsystem nicht so unsozial bleibt, wie es zurzeit noch ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Dazu gehört, dass wir die Grund- und Hauptschulen in sozialen Brennpunkten besonders unterstützen und stärken. Die Grundschulen bekommen 600 und die Hauptschulen 500 zusätzliche Stellen gerade in sozialen Brennpunkten hinzu. Dazu gehört, dass wir es möglich machen – wir haben nun einmal ein gegliedertes Schulwesen –, dass man in Zukunft nicht nur nach der vierten Klasse und nach der zehnten Klasse die Schule wechselt, sondern dass man dies nach jeder Klasse machen kann und dass dann – das ist eine Geschichte, die mir persönlich wichtig ist – in der übernehmenden Schule auch individuelle Förderung in den Lernstudios stattfindet, und zwar auf allen Ebenen. Diejenigen, die die Schule wechseln, weil sie das Potenzial haben, brauchen dann auch Hilfe, damit sie sich in der neuen Schule zurechtfinden können. Das ist es, was wir wollen: dass dann in der Regel niemand mehr sitzen bleibt. Das ist das große Ziel, das wir mit unserer Schulreform erreichen wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit der neuen Landesregierung einen guten Start gehabt.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben eine Koalitionsvereinbarung in freundschaftlichem Geist geschlossen, die nicht nur eine Ansammlung von Einzelprojekten ist, die keine innere Logik verbindet, sondern wir haben uns auf eine Philosophie verständigt, die in dem Satz zusammenzufassen ist, dass wir den Versuch machen, weg von der Regelungspolitik hin zur Ordnungspolitik zu kommen und damit die soziale Marktwirtschaft zu erneuern.

Sie haben uns einen gigantischen Schuldenberg hinterlassen. Sie haben uns massenhaften Unterrichtsausfall hinterlassen. Sie haben uns eine hohe Arbeitslosigkeit hinterlassen. Und Sie haben uns niedriges Wachstum hinterlassen. Meine Damen und Herren von der Opposition, jetzt kommen Sie und sagen: „Ihr macht zu hohe Schulden!“, klagen gleichzeitig über jede Kürzung und fordern mehr Schuldenmachen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Jetzt fordern Sie, dass wir die Einheitsschule einrichten. Wir stattdessen stellen 3.230 neue Lehrer ein, schaffen Tausende neue Ganztagschulplätze, schaffen Familienzentren und 16.500 neue U3-Betreuungsplätze.

Wenn man das einmal politisch auf sich wirken lässt, dann wird der Unterschied klar, der schon dazu geführt hat, dass wir vor einem Jahr die Landtagswahl gewonnen haben, und der anscheinend auch die Politik in diesem Land zwischen Koalitionsfraktionen und Oppositionsfraktionen nach wie vor prägt. Sie stehen für höhere Schulden, wir stehen für weniger Schulden;

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Sie stehen für mehr Bürokratie, wir stehen für mehr Selbstbestimmung. Sie wollen die Hauptschule, die Realschule, das Gymnasium auflösen und gleichzeitig flächendeckende Gesamtschulen einführen, wir stehen für weniger Unterrichtsausfall, mehr Lehrer, mehr individuelle Förderung und für ein gegliedertes Schulsystem.

(Lachen von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mehr Unterrichtsausfall – das ist richtig)

Sie stehen für mehr Subventionen, wir stehen für mehr Wirtschaftswachstum. Sie stehen für höhere Steuern und wir für weniger Staat.

Ich bin ganz sicher, dass wir weiter Erfolg haben werden, so wie wir in diesem Jahr Erfolg gehabt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Kollegin Kraft um das Wort gebeten, das sie hiermit bekommt. Bitte sehr.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wie war das denn mit dem Ordnungsruf? Da hätte vorhin eigentlich einer kommen müssen!)

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen in den letzten Stunden sehr aufmerksam zugehört – ich füge in Klammern hinzu: manchmal im Gegensatz zu Ihnen –, und ich habe mir einige Anmerkungen zu Ihren Reden notiert.

Herr Kollege Stahl, zu Ihrer Rede kann ich nicht viel sagen außer dem Satz: Sie haben das Märchenbuch hier heute noch einmal aufgeschlagen.

(Beifall von der SPD)

Das sind alte Reflexe, in denen Sie offensichtlich verhaftet sind. Sie arbeiten sich hier dauernd an uns – und an mir persönlich – ab. Es ging hier um Ihre Bilanz, um Ihr erstes Jahr der Regierung. Kommen Sie doch endlich heraus aus der Rolle der Opposition und des Oppositionsführers!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Interessant war bei dem Beitrag der Frau Kollegin Löhrmann das Erstaunen des Ministerpräsidenten, als sie die Zeitungsartikel zitiert hat. Vielleicht – so möchte ich mutmaßen – hat man diese Artikel bei den Vorlagen, die an Sie, Herr Ministerpräsident, gegangen sind, vorsorglich weggeschnibbelt, damit der Adrenalinpiegel nicht so hoch geht.

(Lachen von der SPD)

Das wäre zu vermuten. Sie wirkten an dieser Stelle jedenfalls sehr erstaunt.

Zum Kollegen Papke: Ihre Bewertung meiner Rede nehme ich so hin. Sie haben gesagt: Die Rede war breit wie ein Ozean und flach wie eine Pfütze. – Aber, Herr Kollege Papke, Sie haben es nicht einmal zum Rinnsal gebracht. Tut mir Leid!

(Beifall von der SPD)

Das einzig Interessante an Ihrer Rede war Ihr Ausflug nach Berlin. Auch da kann ich nur festhalten: Offensichtlich haben Sie zur Erfolgsbilanz hier nicht so viel beizutragen, sodass Sie dauernd auf die Berliner Ebene spielen müssen.

Herr Ministerpräsident, mich hat erstaunt, dass ich jetzt diejenige sein muss, die unsere gemeinsame Bundeskanzlerin hier etwas in Schutz nimmt. Sind Sie nicht auch stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU? Hätten Sie nicht auch zu den The-

men Stellung beziehen können? Das frage ich mich.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das fragt sich Frau Merkel doch auch! – Zuruf von der SPD: Aber er ist ohne Einfluss!)

Ich werde, weil ich nicht allzu viel Zeit habe, diesen Ausflug nach Berlin nicht unternehmen. Darüber werden wir in nächster Zeit wohl noch genug reden. Ich glaube, da brauchen wir uns nicht wegzuducken. Wir haben nämlich keine absolute Mehrheit in Berlin geholt, und wir sind uns völlig darüber im Klaren, dass am Ende eines Koalitionsvertrages nicht „Rot pur“ herauskommen konnte. Das darf man zu diesem Thema einmal festhalten.

Interessant war, zum wiederholten Male von einem „Sonderprogramm“ – das finde ich schon perfide – zu sprechen, das Sie im Haushaltsverfahren beschlossen hätten. Sie kürzen bei den Kurzen. Anschließend nehmen Sie eine Kürzung der Kürzung vor und verkaufen das den Menschen draußen als Sonderprogramm. Sie glauben doch nicht, dass Ihnen die Menschen draußen im Land das abnehmen. So dumm sind die nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dass Sie die FDP jetzt zur Partei der kleinen Leute erklären, lasse ich einmal links liegen. Ich finde es aber immer wieder interessant und hilfreich, wenn Sie auf die vergangenen 39 Jahre in der Weise zurückblicken, wie Sie das getan haben. Haben Sie denn vergessen, dass Sie einmal an der Regierung beteiligt waren? Sind denn der Herr Weyer, Herr Riemer und Herr Hirsch bei Ihnen schon in den Schubladen verschwunden? Diese Fragen stellt man sich als jemand, der die Geschichte dieses Landes verfolgt hat.

(Edgar Moron [SPD]: Und die hatten politisches Format, was man von Herrn Papke nicht sagen kann! – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Och, Herr Moron! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einiges von dem eingehen, was der Ministerpräsident hier dargestellt hat. Zunächst komme ich aber nicht zu den Inhalten. Herr Ministerpräsident, ich fand das, was Sie hier gesagt haben, in weiten Teilen Ihrer Rede von der Form her nicht angemessen.

(Beifall von der SPD)

Sie geben uns doch so gerne den Staatsmann. Warum fallen Sie speziell in den Auseinandersetzungen mit mir dauernd aus der Rolle?

Die tiefste Entgleisung besteht nicht darin, dass Sie hier Ihre Wahlkampfrhetorik wiederholen, sondern das ist Ihre Entgleisung bezüglich der Demonstrantinnen und Demonstranten gestern hier vor dem Landtag.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Eindruck, den Sie erwecken, führt dazu, dass man glauben könnte, Sie kriminalisieren alle, die hier von ihrem Recht Gebrauch machen, sich gegen das zu wehren, was Sie in diesem Land an Maßnahmen umsetzen wollen. Ich empfehle Ihnen einen Blick in die „Rheinische Post“ von heute – der ist hilfreich –:

„Während die Polizei betonte, dass die Blockaden erst nach Ende der friedlichen Demonstration begannen ...“

Ich habe nur den Anfang des Satzes zitiert, der noch viel länger ist. Das heißt: Erst nach Ende der Demonstration kam es zu Ausschreitungen. Aber Sie gehen über diesen Weg hin und werfen die Menschen, die hier friedlich demonstriert haben, mit in diesen Topf. Das ist unredlich, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kümmern wir uns doch einmal um die Inhalte und gehen auf diese ein.

Zum Schulbereich und grundsätzlich dem Inhalt Ihrer Schulpolitik: Ich sage es bei jeder Gelegenheit und überall im Land, dass wir weit davon weg sind zu glauben, dass wir alles – auch und insbesondere bei Schule – immer richtig gemacht haben. Aber wir haben auch nicht immer alles falsch gemacht. Eins ist aber sicher – und an der Stelle gehen wir einen ganz anderen Weg als Sie –: Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Zukunft unserer Bildungspolitik nicht in den 50er-Jahren liegt. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal die Zahlen an: Sie haben mit viel Verve vorgetragen: Mehr als eine Viertelmilliarde mehr für unsere Kinder! – Ich hätte von Ihnen gerne einmal einen Beleg, wie Sie auf diese Zahl kommen. Ich nehme es vorweg, weil ich es mir vorstellen kann: Sie haben den Anstieg des Etats des Schulministeriums genommen und die Absenkung beim Kollegen Laschet gegengerechnet. Unterm Strich kommen Sie dann wahrscheinlich auf diese Summe.

Lassen Sie uns einmal hinter die Zahlen gucken. Was passiert mit diesem Geld, das Sie mehr aufgewendet haben? Wo kommt es an? Wie hilft es

denn unserer Bildungspolitik? Wie hilft dieses Geld den Kindern in diesem Land?

Dazu ein paar konkrete Zahlen, von denen ich nicht weiß, ob man Sie Ihnen dazugeschrieben hat: 180 Millionen € der 262 Millionen € werden für strukturelle Steigerungen beim Personal eingesetzt. Dienstaltersstufen müssen bedient werden. Es geht um 180 Millionen € der insgesamt 262 Millionen €. Den Kindern vor Ort in der Schule hilft das überhaupt nicht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und Andrea Asch [GRÜNE])

72 Millionen € werden nach dem Haushaltsplan für Versorgungsleistungen für die Beamtinnen und Beamten aufgebracht. 5 Millionen € werden für die Beihilfe verausgabt. Am Ende bleiben 66 Millionen € für neue Lehrerstellen übrig. Das sind – Pi mal Daumen gerechnet – 1.330 Stellen.

Herr Ministerpräsident, besonders interessant in dem Zusammenhang sind die täglich neuen Wasserstandsmeldungen. Täglich steigen die Lehrerzahlen, allerdings nur auf dem Papier. Erst waren es 1.610 Stellen, dann 2.230 Stellen. Nach Ihren Aussagen jetzt sind es 3.230 Stellen. Damit nicht genug: In einem Papier der Landesregierung, das mir vorliegt, sind es plötzlich 4.730 Lehrerstellen. Irgendwann müssen Sie sich für eine Zahl entscheiden. Vor allen Dingen: Herr Ministerpräsident, zeigen Sie mir einmal im Einzelplan 05, wo die Stellen, die Sie den Menschen draußen in Ihren Reden dauernd verkaufen, abgebildet sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen, wo interessante Zahlen stehen. Auf Seite 4 steht beispielsweise, dass die Hauptschulen rund 1.300 Stellen verlieren. Oder nehmen wir Seite 127. Dort steht, dass Sie in den nächsten Jahren 2.000 Stellen streichen wollen. Das steht in diesem Haushaltsplan, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kommen wir dann noch zu einem Thema, bei dem Sie sich auch sehr vollmundig geäußert haben. In Ihrer Regierungserklärung am 14. Juli haben Sie zum Thema „Unterrichtsausfall“ vollmundig angekündigt – mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich wörtlich –:

„Damit das auch in Zukunft jedem klar ist und damit Sie sehen, dass diese Koalition keine Angst vor Transparenz in diesem Bereich hat, werden wir eine Statistik über den Unterrichtsausfall erstellen und veröffentlichen, so dass in Zukunft jeder weiß, wie viel Unterricht ausfällt.“

Herr Ministerpräsident, mein Kollege Wolfgang Große Brömer hat dazu Anfang April eine kleine Anfrage gestellt, um herauszufinden, wie weit Sie mit dieser Statistik sind. Wir warten immer noch auf eine Antwort.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch erst sechs Wochen her!)

Auf Nachfragen im Ausschuss hat Frau Ministerin Sommer uns bereits angekündigt, dass es bei Stichproben bleibt. „Gesagt – getan“ gilt für diese Landesregierung nicht. Es gilt nach wie vor: Versprochen – gebrochen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Noch ein Letztes kann ich Ihnen beim Thema Durchlässigkeit nicht ersparen. Ich weiß nicht, ob es daran liegt, dass Sie nicht gut genug informiert werden

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Von wem denn auch?)

oder sich in der Realität nicht auskennen. Sie haben doch auch Kinder. Ich kann Ihnen einmal sagen, wie sich diese Durchlässigkeit, die Sie auf dem Papier schaffen, in der Realität auswirken wird: Es wird keine Möglichkeit mehr zum Aufstieg geben, Herr Ministerpräsident. Denn da Sie das Abitur nach zwölf Jahren an den Gymnasien anders regeln als an den anderen Schulformen, wird es dazu kommen, dass an den Gymnasien die zweite Fremdsprache in der sechsten Klasse beginnt und an den anderen Schulformen erst später. Deshalb kann keiner mehr diesen Aufstieg schaffen, weil er schlicht und einfach die Fremdsprachenkenntnisse nicht hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Vielleicht ist der Ministerpräsident zu weit weg von seinen Kindern!)

Herr Ministerpräsident, um das Thema Schule einmal zu verlassen, komme ich zum Haushalt zurück. Sie stellen sich hierhin und sagen mit dem Ihnen eigenen Pathos: Schulden sind unmoralisch. – Ich sage das jetzt einmal so, wie ich es denke: Verdammt noch mal, warum legen Sie dann noch welche oben drauf?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Uns unsere Schulden vorzuhalten, ist in Ordnung. Aber wir haben Sie niemals aufgefordert, neue Schulden zu machen. Unser Konzept – das habe ich heute Morgen noch erläutert; Sie haben nicht immer zugehört, das hätten Sie tun sollen – sah das nicht vor. Auch wir wissen, dass jetzt endlich Spielräume da sind, um die Neuverschuldung zu-

rückzufahren. Das haben wir heute Morgen auch dargestellt, Herr Ministerpräsident.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Dann kommen wir zu Ihrer neuen Wirtschaftspolitik; auch das fand ich interessant. Ihre Einlassungen lassen die Vermutung aufkommen, neue Wirtschaftspolitik hieße im Wesentlichen Haushaltspolitik. Dann bin ich dafür, dass wir direkt einen Ministerposten einsparen und Herr Linssen die Wirtschaftspolitik gleich mit macht.

(Gisela Walsken [SPD]: Das wäre eine gute Idee! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wäre gut für das Land!)

Sie konnten ja nicht darstellen, welche wirtschaftspolitischen Erfolge Frau Thoben nach einem Jahr zu bieten hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich spare mir die Themen Kombilohn und Hartz IV, weil ich nicht mehr so viel Zeit habe. Darüber werden wir morgen noch einmal diskutieren können. Das wird sicherlich interessant sein. Dennoch eine Information für Sie: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Die Argen, die dafür zuständig sind, können bereits jetzt nicht besetzte Zivildienstplätze über ein kombilohnähnliches Modell vergeben. Das ist überhaupt kein Problem. Dafür brauchen wir den Aktionismus von Herrn Laumann nicht. Was hier gerade abläuft, ist ein reiner PR-Gag.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Noch ein Wort zur Innovationspolitik: Sie haben gesagt, Sie gäben den Hochschulen die Freiheit, die sie wollten. Ich sage Ihnen: Sprechen Sie mal mit den Leuten. Die wollen diese Freiheit gar nicht. „Keine Verabschiedung aus der politischen Steuerung“ haben Sie vorhin zugesagt. Was ist es denn, wenn Hochschulen Pleite gehen können und man sie bedenkenlos dem Markt aussetzt, sodass bestimmte Fächerkombinationen demnächst gar nicht mehr existieren können? Was ist das denn für eine Politik?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nur ein Satz zum Schluss: Sie heften sich viele unserer Erfolge an. Aber der Korrektheit wegen und für das Protokoll: Die über 100 Stellen gegen den Umsatzsteuerbetrug, Herr Ministerpräsident, haben wir geschaffen

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

und nicht Sie! – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: So, wie der da sitzt, interessiert ihn das überhaupt nicht!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kraft, wir sehen ein, dass Sie es nach der Rede des Ministerpräsidenten richtig schwer hatten.

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Das Land hat es schwer! – Weitere Zurufe von der SPD)

Allerdings ist es nicht so, dass Ihr Beitrag inhaltlich eine generelle Antwort unseres Fraktionsvorsitzenden auch nur im Entferntesten unbedingt notwendig gemacht hätte.

(Zuruf von der SPD: Lächerlich! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Der ist noch beim Eierlegen!)

Deshalb scheint es mir sinnvoll, noch einmal auf die eine oder andere Zahl aus dem Haushaltsplan zu sprechen zu kommen. Dabei möchte ich direkt an das anknüpfen, was Sie, sehr geehrte Frau Kraft, heute Morgen schon gesagt haben.

Ich denke, dass es ein wirklich eindrucksvoller Nachweis von Abgebrühtheit ist, wenn Sie jetzt nach langer Regierungszeit fordern, es müsse mehr Politik für Kinder gemacht werden. Sie haben doch immer nur Politik für Banken gemacht –

(Gisela Walsken [SPD]: Was?)

112 Milliarden € Schulden. Dass wir heute jeden zehnten Euro im Haushalt für Zinszahlungen reservieren müssen, ist ein Bankenförderungsprogramm, aber kein Kinderförderungsprogramm.

(Beifall von der CDU)

Damit haben Sie den Spielraum für die Zukunftsgestaltung in unserem Land, Sie haben den Spielraum für Kinder in unserem Land erheblich reduziert und obendrein noch dafür gesorgt, dass die Kinder diese Schulden später zurückzahlen haben.

(Beifall von der CDU)

Das ist kinderfeindlich. Deshalb müssen wir mit der sicherlich schmerzhaften Korrektur anfangen. 5,58 Milliarden € Schulden, die in diesem Jahr notgedrungen aufzunehmen sind – zum großen Teil, um Ihre Zinsen zu bezahlen; das will ich an-

merken – sind dabei zumindest eine echte Zahl. Ich habe Ihrem Entschließungsantrag mit großer Verwunderung entnehmen müssen, dass Sie nun darauf hinweisen, das sei die höchste Neuverschuldung bei der Einbringung eines Haushaltes.

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Dabei vergessen Sie offensichtlich, dass die Neuverschuldung in den Haushaltsjahren zuvor 6,6 Milliarden €, 6,7 Milliarden € und noch einmal 6,7 Milliarden € betrug. Das macht mich sehr nachdenklich. Ich habe noch Frau Kraft im Ohr.

Ich habe nämlich noch das Zitat von Frau Kraft im Ohr – das war ein richtiger Satz, der wird Ihnen noch häufig Leid tun –, die gesagt hat: Das Erreichte zählt und nicht das Erzählte reicht. – Das ist ein Kommentar zu der Haushaltspolitik der Vergangenheit.

(Beifall von der CDU)

Man hat ja den Eindruck, dass Sie heute noch für das falsch Erzählte aus der Vergangenheit gelobt werden wollen. Das ist aber falsch. Die Menschen merken das. Deswegen hat Ihre Glaubwürdigkeit ja auch gelitten.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass in unserem Land etwas erreicht wird. Wir müssen dafür sorgen, dass nun wirklich in die Konsolidierung eingestiegen wird. Das kommt unseren Kindern zugute. Die Menschen honorieren das. Das können wir den Umfrageergebnissen entnehmen.

Dass Sie als Opposition jetzt für kritische Bemerkungen bezahlt werden und deswegen auch ganz anders reden müssen, ist klar. Aber versuchen Sie doch zumindest einmal, die Zahlen zu sehen; denen können Sie eigentlich nicht ausweichen. Wenn wir jetzt von Ihnen erklärt bekommen, 316 Millionen € mehr im Schulhaushalt seien für die Lehrer und nicht für die Schüler, muss ich fragen: In welchem Land leben wir denn? Wir haben den Eindruck: Wenn wir Lehrer bezahlen, kommt das den Schülern zugute.

(Beifall von der CDU)

Also ist das Geld, das den Kindern, den Schülern in unserem Land zugute kommt.

80 neue Ganztags Hauptschulen! Das wurde in den letzten Tagen veröffentlicht. Das Programm läuft jetzt an. Warum so spät? Sie sind lange an der Regierung gewesen. Was haben Sie denn gemacht? Es wäre Spielraum en masse gewesen, wirklich etwas für Kinder zu tun, mehr für Kinder zu tun. Das haben Sie aber nicht getan. Sie kriti-

sieren jetzt Dinge, die Sie genauso zu verantworten haben wie wir.

Wenn Sie die Zahlen angucken und sich vielleicht die großen Wortwolken lüften, die Sie immer verbreiten, dann müssen Sie feststellen, dass der Landesjugendplan nicht gekürzt wurde, dass dort im Jahr 2006 die gleichen Beträge wie in den Jahren 2004 und 2005 gelten.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Deshalb gibt es jetzt auch die Volksinitiative!)

Man kann sogar feststellen, dass sich die Summe nach den Beratungen hier im Landtag letztendlich faktisch um 4,5 Millionen € erhöht hat. Es kommt mehr Geld an als bei Ihnen in den vergangenen Jahren.

(Beifall von der CDU)

Das Gleiche gilt für die Kindergartenträger. Es hat in diesem Haushaltsplanentwurf keine Kürzungen zu § 18 GTK gegeben. Das wissen Sie genauso gut wie wir. Das sind die gleichen Zahlen wie in den vergangenen beiden Jahren. Das Geld kommt so bei den Trägern an, wird aber jetzt um 23 Millionen € für Sonderprojekte bei diesen Trägern erhöht. Sie können beim Vergleich der Haushaltspläne 2005 und 2006 nicht ernsthaft die Bugwelle, die wir letztes Jahr noch sozusagen als Ihre Altschulden zu bezahlen hatten, mit berücksichtigen – auch nicht den wegfallenden Elternbeitragsdefizitausgleich, denn der betrifft die Finanzen der Kommunen.

Unter dem Strich sage ich: Das, was wir mit diesem Haushalt vorlegen, ist gerade, weil wir mehr Generationenfreundlichkeit praktizieren, kinderfreundlich.

(Beifall von der CDU)

Ganz klar: An vielen Stellen wäre mehr Geld wunderbar – für ganz wichtige Aufgaben in unserem Land. Wir wären sehr damit einverstanden, würden selbst die Initiative ergreifen, mehr Geld auszugeben, wenn es denn ginge, wenn wir das Geld dafür hätten. Aber die alte Regierung hat uns desolate Finanzen in diesem Land hinterlassen. Deswegen scheitert es an der Realität, mehr Geld auszugeben.

Da helfen uns auch Ihre beiden Entschließungsanträge nicht unbedingt weiter. Mit der Realität haben die nämlich nichts zu tun. Ich hatte beim

Durchlesen eher den Eindruck, dass im Vergleich dazu Grimms Märchen Realityberichte sind.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Die hat schon Ihr Fraktionsvorsitzender erzählt!)

Es ist ja nicht schlimm. Das ist ja auch alles gut gemeint, was in diesen Anträgen steht. Überhaupt sind Utopien immer gut gemeint. Aber Utopien zeichnet halt aus, dass sie sozusagen Synonym für Wunschtraum, für einen unausführbaren Plan sind. Sie sind denkbar, aber eben nicht realisierbar – so wie Ihre Anträge. Ich finde nur, dass man das auch sagen muss. Da, wo Märchen drin sind, sollte auch „Märchen“ draufstehen. Und das sind Märchen!

(Beifall von der CDU)

Ein Beispiel ist das beitragsfreie Kinderjahr. Wunderbar! Das ist eine ganz tolle Idee.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Frau von der Leyen sagt das die ganze Zeit! – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Gehört die nicht zu Ihrer Partei?)

Als Ziel, als Vision für die Zukunft ist das eine gute Idee, aber doch nicht als Antrag zu diesem Haushalt. NRW-Land ist eben kein Schlaraffenland. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Im NRW-Land ist Finanzierung erforderlich.

Ich bin vor allem darüber relativ amüsiert, dass in Ihren Papieren sämtliche Kürzungen kritisiert und Mehrausgaben en masse gefordert werden, gleichzeitig aber auch die Höhe der Kreditaufnahme kritisiert wird. Sie wollen wegen des zweiten Nachtrags 2005 ja sogar nach Münster gehen. Sie wollen alle bedienen. Sie wollen allen nach dem Mund reden, Mehrausgaben ankündigen und gleichzeitig glauben machen, Sie seien nebenbei auch noch für Konsolidierung. Das geht nicht. Das sind Widersprüche.

Es mag ja sein, dass es richtig ist, Mehrausgaben zu fordern. Das können Sie gerne machen. Aber dann müssen Sie doch bitte auch zugeben, dass Sie damit mehr Schulden akzeptieren wollen. Aber das geben Sie nicht zu. Sie stehen einfach nur für ein „Weiter so!“ aus der Vergangenheit.

Aber die Expertenkommission hat uns doch im vergangenen Jahr vorgerechnet, was passiert, wenn nichts passiert, wenn nicht gegengesteuert wird. Wenn rot-grüne Finanzpolitik der Vergangenheit einfach so weitergeführt würde, hätten wir am Ende dieser Legislaturperiode 158 Milliarden € Schulden. Das wollen wir nicht. Wir wollen mindestens 20 Milliarden € niedriger abschließen, als

es der Fall wäre, wenn wir jetzt nicht eingreifen würden. Und wir wollen eingreifen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Der Finanzminister schreibt das jeden Tag!)

Sie stehen für ein „Weiter so!“ auch deshalb, weil Sie Ihre Mehrausgaben mit völlig ungewissen und nebulösen Einnahmen bezahlen wollen.

Reduzierung der Kreditanlastung beim BLB! Sie wissen doch selber, dass es nur Sinn macht, wenn der BLB aus realisierten Immobilienverkäufen Geld an das Land zurückführt. Das ist aber nicht nur ungewiss; das ist sogar unrealistisch. Deswegen ist es falsch, wenn jemand vorschlägt, derartige Einnahmen in den Haushalt einzustellen. Außerdem wollen Sie mit Steuermehreinnahmen bezahlen. Dazu sagen wir ein klares Nein. Wir wollen alles in die Konsolidierung dieses Haushaltes stecken, und zwar alles, was jetzt absehbar ist, und das steht im Haushalt drin. Das, was vielleicht noch dazu kommt, wird genutzt, um die Neuverschuldung in diesem Lande zu reduzieren. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

(Beifall von CDU und FDP)

Dies ist im Übrigen bei den ausführlichen Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss intensiv diskutiert worden. Beispielsweise hat der Vertreter des RWI bei der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss empfohlen, mögliche Steuermehreinnahmen komplett für die Reduzierung der Neuverschuldung einzusetzen. Genau das tun wir. Genau dieser Forderung der Experten und der Koalitionsfraktionen ist der Finanzminister mit seiner Ergänzungsvorlage nachgekommen.

Es ist richtig, dass die Neuverschuldung komplett um den Betrag der 300 Millionen € Steuermehreinnahmen auf 5,58 Milliarden € reduziert wird. Das ist immer noch zu viel, und deswegen müssen wir auf diesem Kurs der Konsolidierung weitermachen. Wir können nicht dauerhaft mehr Geld ausgeben, wie Sie es gemacht haben, und eine Kreditaufnahme oberhalb der Kreditverfassungsgrenze des Art. 83 der Landesverfassung haben. Das können und dürfen wir so nicht akzeptieren. Deshalb machen wir auf diesem Konsolidierungsweg weiter und werden auch in der Zukunft Steuermehreinnahmen – ob konjunkturell oder steuerrechtlich bedingt – in die Konsolidierung stecken.

Ich bin ganz sicher, dass das rückblickend betrachtet irgendwann einmal später gewertet wird als: Die haben viel für die Zukunft unseres Landes erreicht, die haben viel für die Kinder in unserem Land erreicht. Ich bin sicher, dass wir, wenn wir gleich über diesen Haushaltsplan entscheiden,

eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung unseres Landes beschließen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Klein. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte im Wesentlichen auf den Ministerpräsidenten reagieren. Herr Rüttgers, wir können uns über manches fachlich streiten, und Ihr Beitrag hat an etlichen Stellen dazu eingeladen. Auf das eine oder andere werde ich gleich noch eingehen.

Ganz zu Beginn möchte ich aber einen Punkt ansprechen, den ich in Ihrem Beitrag als nicht hinnehmbar erachte – das sage ich auch ganz persönlich. Ich finde die Art und Weise, wie Sie auf Tausende von Studierenden eingegangen sind und die wenigen Randalierer, die mit der ursprünglichen Demonstration nichts zu tun hatten, mit diesen in einen Topf geworfen haben, nicht in Ordnung.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ach du lieber Gott! Das hat er nicht gemacht!)

Damit bringen Sie zum Ausdruck, dass Sie den formulierten Protest klassifizieren und werten wollen. Das möchte ich hier sehr deutlich sagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich nenne noch ein anderes Beispiel, bei dem wir uns hoffentlich einig sind: Es gibt überall schwarze Schafe – auch in der Politik.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Rote und grüne auch!)

– Es ging jetzt ausnahmsweise nicht um die politische Farbe, Herr Kuhmichel. – Wir leiden alle darunter, dass solche Einzelfälle, die es bedauerlicherweise gibt, auf alle übertragen werden. Herr Rüttgers, wenn Sie das so nicht gemeint haben, dann stellen Sie das richtig. Entschuldigen Sie sich dafür, dass dieser Eindruck entstanden ist, damit das aus der Welt ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde, dass das noch einmal gezeigt hat, wie dünnhäutig Sie offensichtlich sind. Die gestrige Bilanzkonferenz und das alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie mit Ihrer Regierungsbilanz nicht zufrieden sind, dass es Ihnen lieber wäre, wenn es nicht so viel Protest gäbe, dass es Ih-

nen natürlich lieber wäre, wenn Sie beim Deutschen Städtetag nicht ausgebuht würden – und zwar nicht nur von SPD-Leuten, sondern ausdrücklich in einer gesamt abgestimmten Haltung von allen Parteien, die im Städtetag meinungsbildend tätig sind.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Das stimmt nicht!)

– Herr Palmen, Sie sind dabei gewesen. Das ist ja richtig. Ich bin auch da gewesen und habe mir hinterher im Forum von CDU-Bürgermeistern berichten lassen – ich nenne jetzt keine Namen, um die Leute nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Sie sagten: Wir haben uns gewundert, wie dünnhäutig der Ministerpräsident gewesen ist. – Alle waren dort höchst irritiert.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Dann haben Sie aber etwas anderes erlebt!)

Die CDU-Kollegen haben sich gewundert, dass er die Kritik nicht einfach ertragen hat – die haben sich andere Ministerpräsidenten auch anhören müssen –, sondern meinte, noch einmal darauf reagieren zu müssen. Das ist auch in den Medien so berichtet worden. Es kann doch nicht sein, dass die sich alle vertun, und das zeigt, dass Sie sich eine Glocke um die Wirklichkeit herumbasteln, damit Sie nicht merken, dass die Menschen mit Ihrer Politik einfach nicht einverstanden sind.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ach, Frau Löhrmann!)

Ich habe Ihnen die Zitate eben bewusst etwas ausführlicher vorgetragen. Dass es zum Teil Menschen Ihrer Partei sind, die sagen, wenn wir das gewusst hätten, dann hätten wir Sie nicht gewählt, ignorieren Sie. Dass 500 Millionen Menschen bei zwei Volksinitiativen unterschrieben haben, zeigt doch, dass offensichtlich nicht nur wir, sondern auch ganz viele Menschen in Nordrhein-Westfalen Sie im Wahlkampf anders verstanden haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: 500 Millionen?)

– 500.000!

(Ilka Keller [CDU]: Sie haben die Umstrukturierung nicht verstanden!)

– Umstrukturierung? Liebe Frau Keller,

(Ilka Keller [CDU]: Liebe Frau Löhrmann!)

erinnern Sie sich bitte an die Haushaltsdebatten und die Demonstrationen vor zwei Jahren. Da ist doch Herr Rüttgers und da sind auch Sie zu jeder

Demonstration hingegangen und haben behauptet: Diese Kürzung machen wir nicht, und diese machen wir nicht!

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das stimmt nicht!)

Sie waren beim Beamtenbund und auch bei vielen anderen Organisationen. Sie haben gleichzeitig viele Wohltaten und die Senkung der Nettoneuverschuldung versprochen. Deswegen ist es richtig, wenn wir Ihnen nachweisen, dass Sie das nicht einhalten. Wir haben Sie davor gewarnt, den Mund nicht so voll zu nehmen. Genau vor diesem Verhalten haben wir Sie in den Debatten hier gewarnt.

Jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal auf zwei, drei Punkte in der Sache eingehen.

Hinsichtlich der Lehrerstellen ergeht es mir genauso wie Frau Kraft: Es gibt immer wieder neue Zahlen, aber im Haushalt – das haben wir Ihnen in ausführlichen Diskussionen im Schulausschuss dargelegt – schaffen Sie netto 500 neue Stellen mehr. Netto 500 Stellen mehr, weil man Englisch in den Grundschulen, was wir früher gemacht haben, und die Ganztagsplätze, die Sie jetzt anders ausweisen, verrechnen muss. Also: Netto bleiben dort 500 Stellen übrig.

Zweiter Punkt bei der Bildungspolitik ist die Durchlässigkeit. Das hört sich ja auf dem Papier schön und gut an, dass Sie Durchlässigkeit und individuelle Förderung wollen. Aber in Fachanhörungen, die wir ja machen – Sie sagen ja, Sie wollen sich mit den Leuten auseinander setzen –, haben wir danach gefragt. Wenn das Schulgesetz wie vorgesehen kommt, mit der Abkopplung des Gymnasiums durch die Veränderung der Stundentafeln in der Sekundarstufe I, dann ist die Durchlässigkeit faktisch nicht mehr möglich. Das haben hier alle Fachleute, die sich in der Materie auskennen, formuliert. Das ist das Problem. Deswegen können Sie das nicht auf der einen Seite so erklären und auf der anderen Seite nicht zur Kenntnis nehmen, dass es einfach nicht geht. Das waren auch keine Fachleute, die allein die Grünen eingeladen haben.

Bezogen auf die Haushaltskommission freut mich ja, dass auch Sie das so gewürdigt haben.

Ich glaube, es kommt im weiteren Verfahren – wir setzen natürlich darauf, dass wir uns darüber auch auseinander setzen können – darauf an, dass man sich mit einem solchen Vorschlag, der, wie gesagt, von einer externen Kommission gemacht worden ist, auseinander setzt. Wir werden

das diskutieren, auch mit Fachleuten. Wir werden uns im Laufe dieses Jahres natürlich zu den einzelnen Punkten eine Meinung bilden. Bei uns läuft das nicht so: Bericht, abgestimmt, fertig, aus. Sondern bei uns wird so etwas grundsätzlich diskutiert.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das war beim Haushalt auch so!)

Ich bin gespannt, auf welche Punkte wir uns mit Ihnen einigen können. Einige, die wir für vernünftig halten, habe ich Ihnen ja schon genannt. Ich habe aber den Eindruck, Sie betreiben da eine gewisse Rosinenpickerei und nehmen nicht den Bericht insgesamt zur Kenntnis, denn dann wären, glaube ich, aus Ihrer Sicht einige Kröten darin, die Sie nicht so gerne schlucken würden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe den Beamtenstatus genannt. Ich habe das WNA-Budget genannt. Ich habe die Verrechnung der Beamtenpension in die aktive Beschäftigung hinein genannt, was natürlich den Haushalt sehr drastisch umstrukturieren und anders darstellen würde.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist die Frage einer Generalrevision Hartz IV. Darauf möchte ich gern noch einmal eingehen. Ich glaube, wir müssen uns in der Frage der Reform unserer sozialen Sicherungssysteme irgendwann entscheiden – ich behaupte, da sind alle Parteien noch nicht ganz entschieden, welchen Weg sie gehen wollen –, ob wir unser Sozialmodell darauf anlegen, auf Statussicherung zu setzen – das sprechen Sie mit Ihren Korrekturen an –, oder ob wir uns, wie in den skandinavischen Ländern, darauf einlassen zu sagen, wir wollen Zieldefinitionen, etwa Grundeinkommen sichern, und das ist das, was die Menschen dann haben können. Das muss man irgendwann grundsätzlich entscheiden, weil wir in Deutschland ein Mischsystem haben, das sehr stark auf Statussicherung setzt. Deswegen fällt die Veränderung auch in der Frage der Steuerfinanzierung schwer. Deswegen muss man solche Entscheidungen irgendwann grundsätzlich treffen.

Aber was bleibt, Herr Rüttgers? – Der Eindruck, der bleibt, ist, dass Sie sich von etwas distanzieren, was irgendwann unbequem wird, obwohl auch Ihre Partei im Bundesrat genau diese Regelung von Hartz IV ja mit zu verantworten hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Teil haben Sie als Koalition sogar Verschärfungen durchgesetzt. Das können die Menschen, glaube ich, nicht nachvollziehen, dass Sie einer-

seits als CDU hier in der Verantwortung stehen, sich andererseits dann aber an solchen Stellen, wenn es unbequem wird, einen schlanken Fuß machen und sich aus der Verantwortung stehlen wollen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Populismus ist das!)

Das ist bei der Mehrwertsteuersdiskussion genau das Gleiche.

Ein anderer Punkt, über den es sich lohnt sich auseinander zu setzen, ist sicher die Frage, welchen Freiheitsbegriff man anwendet. Wir hatten schon mehrfach die Gelegenheit, uns darüber auszutauschen. Wir verstehen Freiheit, Verantwortung und Gleichheit als gleichwertig und Verantwortung und soziale Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit in der Politik als gleichwertig. Wir setzen nicht einen Begriff absolut, weil wir glauben, dass dann das Gemeinwesen unter die Räder kommt und Grundwerte unserer Gesellschaft zur Disposition gestellt werden, zum Beispiel die staatliche Verantwortung für das Bildungssystem.

Der letzte Punkt betrifft die Mehrwertsteuer. Herr Papke, mich würde wirklich interessieren, was aus Ihrem lautstarken Protest gegenüber dieser Mehrwertsteuererhöhung, die uns ja in der Sache eint – das habe ich ja ausdrücklich dazu gesagt –, folgt. Was machen Sie mit Ihrem Koalitionspartner, um das zu verhindern? Sie finden das ja so toll, dass Sie noch an dieser Regierung beteiligt sind. Was folgt denn jetzt für die Menschen aus Ihrem lautstarken Protest? – Nichts folgt aus meiner Sicht daraus außer einer Enthaltung im Bundesrat. Deswegen ist das populistisch. Deswegen ist das billig, dass Sie sich hier so lautstark geben, weil im Ergebnis nichts dabei herauskommen wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, ich finde, das war eine durchaus interessante Haushaltsdiskussion. Wir bleiben dabei, dass wir diesen Haushalt ablehnen werden. Selbstverständlich werden wir auch bei Folgehaushalten versuchen, hier unsere Vorschläge für ein soziales, ökologisches und nachhaltiges Nordrhein-Westfalen einzubringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Löhrmann. – Für die FDP spricht die Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, bevor ich gleich auf ein paar kritische Punkte eingehe, will ich zwei oder drei Anmerkungen machen, bei denen wir vielleicht Einvernehmen in diesem Hause herstellen können.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken beim Gutachterdienst des Landtags, der uns bei den Haushaltsberatungen als Parlament insgesamt sehr unterstützt hat, beim Stenographischen Dienst, der uns auch wenn das gelegentlich sehr kurzfristig war, die Beratungsunterlagen zur Verfügung gestellt hat, und beim Ausschussekretariat, insbesondere bei Frau Winands. Denn das, was in diesem Haushaltsberatungsverfahren auch an Zuarbeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung geleistet wurde, ist für uns als Parlamentarier hier in diesem Parlament eine große Hilfe gewesen und verdient auch unseren Dank und unsere Anerkennung.

(Allgemeiner Beifall)

In gleicher Weise möchte ich mich bedanken bei den Bürgerinnen und Bürgern und bei den Verbänden für die konstruktive und kritische Begleitung des Haushaltsberatungsverfahrens. Ich bedanke mich für die vielen Anregungen und vor allen Dingen für das Interesse, das sie bekundet haben, an den Beratungen teilzuhaben, die wir in diesem Parlament für den Landeshaushalt 2006 vornehmen.

Meine Damen und Herren, viele Punkte im Haushalt 2006 sind in den vergangenen Wochen bei uns mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit den Verbänden diskutiert worden. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen – die Koalitionsfraktionen in der Tat etwas ausgeprägter als die Oppositionsfraktionen –, dass wir mit einer Schuldenbelastung von 112 Milliarden € in die Arbeit dieser neuen Legislatur gestartet sind.

Mit dem Haushalt des Jahres 2006 legen wir in der Tat unseren ersten eigenen Haushalt vor, den FDP und CDU verantworten. Ich finde es einerseits schlimm, dass wir es gerade dem ehemaligen Ministerpräsidenten und früheren Finanzminister des Landes, dem heutigen Bundesfinanzminister, verdanken, dass wir überhaupt einen solchen Schuldenballast haben – nicht nur ihm allein; der eine oder andere aus dem Hause war ja auch daran beteiligt.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

So schlimm es auch ist, dass er uns eine solche Hypothek hinterlassen hat, so sehr er auch irrt, was Mehrwertsteuererhöhung und diverse andere Steuererhöhungen angeht, so möchte ich doch in einem Punkt auf das eingehen, was die Kollegin

Kraft in ihrem ersten Redebeitrag heute Morgen gesagt hat.

Die Interviews, Reden und Lippenbekenntnisse von Peer Steinbrück waren oft auch richtig und zielführend. Leider folgten die Taten dem Gesagten nicht entsprechend. Peer Steinbrück hat in einem kürzlichen Interview gesagt: Wir müssen den Bürgern erklären, dass ein bloßes Weitermachen gegen ihre Interessen verstößt.

Das bloße Weitermachen hieße: Wir verteilen einfach weiter, wir unterhalten uns nur darüber, wie wir Gelder verteilen und nicht darüber, wie wir diese Gelder erwirtschaften. Wir unterhalten uns darüber, wie wir fiktive Einnahmen möglichst günstig und möglichst hoch ansetzen. In der Vergangenheit geschah dies durch fiktiv hoch gesetzte zu erwartende Steuereinnahmen, die dann regelmäßig im Laufe der Haushalte in Richtung Realität korrigiert werden mussten und regelmäßig zu hoch angesetzte Privatisierungserlöse, die sich leider niemals realisieren ließen.

Ich muss an dieser Stelle mit voller Überzeugung feststellen: Ich finde es richtig, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in diesem Parlament diese Politik des Weitermachens eben nicht fortsetzen.

(Beifall von der FDP)

Wir setzen auf Erwirtschaften vor Verteilen. Meine Damen und Herren, wir haben den Bürgerinnen und Bürgern auch vor der Wahl ganz klar gesagt: Ein „Weiter so!“ wird es nicht geben. Es wird Einschnitte und Einschränkungen geben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben nicht konkret gesagt, wo gespart wird! – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Ich halte das auch für richtig.

Der Landesjugendplan ist ein Thema, welches in der Vergangenheit sehr heftig diskutiert wurde. Wir haben alle miteinander mit den Verbänden diskutiert. Wie viele von Ihnen wahrscheinlich auch, habe ich Gespräche mit den Jugendlichen und mit den in der Jugendarbeit Tätigen geführt.

Frau Kollegin Kraft hat eben mit der Aussage begonnen, dass das Vertrauen der Jugend in die Politik enttäuscht worden sei. Ich habe mit den Jugendlichen darüber diskutiert. Wir kamen relativ schnell überein, dass wir bei 16 Millionen € an Zinszahlungen pro Tag zwingend eine Reduzierung der Schuldenlast des Landes Nordrhein-Westfalen brauchen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber das machen Sie ja gar nicht! Wenn Sie das machen würden, könnten Sie auch sparen!)

um wieder Handlungsspielräume zu bekommen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie legen Schulden drauf! – Weitere Zurufe)

Wir müssen die Nettokreditaufnahme senken. Das ist das, was wir im Moment objektiv tun können. Es ist vorhin schon mehrfach darauf hingewiesen worden: Ihre Änderungsanträge führen an keiner Stelle dazu, dass wir zu einer nennenswerten Absenkung der Nettokreditaufnahme geschweige denn zu einer Senkung der Schuldenlast von 112 Milliarden € kommen.

(Hannelore Kraft [SPD]: 260 Millionen, Frau Kollegin!)

– Frau Kollegin Kraft, Sie haben in den letzten 39 Jahren – ich glaube, Sie persönlich nur in den letzten fünf Jahren – Verantwortung dafür getragen, dass die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen von Jahr zu Jahr angestiegen sind und heute dazu führen, dass es objektiv nicht möglich ist,

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja, und Sie legen noch etwas drauf, Frau Kollegin!)

einen Haushalt vorzulegen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie legen Schulden drauf! Kommen Sie vom hohen Ross!)

bei dem die Einnahmen höher sind als die Ausgaben.

(Zurufe)

Das ist in der Tat das Ergebnis Ihrer Politik. Vorhin ist der Begriff gefallen, Schulden seien unmoralisch. Das weiß ich gar nicht. Auch im privaten Bereich nimmt man Kredite auf, um Investitionen zu tätigen. Dann ist aber bei allen Privatleuten klar, dass diese Schulden auch zurückgezahlt werden müssen. Aus meiner Sicht ist es unmoralisch, dass die in der Vergangenheit aufgenommenen Schulden eben nicht zurückgezahlt wurden, sondern Jahr für Jahr auf nachfolgende Generationen übertragen und abgewälzt worden sind. Wir haben ihnen damit einen Ballast und eine Beschränkung ihrer Gestaltungsoptionen und ihrer Freiheiten hinterlassen. Diese Last halte ich von der Höhe und von der Art und Weise her, wie sie zustande gekommen ist, und weil sie nicht getilgt wurde, für unmoralisch.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir haben mit einer anderen Politik begonnen. Objektiv ist es nicht möglich gewesen, einen Haushalt vorzulegen, bei dem wir höhere Einnahmen als Ausgaben haben. Das bleibt aber das Ziel und muss auch wieder unser aller Ziel werden. Deshalb muss das, was wir tatsächlich an objektiven Mehreinnahmen gegenüber den Ausgaben haben, zwingend in die Schuldentilgung gesteckt werden.

Wir haben über die Bedeutung der zweiten Ergänzungsvorlage diskutiert. Wir haben immer klar gesagt: Wenn es aus Privatisierungserlösen oder aus Steuermehreinnahmen aufgrund konjunktureller Verbesserung oder aufgrund anderer Effekte tatsächlich dazu kommt, dass wir faktisch mehr Geld in der Kasse haben, dass wir mehr Steuern einnehmen als wir in dem Haushaltsansatz prognostiziert haben, dann müssen diese Gelder dafür verwandt werden, dass wir die Kreditaufnahme zurückfahren, dass wir die Schulden tilgen. Für nichts anderes dürfen wir diese Mittel aus meiner Sicht aus Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen einsetzen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will ganz offen gestehen, es hat mich ziemlich betroffen gemacht, als ich die Anträge und teilweise die Äußerungen in den Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses und im Plenum von dem einen oder anderen Kollegen der Oppositionsfractionen vernommen habe. Sie interessieren sich nach wie vor nicht für die Kreditaufnahme. Die Gedanken gingen direkt los – man hat es irgendwie gemerkt –:

300 Millionen € sind an Steuermehreinnahmen zu erwarten. Es hat Ihnen unter den Fingern gejackt, wie Sie das Geld unter das Volk bringen können, anstatt zur Kenntnis zu nehmen, dass wir aufgrund der Steuermehreinnahmen in Höhe von 300 Millionen € weniger Kredite aufnehmen müssen, um uns damit an die Verfassungsmäßigkeit heranzurobben.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist die gleiche Zahl!)

Frau Kollegin Walsken, Sie haben in der Vergangenheit immer wieder Steuermehreinnahmen prognostiziert.

(Gisela Walsken [SPD]: Klasse, Treffer!)

Das war wirklich ein Wunschtraum. Wenn wir tatsächlich Steuermehreinnahmen in der Größenordnung von 300 Millionen oder vielleicht 500 Millionen € – ich weiß ja nicht, welche Zahlen Ihnen sonst noch einfallen –

(Gisela Walsken [SPD]: Gucken Sie in den Arbeitskreis Steuerschätzung!)

haben, dann freue ich mich darüber, dass wir in dieser Größenordnung nicht mehr Kredite aufnehmen und entsprechend dieser Beträge nachfolgende Generationen nicht belasten müssen.

Frau Kollegin Kraft, Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass wir das soziale Netz nicht reißen lassen dürfen. Hierin stimme ich Ihnen zu. Eine Fortsetzung der Politik, die Sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten betrieben haben, würde dazu führen, dass unser Staat, dass das Land Nordrhein-Westfalen in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage ist, denjenigen zu helfen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Ich sage Ihnen klipp und klar: In einer solchen Gesellschaft möchte ich nicht leben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass dieser Staat, dass das Land Nordrhein-Westfalen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger leistungsfähig bleibt. Damit meine ich Sicherheit in jeder Hinsicht und insbesondere dahin gehend, dass wir die Menschen, die sich alleine nicht helfen können, auch weiterhin an unserer gesellschaftlichen Solidarität teilhaben lassen können.

Dazu gehört es zwingend, dass wir den Staat auf seine Kernaufgaben begrenzen und hinterfragen, ob alles das, was Sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten an staatlicher Betüddelung, an umfassender Umpamperung eingeführt haben, zwingend erforderlich ist. Meine Antwort darauf kennen Sie: Nein!

Die Bürgerinnen und Bürger sind sehr wohl in der Lage, ihre Interessen und Gestaltungsspielräume wahrzunehmen, eigenverantwortlich ihr Leben zu gestalten und ihre Chancen zu nutzen. Dafür werden wir auch Sorge tragen. Mit diesem Haushalt gehen wir einen ersten Schritt in Richtung Konsolidierung, auch im Interesse nachfolgender Generationen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kollegin Freimuth. – Als nächster spricht Herr Finanzminister Dr. Linssen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte eine mindestens halbstündige Rede vorbereitet, aber das möchte ich Ihnen in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit – es ist jetzt 14.33 Uhr – ersparen. Wir haben ja auch noch das GFG zu beraten.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sowohl in Ihren Anträgen als auch in Ihren Vorträgen dargelegt, wir stürzten das Land „in eine neue Rekordverschuldung“, es sei „die höchste Verschuldung aller Zeiten“, „der Schuldenstand erreiche einen neuen Rekord“. Ja, leider müssen wir jedes Jahr neue Schulden machen. Das liegt aber daran, dass Sie ein strukturelles Defizit von 6,7 Milliarden € hinterlassen haben. Wir bemühen uns mit allen Kräften, dieses Defizit jährlich herunterzufahren. Sie kennen unsere mittelfristige Finanzplanung. Wir wollen in einem ersten Schritt auf 3,5 Milliarden € herunter, was die Regelgrenze der Verfassung ist. Ich glaube, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Wir kommen von 7,4 Milliarden € – Sie kennen den Sollansatz im zweiten Nachtrag des Jahres 2005 – und sind gelandet bei 6,7 Milliarden €. Nun haben wir Ihnen den Entwurf mit einer Nettoneuverschuldung von 5,89 Milliarden € vorgelegt. Dadurch, dass wir die 300 Millionen € erwartete Steuermehreinnahmen für die Konsolidierung gebrauchen, können wir wohl bei 5,6 Milliarden € landen. Ich sage Ihnen zu, dass wir diese Schritte weitergehen werden, damit wir möglichst schnell die Verfassungsgrenze erreichen

(Beifall von CDU und FDP)

und dadurch – ich vermute, das bereitet Ihnen schon jetzt ein gewisses Unwohlsein – wieder Spielräume bekommen, um rechtzeitig in bestimmten Etatpositionen, über die wir heute gesprochen haben, mehr tun zu können. Aber bis dahin ist es ein schwieriger Weg, und diesen Weg wollen Sie uns natürlich vermessen. Ich kann das nachfühlen; ich hätte es genauso versucht. Aber man darf nicht wanken, sondern man muss den Kurs, den man eingeschlagen hat, durchhalten. Darauf können Sie sich bei mir und dieser Regierung verlassen.

Ich möchte nun zu einigen Zahlen Stellung nehmen, da diese in der heutigen Debatte eine Rolle gespielt haben. Ich erspare es mir, über Ihre Deckungsvorschläge zu philosophieren. Sie haben ja den Anspruch erhoben, noch weiter zu konsolidieren. Das heißt, Sie geben mehr aus und gleichzeitig konsolidieren Sie stärker. Das hängt natürlich damit zusammen, dass die SPD gesagt hat, mit den Steuermehreinnahmen in Höhe von 350 Millionen € konsolidieren wir nur ein kleines bisschen und

(Zurufe von Hannelore Kraft [SPD])

ansonsten geben wir das aus. Sie sagen, dass das Verfassungsgericht das entsprechend beurteilen wird. Wie Sie diesen Haushalt konsolidieren

wollen, indem Sie permanent mehr ausgeben wollen, das bleibt Ihr Geheimnis. Diese Logik können Sie auch dem Parlament heute nicht erklären.

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Wenn Sie 300 Millionen € unter den Tisch fallen lassen, dann können Sie das auch nicht verstehen!)

Dann holen Sie noch 150 Millionen € vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes. Liebe Kolleginnen von der SPD, ich sage es Ihnen zum fünften Mal: Diesen Betrieb haben Sie in Ihrer Zeit um ein Kapital in Höhe von 1,4 Milliarden € gebracht. Das wissen Sie ganz genau. Der Betrieb schreibt auch in den nächsten Jahren rote Zahlen, und trotzdem wollen Sie ihm noch weiteres Kapital in Höhe von 150 Millionen € wegnehmen. Das ist unverantwortlich. So etwas machen wir nicht mit.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Grünen erklären, wir stellen 300 Betriebsprüfer ein, wodurch man 110 Millionen € mehr in der Kasse hat. Dazu wissen Sie aus vielen Erläuterungen, dass das so nicht zutrifft. Der Durchschnittsbetrag, den Sie pro Prüfer rechnen, stimmt nicht. Wir gäben mehr Gelder für Personal aus, als wir hereinholen würden. Das kann ich Ihnen gerne einmal privatissime et gratis erklären.

Dann sagen Sie noch, 226 Millionen € seien bei der Kohle zu holen. Sie von den Grünen sind diejenigen, die mit den Sozialdemokraten Verträge abgeschlossen haben, und Sie wissen ganz genau, dass wir in diesem Jahr auf keinen Fall an das Geld herankommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das stimmt nicht!)

Das heißt, frühestens zum nächsten Jahr, wenn nicht die Sprechklausel in unbekanntem Maße von der Ruhrkohle in Anspruch genommen wird, werden wir vielleicht nennenswerte Beträge in den Haushalt einstellen können. Für 2006 ist das ein ungeeigneter Deckungsvorschlag. Deshalb ist alles, was Sie daraus abgeleitet haben, eben Makulatur.

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte Ihnen gerne etwas zu Ihren Zahlen sagen. Dahinter verbirgt sich aus meiner Sicht eine Manipulation, wie sie schlimmer überhaupt nicht stattfinden kann. Frau Walsken, das geht vor allen Dingen an Sie.

Sie haben in Ihren Vorschlägen auf Ihrer Pressekonferenz Zahlen genannt, die einfach nicht stimmen; Frau Kraft hat sich dem heute ange-

schlossen. Sie hat zum Beispiel erklärt, 17.000 € würden die Kindergärten verlieren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Jeder Kindergarten! – Gisela Walsken [SPD]: Jeder einzelne!)

– Nein, das ist alles schlichtweg gelogen.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Vorsichtig!)

Sie kennen die Rechnungen. Wir haben allen Abgeordneten – Sie werden es inzwischen auch vorliegen haben – schriftlich und mit Haushaltsstellen versehen mitgeteilt, was in diesem Bereich geleistet wird, nachdem die Fraktionen die 40 Millionen € draufgelegt haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Was denn?)

Wenn Sie die Bugwelle von 55 Millionen € im vorigen Jahr mit berücksichtigen, die wir leider bezahlen mussten,

(Gisela Walsken [SPD]: Gott sei Dank!)

weil Sie seit fünf Jahren das ganze System verkorkst hatten, dann geben wir in absoluten Beträgen praktisch das Gleiche aus und pro Kopf – das hat der Ministerpräsident auch vorgetragen – eben mehr, als Sie ausgegeben haben. Das ist die tatsächliche Wahrheit.

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben keine Pro-Kopf-Erhöhung! – Gisela Walsken [SPD]: Warum beschwert sich denn die KPV bei Ihnen?)

– Dazu sage ich Ihnen gleich auch noch etwas. Sie sprechen über Kürzungen im Landesjugendplan. Sie wissen, dass es keine Kürzungen sind. Wir haben gemeinsam etwas anderes beschlossen. Wir haben gesagt, 0,2 % des Haushaltes sollen dafür ausgegeben werden. Das können wir nicht einhalten – dazu stehen wir auch –, aber wir kürzen nicht, sondern geben das Gleiche aus wie Sie im vorigen Jahr.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Sie kürzen!)

– Ich nehme doch gerne Ihren Beitrag von wegen KPV auf, Frau Walsken. Sie werden immer wieder Zitate finden. Mit dem Schnipseldienst habe ich früher doch auch gearbeitet. Da habe ich genauso Leute aus Ihren Reihen zitiert. Natürlich werden Sie, wenn Sie einen Haushalt konsolidieren müssen, weil Rot-Grün ihn so vor die Wand gefahren hat, das nicht erreichen, indem Sie bei Ausgabenpositionen mehr ausgeben, sondern indem Sie weniger ausgeben.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Aber Sie geben mehr aus! – Hannelore Kraft [SPD]: Sie geben mehr aus!)

Davon sind die Leute betroffen. Das ist das Selbstverständliche.

Und wenn ich als kommunaler Vertreter da säße, würde ich auch sagen: Liebe Landesregierung, fummele nicht bei mir am Gürtel, sondern bitte bei den anderen! Das ist doch so verständlich wie nur etwas. – Also, diese Stimmen werden Sie immer finden. Dass die Kommunen nicht davon begeistert sind, wenn ich ihnen sage, dass sie den Elternbeitragsdefizitausgleich nicht mehr bekommen, ist das doch selbstverständlich.

(Gisela Walsken [SPD]: Weil Sie kürzen! Das ist das Gegenteil!)

Ich muss mit sozialer Sensibilität an solche Kürzungen herangehen. Das hat diese Regierung getan, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Ich habe mich eigentlich nur zu Wort gemeldet, weil ich Frau Kraft etwas zu ihren Schulkürzungstiraden vorführen wollte.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt kommt der Fachmann!)

Zum Mitschreiben, Frau Kollegin: 316,9 Millionen € mehr für den Schulbereich stehen im Einzelplan 05.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die Zahl habe ich genannt!)

Die Versorgungsausgaben, die Sie abziehen müssen, betragen 95,7 Millionen €. Dann nehmen wir auch die Beihilfen herunter. Das sind 5,5 Millionen €. Es bleiben 208,6 Millionen € übrig. Ich will sie Ihnen auch erklären.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo sind denn die strukturellen Verbesserungen?)

Personalkosten im Schulbereich ohne Versorgung und Ganztags: 92,1 Millionen € mehr. Personalkosten für Lehramtswärter, Referendare: 11,8 Millionen € mehr. Offene Ganztagschule, sonstige Ganztagsangebote: 46,4 Millionen € mehr.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie drehen die Zahlen, wie Sie sie haben wollen!)

– Sie hören es nicht gerne, Sie müssen es aber ertragen.

Neue Ganztags- und Förderschulen: 23,6 Millionen € mehr. Ersatzschulfinanzierung: 34,7 Millionen € mehr.

nen € mehr. Alles mehr – das können Sie im Haushaltsplan nach Etatstellen nachlesen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die Versorgung, die Sie gemeint haben, ist abgezogen. Wie kommen Sie bei diesen Zahlen zu der Behauptung in Ihrem Vorschlag heute zur dritten Lesung, 80 % des Mehr ergäben sich aus systembedingten Personalkostensteigerungen? Das ist erstunken und erlogen. Ich muss Ihnen das mit aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Ist es nicht! Das sind die strukturellen Steigerungen bei den Personalausgaben!)

Ich stelle mit Genugtuung fest, dass die Partei Bündnis 90/Die Grünen – da schließe ich mich gerne dem an, was der Ministerpräsident vorgebracht hat – offensichtlich auf dem Wege ist, eine Position zu formulieren, wie sie mit der schwierigen Haushaltslage fertig wird. Ich bitte Sie nur um eines, Frau Löhrmann. Sie sollten nicht den Eindruck erwecken, Sie wollten stärker konsolidieren, aber mehr Geld ausgeben als wir und das auch noch durch Einnahmepositionen wie bei der Kohle erklären, die einer Prüfung einfach nicht standhalten.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das geht einfach nicht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herr Priggen sagt uns etwas anderes!)

Das wissen Sie ganz genau. Sie müssen als Fraktionsvorsitzende eine Gesamtschau der Dinge vornehmen und können sich nicht immer einzelne Positionen herauspicken.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Tue ich! Sie verwechseln mich gerade mit jemandem!)

Ich stelle fest, dass die Realitätsverweigerung bei der SPD komplett ist, bei Bündnis 90/Die Grünen etwas weniger. Ich sage Ihnen: Wir machen nicht nur einen ordentlichen Konsolidierungskurs, der Ihnen noch wehtun wird, weil er politisch zugunsten der Regierung ausschlagen wird, sondern wir investieren auch in die Zukunft.

Und ich sage Ihnen: Wir schaffen die Sanierung. Da Sie das merken, haben Sie sich heute so aufgeplustert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Linssen, danke für die freundliche Kopfnote. Wir arbeiten natürlich weiter daran, dass die Noten durch Sie vielleicht auch noch ein bisschen besser werden. Ich glaube aber auch, dass wir jetzt schon bessere verdient hätten – denn wir haben tatsächlich ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt, das diesen Namen verdient –

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

und dass wir vor allem die politischen Gegebenheiten, wie sie sich in der Realität darstellen, hier tatsächlich berücksichtigt haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Scherzkeks!)

Um noch etwas zu dem zu sagen, was Herr Rüttgers vorhin ausgeführt hat: Es ist aus meiner Sicht nicht nur ein verlorenes, sondern vor allem ein verlogenes Jahr. Die neueste Lehrerlüge, die der Ministerpräsident eben kundgetan hat,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass hier zusätzlich 3.500 neue Lehrer eingestellt werden, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Herr Linssen, das geben auch Ihre nackten Haushaltszahlen nicht wieder. Von 3.500 Lehrern werden maximal 500 zusätzlich eingestellt. Von dem, worüber der Ministerpräsident geredet hat, kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur Haushaltskonsolidierung! Herr Linssen, Sie können doch nicht die ganze Zeit von Haushaltskonsolidierung sprechen, wenn Ihr Entwurf fast 6 Milliarden € Nettoneuverschuldung enthält. Jetzt haben Sie das ein bisschen korrigiert, weil Sie denken, dass die Steuermehreinnahmen von 300 Millionen € aus Kaufmannssicht – wie Sie das immer ausdrücken – realistisch sind. Ich hoffe, dass die Steuermehreinnahmen noch ein bisschen höher sind; das wissen Sie.

Fakt ist doch, Sie haben in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2009 selber 132,6 Milliarden € Gesamtverschuldung konstatiert. Am Wahltag waren es ungefähr 107 bis 108 Milliarden €. Ich prognostiziere, am nächsten Wahltag im Jahr 2010 werden Sie wahrscheinlich, weil Sie die Zinsausgaben mit einem Festzins von 4 % viel zu niedrig angesetzt haben, bei 140 Milliarden € liegen. Dann hätten Sie in fünf Jahren 25 % der Gesamtverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen zu verantworten. Das als Haushalts-

konsolidierung zu betrachten, finde ich mehr als dreist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist auch nicht so, als hätten Sie einen Sparhaushalt aufgestellt. Sie haben an vielen Stellen im Haushalt draufgepackt. Einiges ist uns direkt klar geworden: 11 Millionen € mehr beim Flughafen Münster/Osnabrück. Ich habe Ihnen gesagt, das ist eine Investitionsruine, ein Investitionsloch, in das Sie subventionieren. Sie packen bei den Landwirtschaftskammern drauf. Die FDP als selbsternannter Hauptabbauer von Bürokratie unterstützt, dass bei den Landwirtschaftskammern Bürokratie massiv gefördert wird. Die Landwirtschaftskammern erhalten 17 Millionen € mehr, damit sie ihren Bürokratismus im Rheinland und bei uns in Münster in Westfalen weiter aufbauen können.

(Widerspruch von CDU und FDP)

Dies ist die Realität. Wenn wir Ihnen sagen „Rinder statt Kinder“, geschieht nämlich genau das. Denn Sie nehmen das Geld nicht für die Jugendförderung. Die 17 Millionen € geben Sie nicht den Jugendlichen im Land, die es tatsächlich brauchen würden,

(Beifall von den GRÜNEN)

sondern Sie schieben es in die Landwirtschaftskammern. Das ist pure Klientelpolitik. Und genau das machen Sie.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist auch Realitätsverdrängung, wenn Sie hier sagen, die Leute im Lande hätten gemerkt, wie toll das alles ist. Der Protest von 4.500 Studierenden – ich glaube, es waren sogar noch ein paar mehr –, die gestern vor dem Landtag demonstriert haben, ist berechtigt und zeigt: Die Leute merken, dass es an ihre Geldbeutel geht.

Da hilft auch das Hochschulfreiheitsgesetz nicht. Vor zwei Wochen war ich in Münster auf einer Veranstaltung, an der über 1.000 Beschäftigte der Universität Münster teilgenommen haben. Frau Kastner, Ihr Kollege Dr. Sternberg war da und ist von den Angestellten der Universität ausgebuht und ausgepöfift worden. So sieht die Realität aus, die Sie in diesem Land geschaffen haben. Sie treiben die Leute auf die Palme, gefährden ihre Arbeitsplätze und verunsichern sie. So sieht es aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und bei all den Privatisierungstendenzen muss man sich fragen, ob sich die CDU weiter am Gän-

gelband der FDP durch die Arena führen lässt. Denn die Neoliberalen wollen auf Teufel komm raus privatisieren. Diese Politik soll jetzt bei der LEG losgehen, und das soll sich auch in vielen anderen Landesbeteiligungen und -unternehmen fortsetzen.

(Ralf Witzel [FDP]: Höchste Zeit!)

Mit dieser Politik wollen Sie dafür sorgen, dass die Mieterinnen und Mieter der LEG-Wohnungen demnächst höhere Mieten zahlen müssen. Das ist die Politik, die Sie betreiben.

Hinzu kommt, dass Sie die Leute im Lande – es sind doch nicht nur die Studierenden, die zum Beispiel durch die Kürzung bei den Studentenwerken höhere Sozialleistungen bezahlen müssen – durch das zusätzlich belasten, was an weiteren Dingen in Berlin beschlossen wird. Auch die Mehrwertsteuererhöhung von 3 % wird zu einer deutlich stärkeren Belastung der Menschen führen. Auch bei der Gesundheitsvorsorge steht einiges an, was zu weiteren Belastungen führen wird. Die Menschen werden also nicht entlastet, damit sich die Situation verbessert, sondern sie werden im Gegenteil mehr belastet. So sieht es in der Realität aus.

Wenn ich mir ansehe, wie die Haushaltsverhandlungen abgelaufen sind, kann bei Ihnen doch von Haushaltswahrheit und -klarheit keine Rede sein. 300 Millionen € Mehreinnahmen werden vom Finanzminister konstatiert. Aber Zinsentlastungen – so der Finanzminister vorgestern im Haushalts- und Finanzausschuss – in Höhe von 12 Millionen € seien vernachlässigbar. Diese 12 Millionen € sind im Haushalt überhaupt nicht ausgewiesen. Das ist eine schwarze Kasse, die sich der Finanzminister anlegt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aus solchen schwarzen Kassen, die er sich schon angelegt hat, hat er doch auch Ihre Deckungsvorschläge finanziert. Das betrifft die 48 Millionen €, die sie umgeschichtet haben: 25 Millionen € durch Länderfinanzausgleich und 15 Millionen € durch höhere Mieten und Pachten beim BLB. Das waren die schwarzen Kassen, die Sie herangezogen haben, um Ihre Deckungsvorschläge zu finanzieren. Bei dieser Haushaltspolitik kann von Haushaltswahrheit und -klarheit keine Rede sein.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämt!)

Das trifft insbesondere dann zu, wenn man sich ansieht, wie es mit der Entwicklung Nordrhein-Westfalens weitergeht. Wir haben nach wie vor über 1 Million Arbeitslose. Von wirtschaftlicher Erneuerung des Landes ist nichts festzustellen. Der Arbeitsminister war bei der heutigen Debatte bis

auf ein paar Sekunden überhaupt nicht anwesend. Die Wirtschaftsministerin kam irgendwann nach dem Mittagessen hereingetrottet.

(Ministerin Christa Thoben: Unverschämt!)

– So ist es doch! Sie waren die ersten drei Stunden der Debatte gar nicht da. Sie haben es nicht für notwendig gehalten, obwohl Wirtschaft und Arbeit die Themen sind, um die es in Nordrhein-Westfalen geht. Wir haben über 1 Million Arbeitslose, und Sie sind bei dem größten Teil der Debatte nicht einmal dabei. Ihr Verhalten ist doch unsäglich. So geht das nicht.

Es sind keine Konzepte zu erkennen, wie die wirtschaftliche Erneuerung von Nordrhein-Westfalen vorangebracht werden soll. Sie haben im Gegenteil viele Bereiche platt gemacht. Die Windenergie oder andere regenerativen Energien wie die Solarenergie sind dabei nur ein Thema; es trifft aber auch die Altbausanierung. Wir haben hier ein Investitionsprogramm von 25 Millionen € vorgeschlagen. Auch da ist bei Ihnen nichts zu erkennen. Nur die Steinkohlesubventionen stehen mit 572 Millionen € auch in diesem Haushalt. Das ist Ihre Politik der Erneuerung. Das ist eine Politik der 50er-Jahre, die sich nicht nur in der Schulpolitik, sondern auch in der Wirtschaftspolitik wieder findet. Landwirtschaftskammern und Steinkohle sind die beiden Positionen mit großen Subventionen. Dafür geben Sie weiterhin Hunderte von Millionen Euro aus. Wenn das die neue Politik von Nordrhein-Westfalen ist, dann kann ich nur sagen: „Gute Nacht!“.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Vielen Dank, Herr Sagel. – Ich gebe jetzt Herrn Engel von der FDP-Fraktion das Wort.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Sagel, wenn man Sie sprechen hört, meint man, dass Sie noch nicht verstanden haben, dass von jedem ausgegebenen Euro 50 Cent durch staatliche Kassen gehen. Mein Fazit ist: Wenn es nach Ihnen ginge, hätten Sie es gern, dass 100 % durch staatliche Kassen gehen.

(Beifall von der FDP)

Frau Kraft und Frau Löhrmann – meine Kritik geht aber in erster Linie an die SPD-Fraktion –, die SPD hat nach 39 Jahren Regierungsverantwortung 687 Behörden hinterlassen, die die Menschen draußen piesacken, die die Zeiträume, bis

es zu Investitionen kommt, verlängern oder Investitionen beinahe unmöglich machen.

(Beifall von der FDP)

Es ist uns völlig klar, dass es Ihnen nicht gefällt, wenn wir den Kurs um 180 Grad drehen und mit dem Bürokratieabbau wirklich Ernst machen. Wir wollen weg von diesen 687 Behörden mit summa summarum 413.000 Beschäftigten. Es gehört zwar nicht alles, was ich sage, zum Gemeindefinanzierungsgesetz, zu dem ich sprechen soll, aber ich erlaube mir, weil Sie auch die Verwaltungsstrukturreform und die Polizeireform kritisiert haben, dazu kurz Stellung zu nehmen.

Wenn wir in einem ersten Schritt 46 Sonderbehörden, die Einzelzuständigkeiten hatten, unter die fünf Dächer der Bezirksregierungen zusammenfassen, dann haben wir es im Lande nur noch mit fünf Ansprechpartnern und nicht mit zwei oder drei Dutzend zu tun, die auch wieder dazu geführt haben, dass es unglaublich lange dauert, bis Genehmigungen vorliegen.

(Beifall von der FDP)

Es schreckt ab, wenn man sich diese Verwaltungslandschaft in Nordrhein-Westfalen anschaut. Das schreckt Leute von Investitionen und vor allem das ausländische Kapital ab.

Man spürt im Land – der Ministerpräsident hat das heute Morgen nicht zu Unrecht erwähnt –, dass bereits eine andere Stimmung da ist.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf Gisela Walsken [SPD]: Wo denn?)

– Ich kann verstehen, dass Ihnen das nicht passt, aber harte Fakten stehen immer wie eine Eins.

Sie wissen, dass sich Ende März von den 396 Gemeinden 201 in einer vorläufigen Haushaltswirtschaft befunden haben. Viele sind ohne jede Chance, auf Sicht überhaupt noch einmal eine schwarze Zahl zu schreiben. Wir wissen aber, dass es tatsächlich die ersten Kommunen geschafft haben, aus der vorläufigen Haushaltswirtschaft herauszukommen. Also, da bewegt sich was, und zwar nicht zum Schlechten, sondern zum Besseren.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute über das Gemeindefinanzierungsgesetz zum dritten Mal zu reden. Ich möchte kurz auf die wichtigsten Punkte noch einmal eingehen.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 ist der allererste Schritt nach vorn, um die finanziellen

Wunden der Kommunen zu heilen und ihnen wieder die notwendige Freiheit zurückzugeben. Durch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 kommen wir unserer Verpflichtung nach Artikel 79 der Landesverfassung nach, den Kommunen im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewähren. Es gibt dazu keine Alternative. Das haben alle Redner der Regierungskoalition und der Regierung dargestellt. Es ist bei 112 Milliarden Schulden einfach kein Raum für zusätzliche Wohltaten vorhanden.

Der Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir 13 Millionen € pro Tag an Zinsen zahlen. In einem Monat verfrühstücken die Zinsen so viel, wie wir jetzt nach der Steuerschätzung – konservativ geschätzt – mit 300 Millionen € möglicherweise an Mehreinnahmen zu verzeichnen haben. Es sind also für Zinsen in einem Monat mehr als 300 Millionen € weg. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen – das richtet sich aber vor allem an die Abgeordneten der SPD-Fraktion –, haben diesen riesigen Schuldenberg zu verantworten und die Tatsache, dass jedes Neugeborene 9.100 € Schulden hat, wenn es auf die Welt kommt. Das ist die NRW-Realität.

(Beifall von der FDP)

Es kann doch nicht sein, dass Sie dann sagen: Wir machen so weiter. Das ist das Verschieben der Lasten auf die späteren Generationen. Die Menschen der künftigen Generationen haben keine Chance, sich später ein Häuschen zu bauen, weil die Zinsen so hoch sein werden, dass sie es nicht mehr schaffen können, in einem normalen Arbeitsleben ein Haus zu bezahlen.

Deshalb ist es richtig, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen diese zusätzlichen 300 Millionen € nicht sofort zur Disposition stellen, um diese oder jene Wohltat zu verteilen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, begreifen Sie es doch: Es ist ein Wert an sich, den Haushalt auszugleichen. Wir sind gestartet, um noch in dieser Legislaturperiode einen verfassungskonformen Haushalt vorzustellen. Das heißt, diese 300 Millionen € Mehreinnahmen – wenn sich die Wirtschaft weiter so stabilisiert, kommen weitere Millionen hinzu – werden wir nehmen, um die Nettoneuverschuldung zu reduzieren.

(Beifall von der FDP)

Möglicherweise schaffen wir es dann auch früher, nämlich schon vor dem Ende der Legislaturperiode,

einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen zu können. Das sollten Sie nicht beklagen, sondern eher begrüßen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gemeindefinanzierungsgesetz, wie wir es vorgelegt haben und wie wir es in der dritten Lesung beraten, ist eines, dass wir auf völlig neue Füße gestellt haben, getreu nach den von uns verabredeten Leitlinien. Ich trage Ihnen diese sieben Punkte noch einmal vor, weil auch viele Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne diese Leitlinien noch einmal hören sollten.

Erstens: Ableitung des Steuerverbundbetrages auf Basis des Ist-Steueraufkommens für den Referenzzeitraum 1. Oktober 2004 bis 30. September 2005. Das bedeutet zeitnahe Planungssicherheit im Haushaltsjahr.

Zweitens: Beibehaltung des Verbundbetrags mit 23 %. Das bedeutet Gerechtigkeit. Ich sage an dieser Stelle ergänzend: Diese 23 % sind eine wichtige Nachricht. Schaffen wir es, da auf Sicht noch ein Schüppchen draufzulegen? – Ich werde mich dafür einsetzen und kann Sie nur einladen, das genauso zu tun.

Drittens: Abbau der Befrachtung um fast 50 % auf 166 Millionen €. Das bedeutet mehr Transparenz.

Viertens: Abschaffung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz durch Verlagerung in den Landeshaushalt. Das bedeutet Stärkung der Eigenständigkeit.

Fünftens: Systemumstellung bei den Solidarbeitragsverteilungen. Das bedeutet weniger Bürokratie.

Sechstens: Schwerpunktlegung der verteilbaren Verbundmasse mit über 85 % auf die Schlüsselzuweisungen. Diese konsumtiven Gelder fließen damit direkt in die klammen Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Das bedeutet Stärkung kommunaler Selbstverwaltung.

Last but not least: Erhöhung der Sonderpauschalen auf 510 Millionen €. Bei der Schulpauschale werden erstmals 70 Millionen € als konsumtive Zuweisung ausgewiesen. Damit wird der Kritik des Landesrechnungshofes vollständig entsprochen. Das bedeutet Ehrlichkeit in der Mittelzuweisung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir die desaströse kommunale Finanzsituation nur durch eine durchgreifende Finanzreform dauerhaft in den Griff bekommen werden. Die unkalkulierbare Gewerbesteuer muss durch eine planbare Steuer ersetzt werden, und

die Grundsteuer muss reformiert werden. Das muss auch in Zeiten besserer Einnahmen aus der Gewerbesteuer gelten.

Es ist nun dringend geboten, die Weichen heraus aus der finanzpolitischen Sackgasse zu stellen. Wir tun das mit diesem Gesetz. Allerdings werden uns Ihre Altlasten noch lange erheblich drücken.

Damit spreche ich die Kreditierung der Vorjahre in Höhe von 674 Millionen € an, die das Land den Kommunen in den Vorjahren gestundet hat. Die Rückzahlung dieser zinslosen Kredite ist dafür verantwortlich, dass die verteilbare Verbundmasse um 8,8 % geringer ausgefallen ist. Das ist schmerzhaft, aber unabweisbar; ansonsten würden wir den Weg in den Verschuldungsstaat unbeirrt fortsetzen.

Eine weitere Stundung, wie Sie von den Oppositionsfractionen sie gefordert haben, verbietet sich. Eine Stundung kommt einem zinslosen Darlehen des Landes an die Kommunen gleich. Dafür müsste das Land aber selbst ein verzinsliches Darlehen aufnehmen, was nicht unseren Vorstellungen von einem transparenten und klar strukturierten Haushalt entspricht. Das Land Nordrhein-Westfalen ist keine Bank, zumal sie daran noch Verlust machen würde. Zudem würde das Problem schlicht in die Zukunft verlagert.

In diesem Jahr stehen nur 5,8 Milliarden € für die alle Kommunen zur Verfügung. Deshalb sinkt auch die Investitionspauschale um 20 %. Auch das ist hart, aber ebenfalls notwendig.

Wir wollen die öffentlichen Haushalte konsolidieren und das Verschieben auf spätere Generationen beenden. Ziel ist es, die kommunale Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und so die kommunale Selbstverwaltung wieder zu stärken. Ich freue mich, dass es gelungen ist, mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz den Kommunen den Silberstreif am Horizont präsentieren zu können, auf den in den Kommunen schon lange gewartet wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU – Heiterkeit von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Engel. – Für die SPD spricht noch einmal Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Eine Anmerkung: Herr Minister Linssen hat mir vorgeworfen, ich hätte Dinge erstunken und erlogen. Ich habe die gleichen Zahlen genannt wie Sie, Herr Finanzminister – ich weiß

nicht, wo er bei der Verabschiedung des Haushaltes ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Er ist weg!)

Ich sage nur: Dieses Geld wird für andere Zwecke ausgegeben. Sie erwecken den Eindruck, es sei mehr Personal da. Aber dieses Geld wird für strukturelle Personalkostensteigerungen ausgegeben: Steigerungen alle zwei Jahre, Familienstandsveränderungen und Ähnliches. Es kommt nicht bei den Kindern in diesem Land an. Dabei bleibe ich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, Herr Becker von Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Herr Finanzminister hat es nicht so mit der Wortwahl!)

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich insbesondere noch einmal gemeldet, um auf Herrn Engel einzugehen, der ja offensichtlich diesen Haushalt für einen Haushalt hält, der Gutes für die Kommunen tut.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

An dieser Stelle ist es doch wichtig, noch einmal kurz auf die Fakten hinzuweisen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die CDU in ihren Oppositionszeiten ständig verstanden hat, sich vor allem in der Fläche und im ländlichen Raum als kommunalfreundliche Partei darzustellen.

(Zurufe von CDU, SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Fakten sehen nicht nur beim GFG, auf das ich sofort zurückkomme, anders aus. Sie sehen auch anders aus bei allen Rahmenbedingungen, die die Kommunen betreffen. Sie sehen anders aus bei den Schülerbeförderungskosten, bei denen Sie besonders den ländlichen Raum treffen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sehen anders aus beim GTK, bei dem Sie alle Kommunen und alle Eltern treffen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie sehen anders aus beim Elternbeitragsdefizit ausgleichsgesetz, das unter Ihnen wegfällt.

Sie sehen anders aus bei Ihren Zusagen zum Beispiel betreffend die Städtebauförderung – wie ich finde: ein besonders eklatanter Fall –, in Be-

zug auf welche Sie erklärt haben, die Zweckzuweisungen würden 1:1 in die Fachtats übernommen. Am Schluss gehen die Kommunen hier heute mit einer Kürzung von 15 Millionen € bei der Städtebauförderung heraus, was, wie jeder weiß, faktisch heißt, dass nichts Neues mehr gefördert wird, weil der Rest über VE bereits abgefrühstückt ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich finde, zum GfG muss man auch in der Kürze der Zeit noch einige Sätze verlieren. Das GfG, bei dem Sie sich dafür loben, dass Sie eine Änderung der Systematik vorgenommen haben, führt in dieser Form dazu, dass durch die Änderung der Systematik den Kommunen bei den Steuereinnahmen, die Sie selber am Anfang bei der Einbringung des Haushaltes geschätzt haben, knapp 40 Millionen € verloren gehen.

Es führt jetzt zusätzlich bei den Steuermehreinnahmen, die Herr Linssen konservativ mit Spielraum bei 300 Millionen € veranschlagt, dazu, dass nach dem Verbundsatz den Kommunen in diesem Jahr im Gegensatz zur alten Methodik 69 Millionen € verloren gehen. Das allein macht in der Summe bereits über 100 Millionen €.

Ich kann nur deutlich sagen: Das ist vor dem Hintergrund, dass Sie sich als kommunalfreundlich rühmen und dass Sie sich für die Methodik rühmen, ein von Ihnen erwünschter Nebeneffekt. Sie wollten auf diese Art und Weise durch die Systemumstellung den Kommunen Geld wegnehmen. Am Ende des Jahres wird das bei höheren Steuermehreinnahmen sogar noch deutlich über 100 Millionen € hinausgehen.

Zusammengefasst heißt das: Wenn Sie angesichts all dieser Fakten und angesichts der Kritik der kommunalen Spitzenverbände an diesen Tatsachen und an den gesamten Rahmenbedingungen, von denen ich am Anfang gesprochen habe, ernsthaft davon reden, dass Sie ein verlässlicher Partner der Kommunen seien, dann trifft das nicht zu. Das ist bestenfalls zunehmend berechenbar, denn es ist zu vermuten, dass es im Jahr 2007 so weitergeht.

Der Wegfall des kommunalen Anteils an der Grunderwerbssteuer mit 145 Millionen € Minder-einnahmen ist schon angekündigt. Die Landesregierung lässt sich nicht ohne Grund nicht auf eine Zusage eines stabilen Verbundsatzes ein.

Von dem, was Sie früher als kommunalfreundlich bezeichnet haben, setzen Sie nichts um. Sie sind

im Gegenteil kommunalfeindlich. Das wird Ihnen auf die Füße fallen.

Herr Rüttgers, von daher bin ich sehr erstaunt, dass Sie ernsthaft glauben, dass Ihnen aus der kommunalen Szene nicht der Wind ins Gesicht wehen würde. Allerorten wird der bürokratische Aufwand kritisiert, den Sie bei Ganztagschulen, bei Familienzentren verursachen, obschon Sie den Kommunen hinterher keine Förderung „rüberschieben“. Die allgegenwärtige Kritik der Kommunen am GfG und den Rahmenbedingungen ist nicht zu überhören. Ihre Politik muss sich deutlich verändern. Ansonsten werden Sie auf der Strecke Probleme mit Ihren eigenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bekommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung zur dritten Lesung des Landeshaushaltes 2006.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu dem **Änderungsantrag Drucksache 14/1929** beantragt. Mit diesem Antrag ist der **Änderungsantrag Drucksache 14/1935** identisch. Deshalb wird darüber gemeinsam namentlich abgestimmt.

Die Abstimmung erfolgt gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung durch Namensaufruf. Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit und Ruhe im Plenarsaal, weil die Schriftführer sonst nicht hören können, wie Sie sich entscheiden. – Wir beginnen mit dem Namensaufruf, bitte schön.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage.)

Meine Damen und Herren, es waren einige, die sich ...

(Annegret Krauskopf [SPD]: Hallo!)

– Moment, ich bin ja gerade dabei. Das ist ja in Ordnung.

(Heiterkeit)

Also, eine haben wir schon: Frau Krauskopf. Frau Krauskopf stimmt mit Ja?

(Annegret Krauskopf [SPD]: Ja!)

– Ja! Danke schön. – So, das haben wir.

Dann fragen wir weiter: Gibt es noch andere Abgeordnete, die aufgerufen wurden und sich nicht haben melden können, weil sie nicht im Raum wa-

ren, jetzt aber anwesend sind und noch abstimmen möchten? – Das ist nicht der Fall. Dann schließen wir die Abstimmung und zählen aus.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, wir fahren mit der Sitzung fort. Das Abstimmungsergebnis liegt vor. Das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung lautet wie folgt: Abgegebene Stimmen 176. Mit Ja stimmten 79 Abgeordnete, mit Nein stimmten 97 Abgeordnete.

Damit sind die **Änderungsanträge Drucksachen 14/1929 und 14/1935 abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stimmen jetzt über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 14/1902, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen. Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1902** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 in dritter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir stimmen nun über das Haushaltsgesetz 2006 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1900**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung einschließlich der vom Ausschuss zur dritten Lesung beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1900** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen** und das **Haushaltsgesetz 2006 in dritter Lesung verabschiedet**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir stimmen jetzt über die Entschließungsanträge ab. Uns liegen vier Entschließungsanträge vor. Ich lasse in der mir vorgelegten Reihenfolge abstimmen:

Wer dem **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1936** seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum zweiten **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1938**. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1939**. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, SPD und FDP. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zuletzt zum **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1940**. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Zum Schluss rufe ich die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009 – Unterrichtung durch die Landesregierung – Drucksache 14/1101 auf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1901**, die Finanzplanung zur Kenntnis zu nehmen. – Die Beschlussempfehlung ist **angenommen**, und ich stelle hiermit die Kenntnisnahme fest.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2006 erledigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

2 Fragestunde

Drucksache 14/1890 – Neudruck

Ich rufe die Mündlichen Anfragen mit den laufenden Nummern 59 bis 62 auf und hoffe, dass die